



Neue Urenkel*innen händeringend gesucht: Willy Brandt in der SPD-Zentrale Foto: Stefan Boness

Wer hat noch nicht, wer will noch mal?

Wunderheiler*in gesucht: Zehn Vorschläge für den SPD-Vorsitz, falls Bas und Klingbeil stürzen
2-3

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Alle Urlaubsneider aufgepasst: Friedrich Merz ist wieder bei der Arbeit. Und siehe da: Es ist plötzlich ganz schön

kalt.

Kommentar von Hannes Koch zum Zollstreit zwischen den USA und Kanada

Chaos als Strategie

So ist Donald Trump: Fügt der andere Staat sich nicht, greift er zum Hockeyschläger. Dieses kanadische Produkt belegt der US-Präsident nun mit einem neuen Einfuhrzoll. Weil Kanadas Premierminister Mark Carney das nicht akzeptieren wollte, sind die Verhandlungen zwischen beiden Regierungen vorerst gescheitert. Außer für Hockeyschläger steigen die US-Importabgaben auch für Wein, Zement und weitere Güter auf 50 Prozent. Doch Carney will das „Dollar für Dollar“ erwidern. Kommt es so, werden ab 8. September kanadische Gegenzölle für Stahl, Milcherzeugnisse, Papier und Landwirtschaftsmaschinen aus den USA in Kraft treten. Die deutliche Haltung Carneys hat anscheinend ausgelöst, dass Trump nun auch Importe verteuert, die bisher unter das bestehende Handelsabkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko fallen. Nach kanadischer Lesart hat Washing-

ton außerdem versucht, dem nördlichen Nachbarn Vereinbarungen mit anderen Staaten zu erschweren – eine Einmischung in die außenpolitische Souveränität. In solchen Forderungen zeichnen sich die Umrisse der neuen Weltordnung Trumps ab. Dazu gehört die Hegemonie über die sogenannte westliche Hemisphäre, zu der Washington auch Kanada zählt. Um vermeintliche wirtschaftliche Nachteile, die die USA im internationalen Handel erleiden und die durch Zölle auszugleichen wären, geht es nur zum Teil. Dem US-Präsidenten gefällt es, die Welt zu chaotisieren. Trump verhängt Zölle, setzt eine Ersatz-UNO für einen sogenannten Frieden im Gazastreifen ein, greift den Iran an, droht ihm mit kompletter Vernichtung, erklärt die Meerenge von Hormus zu US-Territorium und kumpelt mit Nordkoreas Atomdiktator. Der US-Präsident schafft neue Probleme, kreiert

dysfunktionale Lösungen und lenkt von deren Misserfolg ab, indem er weitere Konflikte lostritt, die ebenfalls ohne Ausweg bleiben. Das sind durchwachsene Aussichten für die Europäische Union, die ebenfalls ein Handelsabkommen mit den USA abgeschlossen hat. Für EU-Produkte gelten unterschiedliche Zölle zwischen 10 und 50 Prozent. Doch das kann sich ändern, wenn es der US-Regierung in den Kram passt. Potenzielle Gegenzölle hat die EU bereits vorbereitet, aber nicht in Kraft gesetzt. Für den Fall, dass Trump den Druck wieder erhöht, sollte Europa ebenfalls die Gangart verschärfen, in Kooperation mit Kanada und weiteren Staaten. Schmiert die deutsche Wirtschaft dann nicht noch mehr ab? Wenn sich eine Gruppe vernünftiger Leute hinstellt, lässt der Rowdy vielleicht den Hockeyschläger sinken. **wirtschaft + umwelt 8**

Merz und die K-Frage
Der Kanzler spricht über den Klimawandel. Aber was tut er dagegen?
8, 12

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Foto: Juan Carlos Lucas/mago

Hauptsache, weg aus Marokko
Ungleichheit und Unterdrückung: Ursachen der Massenflucht nach Ceuta
4-5, 12

Kakao aus Kongo
Wem der neue Kakao-boom nutzt – und welchen Schaden er anrichtet
11

„Resignation ist gar nicht angebracht“
Klimasoziologin Anita Engels über Hitze, Dürre und neue Ideen
9



Foto: Sabine Döbel/dpa

Polizeischüsse auf einen 14-Jährigen: Warum?
Viele offene Fragen und Zweifel an der Darstellung der Polizei in München
6, 13

Karrieresprungbrett in den Abgrund?

Die SPD möchte vor den anstehenden Landtagswahlen keine Diskussion um die Parteispitze – wir schon. Hier ein paar Vorschläge

Von Anna Lehmann

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die beiden SPD-Vorsitzenden Bärbel Bas und Lars Klingbeil in der eigenen Partei kaum noch Fans haben. Die Personalunion aus Parteispitze und Ministerämtern gilt als gescheitert. Die Strategie, die Partei aus der Regierung heraus zu profilieren und zu erneuern, geht erkennbar nicht auf: Statt Deutschland sozialdemokratisch geprägt zu reformieren, winkt die SPD eine Sozi-

alkürzung nach der anderen durch und gilt wahlweise als Bremserin oder als Verräterin. Es kursieren bereits Briefe und Appelle, in denen Bas und Klingbeil zum Rücktritt aufgefordert werden. Was noch schwerer wiegt, niemand eilt zur Verteidigung herbei. Die Mehrheit der Genoss:innen schweigt aktuell. Vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern käme eine Diskussion, mit der man sich um sich selbst kreist, in den Augen vieler Sozialdemokrat*innen einer Selbstdemonstration gleich. Doch nach dem 20. Septem-

ber wird der Unmut nicht mehr zu ignorieren sein. Aber wer steht bereit, die Revolte anzuführen und Bas und Klingbeil abzulösen? Der Posten als SPD-Chef:in gilt aktuell nicht gerade als Karrieresprungbrett, die Nachfolger:innen laufen eher Gefahr, als Abrisskommando zu enden. Auch mangels Alternativen sitzen die derzeitigen SPD-Chef:innen noch recht unangefochten in der Schaltzentrale. Aber traut sich wirklich niemand zu, künftig die SPD zu führen – allein oder in Doppelspitze? Die taz hätte da ein paar Ideen.

Alexander Schweitzer – Der Überraschende

Eigentlich hätte er die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März gewinnen müssen, war er doch deutlich beliebter als sein Herausforderer von der CDU. So sah es die SPD und Alexander Schweitzer am Wahlabend. Als die CDU schon nach der ersten Prognose als Wahlsiegerin feststand, schmolte Schweitzer erst mal eineinhalb Stunden und ließ sich nicht blicken, bevor er seine Niederlage öffentlich einräumte. Souverän sieht anders aus. Allerdings war der Verlust der Mainzer Staatskanzlei auch ein wirklicher Nackenschlag, nicht nur für Schweitzer, der dort nur knappe zwei Jahre residiert hatte, sondern vor allem für die SPD, die 35 Jahre die Haushoheit hatte. Und sich bis heute nicht von dem Verlust erholt hatte.

Anders als Schweitzer, der sich trotz Wahlniederlage flugs zum Fraktionsvorsitzenden im Landtag wählen ließ und somit signalisierte, dass er weiter im Spiel ist. Ein wichtiger Posten, der sich gleichwohl schnell übergeben ließe, falls die Partei ihn ruft. Schweitzer, der schon wegen seiner Körpergröße von über zwei Metern eine überragende Persönlichkeit ist, kann, wenn er nicht gerade grollt, aufmunternd, mitreißend und witzig sein. Er ist bereits stellvertretender Parteivorsitzender, kennt also den Berliner Betrieb. Und könnte überhaupt tätige Buße zum Wohle der Partei tun, immerhin hat er ihr die jetzige Misere auch zu einem kleinen Teil mit eingebracht.

Anna Lehmann



Foto: Christoph Herdt/Imago



Foto: Photothek Media Lab

Rasha Nasr – Die Erneuerin

Sie ist jung, ostdeutsch und eine mehr oder weniger neue Stimme im Parlament: Die 34-jährige Rasha Nasr könnte an der Spitze der SPD der Partei für ihre personelle und inhaltliche Erneuerung ein Gesicht geben. Bei Debatten um eine Neubesetzung des Parteivorsitz kursiert ihr Name zumindest in Juso-Kreisen. Die Dresdnerin zog 2021 erstmals über die sächsische Landesliste in den Bundestag ein. Dort ist Nasr, deren Eltern 1986 aus Syrien in die DDR gekommen waren, migrationspolitische Sprecherin. In ihrer Zeit im Parlament wurde sie bereits öfters mit den Wassern der Realpolitik gewaschen: Obwohl es ihren eigenen Prinzipien widersprach, stimmte sie mit der Regierung für eine Aussetzung des Familiennachzugs bei Geflüchteten mit subsidiärem Schutzstatus. „Ich

weine, wenn ich meine Tochter ein paar Tage nicht sehe, und stimme dann dafür, dass andere Familien getrennt bleiben“, sagte sie im Nachhinein dem Spiegel. Sie habe sich vor der Abstimmung unter Druck setzen lassen. „Mir wurde gesagt: Du willst nicht dafür verantwortlich sein, dass wir nur mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit bekommen. Also habe ich mitgemacht.“ Heute würde sie bei einer solchen Abstimmung nicht mehr mitmachen, sagte sie. Für eine solche Haltung hätte Nasr zumindest die Jusos auf ihrer Seite. Mit einem offenen Nein zu dem ein oder anderen sozialpolitischen Kürzungsplan der Regierung könnte sie auch an anderen Stellen in der Partei für ein Aufatmen sorgen.

Cem-Odos Güler



Foto: Jens Büttner/dpa

Manuela Schwesig – Die Hoffnungsträgerin

Sie ist klug, pragmatisch und stahlhart. Die 52-jährige Ministerpräsidentin aus Mecklenburg-Vorpommern hat bislang alle Krisen ihrer Amtszeit überstanden – eine Klimastiftung mit der russische Gazprom-Gelder gewaschen wurden, eine Krebserkrankung – und nun schickt sie sich mit der Landes-SPD an, die Staatskanzlei zu verteidigen. Und zwar gegen den Bundestrend, den als Gegenwind zu bezeichnen verniedlichend wäre. Noch führt die AfD in Umfragen, aber Schwesigs SPD holt Punkt um Punkt auf. Wenn Schwesig diese Wahl gewinnt, dann holt sie hoffentlich auch die SPD aus der Krise. Einziger Wermutstropfen: Schwesig selbst hat erst letzte Woche bei einer Wahlkampfveranstaltung erklärt, sie wolle in Mecklenburg-Vorpommern

bleiben, und zwar die nächsten fünf Jahre als Ministerpräsidentin. Aberselbstverständlich könnte sie auch von Schwerin aus die Bundespartei führen. Immerhin ist sie qua Amt bereits Mitglied des SPD-Präsidiums und als solches regelmäßig in Berlin. Doch will Schwesig überhaupt Parteivorsitzende werden? Gelegenheit hätte sie schon mehrfach gehabt. 2019 – da war sie sogar schon einmal Interimsvorsitzende – aber auch nach der verlorenen Wahl in Rheinland-Pfalz. Auch damals wurden verzweifelt Retter:innen gesucht, Schwesig aber winkte jeweils dankend ab. Vielleicht wartet sie aber auch nur auf die richtige Gelegenheit. Zu Schwesigs Stärken zählt, dass sie fast keinen Schritt unüberlegt tut.

Anna Lehmann

Till Backhaus – Der Walflüsterer

Wer mit einer gestrandeten Walkuh kommunizieren kann, versteht auch die gestrandete SPD. Walkuh Timmy machte Meck-Pomms Umweltminister Till Backhaus im Frühjahr zum Liebling der Medien. Ein Parteivorsitzender, der in Erinnerung bleiben könnte mit Sätzen wie: „Ich habe der SPD mehrfach in die Augen geschaut. Ich habe ihren Lebenswillen und ihren Lebensmut erkannt.“ Seit 1994 holt der 67-jährige Backhaus bei jeder Wahl das Direktmandat in seinem Landtagswahlkreis in Ludwigslust, seit fast drei Jahrzehnten ist er Umweltminister. Ein Gewinner-typ. Mit Jagdschein. Und Unterhaltungswert. So lieferte er sich 2014 mit seiner Ex-Partnerin einen öffentlichen Rosenkrieg um einen alten Traktor. Zuvor zelebrierte er ebenso öffentlich sein neues Eheglück

mit einer Ex-Landesrapslütenkönigin. Auseinandersetzungen geht der ostdeutsche Sozi nicht aus dem Weg. Erinnert sei an einen Vorfall von 2013. Der Minister und seine Ex-Königin radeln heiter durch die Gegend. Doch dann fegt sie ein Cabrio-Fahrer fast von den Rädern. Fehlender Mindestabstand. Da setzte es was. Es gab zwar ein Verfahren, weil er dem Autofahrer (einem Wessi!) eine in die Presse gegeben haben soll. Aber das wurde eingestellt. Ein Koalitionsausschuss mit Merz und Söder könnte jedenfalls konfrontativ werden. Und dann ist da ja noch Timmy. Sicher, erst zeigte sich Backhaus mit Blick auf eine Rettung des Tiers abweisend. Doch dann schloss er es ins Herz. Und weil alle Timmy liebten, liebten auch alle Tilly.

Rainer Rutz



Foto: Jens Büttner/dpa

Hubertus Heil –
Die sozialdemokratische Jukebox

Seit 1998 sitzt Hubertus Heil im Bundestag und zählt damit zu den dienstältesten und erfahrensten Genossen. Der langjährige Arbeits- und Sozialminister galt auch in der Ampel als Stabilitätsanker, der den Laden im Griff hatte, doch seitdem er das Haus 2025 widerwillig an SPD-Chefin Bärbel Bas übergeben musste, ist er nur noch Hinterbänkler. Auch der Versuch, Fraktionsvorsitzender zu werden, scheiterte. Derart kalt gestellt kümmert er sich um Kirchen und schreibt nebenbei an einem Buch. „Der Angriff der Autokraten“, erscheint im Oktober.

Doch für das Dasein als Frührentner ist Heil mit 54 Jahren noch etwas jung. Er wollte zwar nie Kanzler werden, wie er zumindest mal der taz sagte, aber ganz unbeeiligt zuschauen, wie die SPD

den Bach runtergeht, kann er auch nicht. Öffentlich positioniert er sich zwar nicht gegen Bas und Klingbeil und würde sich auch nicht selbst ins Spiel bringen, dazu ist er zu loyal und zu erfahren. Doch aus seinem Umfeld fällt sein Name häufiger.

Und in der Tat spricht einiges für ihn. Er kennt die SPD durch und durch, war Generalsekretär und Vizevorsitzender. Zudem weiß er, wie man zuverlässig einen Saal zum Jubeln bringt und die Leute von den Bänken reißt: Parteintern nennt man ihn auch „fleischgewordene sozialdemokratische Jukebox“, weil er auf Knopfdruck sozialdemokratische Hits rausbauen kann. Klar, die alten Platten, aber immerhin welche, die bei den eigenen Wähler:innen gut ankommen.

Anna Lehmann



Foto: Dominik Butzmann/imag

Serpil Midyatlı –
Die Verfügbare

Sollte sich die SPD eine neue Parteispitze geben, wäre die Schleswig-Holsteinerin Serpil Midyatlı die logischste Kandidatin. Schließlich ist die 51-jährige bereits stellvertretende Bundesvorsitzende – und kann von den fünf „Vizes“ die höchste Zustimmung vorweisen, knapp 80 Prozent.

Genügend politische Erfahrung für ein Spitzenamt bringt Midyatlı mit: Seit 2009 sitzt sie im Kieler Landtag, zwischen 2019 und 2025 führte sie die Landespartei in der Opposition an. Dass die Sozialdemokrat:innen unter ihr keine Wahl gewinnen konnten, liegt vermutlich weniger an ihr als an dem bis vor Kurzem dauerbeliebten CDU-Ministerpräsidenten Daniel Günther.

Zur Wahrheit gehört: Ende 2025 entzog die SPD-Basis Midyatlı das Vertrauen. Nun soll der bis dato Kieler Ober-

bürgermeister Ulf Kämpfer die Partei in die Landtagswahl im Frühjahr 2027 führen. Heißt umgekehrt aber: Midyatlı wäre für eine neue Aufgabe frei.

Was für sie spricht: Als Unternehmerin mit türkischen Wurzeln steht Midyatlı wie keine andere SPDlerin im Bundesvorstand für Vielfalt und Integration. Würde Midyatlı SPD-Vorsitzende, wäre sie übrigens die erste Muslima in diesem Amt – die SPD könnte unter Beweis stellen, dass sie doch noch progressiv denken und handeln kann.

Ob Midyatlı den Abwärtstrend der SPD stoppen kann? Fraglich. Aber immerhin steht ihre Landes-SPD in Umfragen mit rund 15 Prozent noch fast so gut da wie bei den Landtagswahlen 2022. Das können wahrlich nicht alle Landesverbände behaupten.

Ralf Pauli



Foto: Thomas Eisenkräzer



Foto: Harald Tittel/dpa

Anke Rehlinger –
Die goldene Lösung?

Ihr Name ist für den Parteivorsitz längst im Gespräch, doch sie hat immer wieder abgelehnt: Anke Rehlinger erzielte 2022 bei den Landtagswahlen im Saarland eine absolute Mehrheit für die SPD. Seitdem gilt sie als eine der absoluten Hoffnungsträgerinnen. Rehlinger beteuert derzeit zumindest, dass sie ihren Platz weiterhin im Saarland sieht. „Ich bin sehr gerne Ministerpräsidentin und möchte es gerne bleiben“, sagte sie zuletzt im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*.

Als Erfolgsrezept der 50-jährigen Juristin und amtierenden Saarland-Rekordhalterin im Kugelstoßen gilt, dass sie einerseits in ihrem kleinen Bundesland so fest verankert ist wie eine Kommunalpolitikerin, andererseits sich aber auch in Berlin jederzeit Gehör verschaffen kann. In Zusam-

menhang mit den geplanten Sozialreformen gibt sie ihrer Partei einen einfachen, wenn auch längst nicht mehr selbstverständlich Ratschlag: „Meiner SPD rate ich, über Probleme nicht hinwegzusehen, wenn Bürgerinnen und Bürger sie doch sehen.“

Hat Rehlinger etwa die goldene Lösung dafür, wie die SPD einerseits bittere Kompromisse in der Regierung schließen und gleichzeitig das eigene Profil schärfen kann? Nun, als Chef einer Alleinregierung hat sie wohl gut reden. Rehlinger steht zudem eine andere Auseinandersetzung bevor. Im April sind im Saarland wieder Landtagswahlen. Damit die miesen Werte der Bundespartei nicht dort auch durchschlagen, wäre es für sie im Herbst wohl nicht die schlechteste Idee, etwas Abstand nach Berlin zu suchen.

Cem-Odos Güler



Foto: dts/imag

Saskia Esken –
Die ewig Unterschätzte

Als die SPD 2019 schon einmal in ähnlich toxischer Beziehung mit der Union ähnlich unglücklich und zerrupft aussah – die damalige Vorsitzende Andrea Nahles trat dann auch nach verlorener Landtagswahl zurück – kam ihre Nachfolgerin wie aus dem Nichts. In einer Urwahl setzte sich die Baden-Württembergerin Saskia Esken gemeinsam mit Norbert Walter-Borjans gegen alle anderen Kandidat:innenduos durch. Und das Duo schaffte, was ihnen keiner zugetraut hatte: die SPD zwei Jahre später zum Wahlsieg zu führen.

Das Gemecker über Saskia Esken riss zwar nie ab – zu hölzern, zu uncharismatisch – aber die Frau vom linken Flügel schaffte es, die zerstrittene Partei zusammenzuhalten

und warf nebenbei ein paar Ideen in die Debatte, die ihr ehemaliger Co-Vorsitzender Lars Klingbeil heute als SPD-Knaller schlechthin verkauft: Wie etwa das Sondervermögen für Infrastruktur. Schon 2023 schlug Esken ein Milliarden-Sondervermögen Bildung vor. Die gelernte Informatikerin ist außerdem in Zukunftsthemen drin und erreicht mit ihren Beiträgen auf Insta zum völkischen Charakter der AfD fast eine halbe Million Menschen – also deutlich mehr, als die SPD Mitglieder hat

Eine Frau also, die vorausdenkt, hart arbeitet und gnadenlos unterschätzt wird, eher Bergarbeiterin als Heilsbringerin, aber vielleicht hilft der SPD aktuell eine solche ohnehin mehr.

Anna Lehmann

Boris Pistorius –
Der Umfragenkönig

Man mag es kaum glauben, aber ein Mann aus der SPD ist seit Jahren der beliebteste Politiker im Land: Verteidigungsminister Boris Pistorius steht in den Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen seit Februar 2023 ohne Unterbrechung auf dem ersten Platz, der nach Sympathie und Leistung bewerteten Politiker*innen. Die Dauerkrise des Ampel-Projekts ist ebenso an ihm abgeperlt wie die Unbeliebtheit der Regierung von Friedrich Merz.

Die Hoffnung wäre groß, dass er als Umfragekönig auch die Sozialdemokratie von ihrem Siechtum befreien könnte. Doch als SPD-Vorsitzender stünde Pistorius vor einem ähnlichen Dilemma wie Lars Klingbeil und Bärbel Bas: Er müsste als Minister eine Regierungspolitik verteidigen, die weite Teile der Partei befremdlich finden.

Dabei wurde im Herbst 2024 deutlich, dass der Verteidigungsminister neuen Rollen gegenüber nicht generell abgeneigt ist: Über Wochen stellte er sich einer Debatte, ob er anstelle von Olaf Scholz nicht der bessere Kanzlerkandidat wäre, nicht aktiv entgegen. Die Personaldiskussion galt als einer der Faktoren für das miese Abschneiden der SPD bei den Wahlen.

Dabei ist auch die Liste der Vorhaben in seinem eigenen Haus, die nicht rund laufen, lang: Trotz des Rekordbudgets für das Verteidigungsministerium geht es etwa bei der Digitalisierung des Funkwesens der Bundeswehr kaum voran. Eine Befürchtung lautet deshalb, dass Pistorius dank der vielen Milliarden und seiner charismatischen Art zwar wirkt wie ein Macher – dass er aber schnell entzaubert wäre, wenn es hart auf hart käme.

Cem-Odos Güler



Foto: Ardan Fuessmann/imag

Jürgen Klopp –
Der Machtmensch

Hat Jürgen Klopp je einen Abstiegskandidaten übernommen? Nein, hat er nicht. Aber er war in Mainz, als der Verein noch in der zweiten Liga spielte. Und auch in Dortmund war die Lage alles andere als glänzend, als Klopp dort als Trainer anging.

Also, natürlich ist ein Bundesligatrainer alles andere als ein Politiker, obwohl er genauso mit Menschen, Themen, Strukturen, Plänen und Programmen umgehen muss und selbstredend mit Geld, und zwar nicht zu knapp, als wäre er genau das: ein Machtmensch. Und Jürgen Klopp, inzwischen einer der einflussreichsten Männer im deutschen Fußball, verkörpert genau das.

Warum sollte der Retter des deutschen Fußballs, als der er nach dem WM-Debakel im Sommer vom DFB geholt wor-

den ist, nicht auch der Retter der SPD sein?

Da stellen sich natürlich ein paar Fragen. Hat er das richtige Parteibuch? Äh, erstmal nein. Er hat sich zwar schon mehrfach zu gesellschaftlichen Themen geäußert und dabei unter anderem gesagt, eine linke Grundhaltung zu haben, jedoch betonte er stets, parteipolitisch unabhängig und kein Politiker zu sein. Doch die wahre Antwort wird sein: Wenn die Ablöse stimmt, lässt sich über alles reden!

Doch lohnt sich die SPD für Klopp? Was will er bei, sagen wir, Hannover 96, das denkt, es sei nah am FC Bayern, aber tatsächlich eher den VfL Osnabrück im Nacken hat, wenn er doch gleich ganz Deutschland trainieren kann? Die SPD wird weitersuchen müssen. Es heißt, Julian Nagelsmann hätte Zeit.

René Hamann



Foto: Dylan Martinez/reuters



Stadt der Gegensätze: In Casablanca liegen Slums und wohlhabende Stadtteile dicht beieinander
Foto: Frédéric Soltan/Getty Images

Den Frühling noch nicht aufgeben

Casablanca, Marokkos größte Stadt, boomt. Doch viele junge Leute sind frustriert. Manche fliehen wie zuletzt nach Ceuta. Andere kämpfen weiter für Freiheit und gerechte Löhne

Aus Casablanca **Mirco Keilberth**

Vor dem Gerichtsgebäude herrscht Stille. Die Demonstranten, die sich hier in Ain Sebaa, einem Stadtteil von Casablanca, versammeln, bleiben lange stumm. Ein Mann mit Megafon und jahrelanger Protesterfahrung steht da und wartet, bis die Menge auf etwa 50 Teilnehmer angestiegen ist. Dann erst ruft er: „Freiheit für Yassir, Freiheit für alle Inhaftierten!“

Yassir Mounbir, 22 Jahre alt und Graffiti-Künstler, ist mit seinen regierungskritischen Tags zum Idol der GenZ-Bewegung geworden, die im letzten Herbst zu Zehntausenden im Königreich auf die Straße gegangen ist. Nun sitzt er im Gefängnis. Angeblich hat er in einem seiner Bilder den König Mohamed VI. verunglimpft. Aber die genaue Anklageschrift kennt niemand hier. „Das passiert häufig“, sagt Moussa, einer der Mitorganisatoren, der seinen richtigen Namen aus Angst vor Verfolgung nicht veröffentlicht sehen will. „Auch Rapper werden für ihre Texte verhaftet, aber wissen bis zum Urteil nicht, für welche explizite Textzeile.“

Und heute werden sie es auch nicht herausfinden. Denn als eine Delegation dem Gericht eine von 300 Künstlern unterschriebene Petition übergeben will, erfährt sie von der erneuten Vertagung des Prozesses.

Es ist der größte Protest in der Stadt seit den GenZ-Protesten. Obwohl er klein wirkt und viele Zivilbeamte teilnahmslos zusehen, gehen die Protestierenden ein großes Risiko ein. „Wenn ich die Aufnahmen davon auf meiner Timeline poste, verschwinde ich hinter Gittern“, sagt jemand.

Über den großen Massenansturm auf die spanische Exklave Ceuta am 30. Juli spricht in Ain Sebaa niemand. „Wir haben nicht einmal die Aufforderung gesehen, dorthin zu gehen“, sagt der 28-jährige Moussa. „Die Zielgruppe der Initiatoren waren unter 18-Jährige.“

Dennoch ist die Massenflucht über die Grenze, bei der mindestens 96 Migranten gestorben sind, allgegenwärtig. An Bahnhöfen und in ärmeren Vierteln zeigen Sicherheitskräfte Präsenz, in Zivil und Uniform. Wer in Ceuta war und Fotos auf TikTok oder Instagram gepostet hat, muss mit seiner Verhaftung rechnen.

„Warum, wissen wir auch nicht“, sagt jemand in einer Gruppe von 15-Jährigen etwas abseits des Protestes. Freunde von ihnen waren auf eigene Faust Ende Juli in die spanische Exklave aufgebrochen. Ohne Geld, Ersatzkleidung oder einen Plan. Die Gruppe hat sich wegen eines verhafteten Freundes im Park vor dem Gericht von Ain Sebaa getroffen. Doch wie sie mehr über sein Schicksal erfahren können, wissen sie auch nicht. „Er ist wie viele aus Abenteuerlust und in der Hoffnung auf einen besseren Leben losgezogen“, sagt ein Freund. „Was man eben so macht in unserem Alter.“

Über 70.000 Menschen hatten Ceuta gestürmt, ausgerechnet am Jahrestag der Krönung von König Mohamed VI. Spanische Bewohner und Soldaten jagten die jungen Leute durch die Straßen, die meisten kehrten zurück nach Marokko.

Europäische Medien schrieben danach über die Suche nach Jobs als Grund für viele. Doch das Narrativ von den „Wirtschaftsflüchtlings“ oder



Der Sozialist Abdullah Abaaki ist Stadtrat in Casablanca Foto: Mirco Keilberth

„Arbeitsmigranten“ greift zu kurz. Es gibt wirtschaftliche Gründe, das Land zu verlassen. Aber es gibt auch viele junge Menschen, die trotz fehlender Perspektiven bleiben und für Veränderungen kämpfen wollen – so wie Moussa.

„Wir sind hier der letzte Rest einer Bewegung für das Recht auf freie Meinungsäußerung“, sagt der 28-Jährige. „Von uns ist keiner nach Ceuta gegangen, weil wir hier etwas verändern wollen, was 2011 mit dem Arabischen Frühling begonnen hatte. Es ist nicht viel mehr als das Recht auf eine Meinung und einen Job, von dem man leben kann.“

Doch die Regierung hat mit ihrer Repression gegen die Protestbewegungen der letzten Jahre alle Hoffnungen der Jugend zerstört. Mehr als 2.400 Menschen wurden im vergangenen Oktober strafrechtlich verfolgt. Gegen viele liefen Verfahren weiter. Immer noch sitzen heute 600 junge Demonstranten im Gefängnis. Während man in Europa noch darüber spekuliert, ob Ceuta von der marokkanischen Regierung mitorganisiert wurde, geht diese gegen die Massenbewegung mit altbewährten Methoden vor.

Seit Mitte Juli sind weitere Idole der marokkanischen Jugend im berühmten „Oukacha“-Gefängnis gelandet oder warten auf ihre Verfahren. Einer davon ist der Rapper „Blackwind“. Seit dem Arabischen Frühling singt er über die Hoffnungslosigkeit der Jugend, geschützt haben ihn bisher wohl seine Popularität und sein Umzug nach Marseille. Auf Instagram schrieb er: „Fuck you all. Ihr da oben und ihr da unten“. Ende Juli kam er vorläufig frei, sein Prozess wurde vertagt.

Nun wartet Mehdi Black Wind, wie ihn seine Fans nennen, auf den Beginn seines Verfahrens. Doch das kann noch lange dauern. Denn vergangenen Mittwoch sind die Rechtsanwälte auf unbestimmte Zeit in den Streik getreten. Sie protestieren dagegen, dass das Verfassungsgericht ihre Pflichten und Rechte nicht genau definiert.

Ohne Rechtsanwälte ruhen auch die Verfahren aller kürzlich Festgenommenen. Deshalb ziehen die Aktivisten, die für den Graffiti-Künstler Yassir nach Ain Sebaa gekommen sind, nach einer halben Stunde wieder ab. Zuvor rufen sie noch einmal: „Free Kulchi“, „Freiheit für alle“. In den Gesichtern der Angehörigen anderer Inhaftierter, die vor dem Gericht warten, regt sich nichts.

Auch im AMDH-Büro in Tetouane ist die Stimmung schlecht. Die Freiwilligen der ältesten Menschenrechtsorganisation Marokkos können hier im Norden, eine halbe Autostunde von Ceuta entfernt, zwar frei arbeiten. Aber auch hier ruhen alle Verfahren gegen die zahlreichen Jugendlichen, die auf dem Rückweg von Ceuta festgenommen worden waren. „Wir haben zu den rund 1.100 in Ceuta verbliebenen Minderjährigen keinen Kontakt. Und keinen Ansprechpartner auf spanischer Seite.“

Seit einem Dekret des Innenministeriums aus dem Jahr 2014 gibt es im Land nur noch drei der früher 110 AMDH-Büros. Die Menschenrechtler arbeiten meist unbezahlt, weil auch ein Großteil der staatlichen Förderung gestrichen wurde. Hilfe aus dem Ausland ist ebenfalls keine Lösung. Sonst werfen die Behörden den NGOs, ähnlich wie in Tunesien oder Libyen, vor, Agenten ausländischer Interessen zu sein.

Ein paar Kilometer weiter, auf dem Boulevard al Massira el Khadra, erlebt man eine andere Welt. Der Stadtteil Maarif ist wohlhabend, hier findet man edle italienische Restaurants, Sushi-Take-Aways, Flagship-Stores teurer Modemarken statt orientalischen Flairs. Dazwischen werden brandneue Limousinen und Showrooms chinesischer Hersteller ausgestellt. Casablanca ist bei den Schönen und Reichen eine beliebte Shoppingdestination.

Die Infrastruktur der Stadt funktioniert beeindruckend gut. Busse und Bahnen der Drei-Millionen-Einwohner-Stadt fahren überpünktlich, die gepflegten Parks und der Luxus in Stadtteilen wie Maarif ziehen Manager asiatischer und europäischer Firmen an. Gerade entsteht im Industriepark der Stadt Kenitra die größte Autobatteriefabrik des Kontinents. Der chinesische Hersteller Gotion investiert hier rund 5 Milliarden Euro.

In Windeseile werden solche Fabriken mit dem Schienennetz verbunden, dessen reibungslose Organisation auch einige Länder in Europa weit hinter sich lässt. Wie effizient beschlossene Projekte durchgezogen werden, sieht man an einem Ort, der in anderen arabischen Städten eigentlich das pochende Herz der Stadt ist. In Casablanca wirkt die Medina, die Altstadt, wie von den Stadtplanern vergessen. Etwas heruntergekommen, glanzlos neben all den glas- und stahlbewehrten Hochhäusern.

Direkt neben den arabischen Händlern haben sich auf dem „senegalesischen“ Markt Verkäufer aus ganz Afrika niedergelassen. Anders als in den Nachbarländern wirkt die Stimmung unter den aus dem Süden Zugewanderten entspannt. Auf den Baustellen und in der Serviceindustrie Casablanças gibt es viele Verdienstmöglichkeiten.

Mabinti aus Ghana lebt mit ihrem Mann und Sohn im Armenviertel Ouled Slimene. Auch wenn seit den Ereignissen in Ceuta auch dort die Lage angespannt ist, will sie in Marokko bleiben. „Von uns ist niemand nach Ceuta gegangen, uns geht es hier vielleicht besser als in Europa. Aber wegen der Gerüchte kommen immer mehr Migranten über Tunesien und Algerien.“ Mabinti fürchtet, dass in Casablanca durch die Neuankömmlinge die sowieso schon niedrigen Löhne für Migranten aus Subsahara-Afrika noch weiter sinken werden.

Ein paar Schritte neben den Rauchschwaden der Straßengrills des Senegal-Marktes haben Bagger und Planiererraupen eine Freifläche geschaffen, die mehrere Fußballfelder groß ist. Hier standen früher Häuser im typisch marokkanischen Stil. Wie in vielen Armenvierteln von Casablanca, den sogenannten Bidonvilles, erklärten die Stadtplaner die oft von den Familien selbst gebauten Häuser kurzerhand für einsturz-



Nabila Mounib ist Vorsitzende der Vereinigten Sozialistischen Partei Marokkos
Foto: Mirco Keilberth

gefährdet. Sie wurden von der Stadtverwaltung abgerissen, die Bewohner siedelte man gegen die Zahlung einer Entschädigung in Neubaugebiete um.

Was auf der riesigen Freifläche mitten im Stadtzentrum gebaut werden soll, weiß in der Medina niemand. Auch die Abgeordneten des Stadtrates wie Abdullah Abaakil erhalten keine Informationen. Entscheidungen des Beratergremiums, das König Mohamed VI. um sich geschart hat und das alle wichtigen Entscheidungen im Land trifft, werden auch im 27. Jahr seiner Regentschaft nicht hinterfragt.

„Von uns ist keiner nach Ceuta gegangen, weil wir hier etwas verändern wollen. Es ist nicht viel mehr als das Recht auf eine Meinung und einen Job, von dem man leben kann“

Moussa, 28, Aktivist

„Ich war der Einzige, der vor zwanzig Jahren gegen den Abriss gestimmt hat“, sagt der 65-jährige Abaakil. Der Sozialist mit dem Strohhut macht sich wegen der sozialen Spaltung im Land große Sorgen. „Der Abriss des Viertels neben der Medina hat inmitten einer Millionenstadt und ohne jegliche Rechtfertigung gegenüber den Bürgern stattgefunden. Jetzt überlegen Sie sich mal, wie in der Provinz mit privatem Land umgegangen wird.“

Abaakil spielt auf einen Fall in der Provinz Hirak-Rif an, als es 2016 nach der von Rabat beschlossenen Konfiszierung der wenigen ertragreichen Gebiete und der Neuvergabe von Fischereilizenzen zu einem Volksaufstand kam. Die Anführer dieser Bürgerbewegung sitzen auch heute noch im Gefängnis.

Abaakil hat in den letzten Jahrzehnten gegen die zunehmende Privatisierung in Casablanca gekämpft – vergeblich. „Die Stadt besitzt heute keinen einzigen Bus mehr. So wie die meisten anderen öffentlichen Dienstleistungen wurde der öffentliche Nahverkehr an private Firmen übergeben.“

Seit 27 Jahren werde alles zu Geld gemacht, was man verschern kann. „Das nützt einer Clique

„Der Sturm auf Ceuta wurde von einer rechten Allianz organisiert, um Spanien unter Druck zu setzen. Man hat die Hoffnungen der jungen Marokkaner für eine politische Kampagne instrumentalisiert“

Nabila Mounib, Vorsitzende der Vereinigten Sozialistischen Partei

von königstreuen Geschäftsleuten, ist doch aber eine große Gefahr für ein Land, dessen postkoloniale Strukturen noch immer im Aufbau sind“, sagt Abaakil. Ein Großteil der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte Marokkos beruhe auf Durchschnittslöhnen von umgerechnet 300 Euro. „Niemand der Busfahrer im öffentlichen Nahverkehr hat eine Renten- oder ordentliche Krankenversicherung“, sagt Abdullah Abaakil.

Für ihn und viele, mit denen die taz gesprochen hat, waren die Ereignisse rund um Ceuta daher keine Überraschung, aber nur wenige trauen sich dies auch öffentlich auszusprechen.

Eine Chance auf baldigen Wandel sieht der linke Politiker daher nicht, zumindest nicht von außen. „Trump kann an dieses System gut andocken und die Europäer verdienen an der Idee der Werkbank Marokko doch gut mit.“ Zugleich wundert sich Abaakil über die Naivität seiner europäischen Kollegen. „Man kann doch nicht ernsthaft annehmen, das Problem der Migration mit seinen nordafrikanischen Partnern lösen zu können, wenn es dort keine echten demokratischen Kontrollmechanismen gibt. Und keine Meinungsfreiheit.“

Die Ceuta-Krise zeige, dass der „Mahzen“, das tief verwurzelte Macht- und Regierungsnetzwerk,

nen Hauptstadt Rabat. Mehr nicht, denn die staatlichen Medien ignorieren sie.

Aber nach Ceuta wird ihre Kritik populärer. Auf der Terrasse eines Straßencafés halten immer wieder Passanten an und danken Mounib überschwänglich für ihren Einsatz. Bei den kommenden Parlamentswahlen am 23. September hofft sie auf einen weiteren Sitz ihrer Partei in dem 395 Abgeordneten starken Parlament.

Doch was zu sagen hätten selbst Minister nicht, sagt Mounib. „Die Vertrauten des Königs haben die wahre Macht. Wie und von wem die Entscheidungen getroffen werden, darüber kann die Öffentlichkeit nur spekulieren.“

Nabilaa Mounibs Herzensprojekt richtet sich an die Jugend des Landes. Mit der „Schule der zweiten Chance“, unterstützt mit privaten Spendengeldern, will sie junge Marokkaner und Marokkanerinnen ohne Schulabschluss und Ausbildung von der Straße zum Lernen bringen. 3,5 Millionen von ihnen seien durch den Verfall staatlicher Bildungsarbeit ohne Schul- und Berufsabschluss, sagt Mounib.

„Schulen statt Fußballstadien“ forderten auch die GenZ-Demonstranten im vergangenen Herbst. Statt ausschließlich auf neue Billiglohnjobs ausländischer Investoren wie Renault, Stellantis oder Bombardier zu setzen, die in den Freihandels- und Industriezonen von Tanger, Kenitra oder Casablanca für den Export produzieren, will Mounir das öffentliche Schulwesen sanieren. Und die Berufsausbildung reformieren, auch für die Rückkehrer aus Ceuta. „Wenn wir uns jetzt nicht um die Hoffungslosigkeit der jungen Marokkaner unter 30 kümmern, dann wird es viele weitere Ceutas geben“, sagt Nabilaa Mounib energisch.

Die 60-jährige versucht über ihre Netzwerke im Parlament auch den Konflikt mit der spanischen Regierung zu entschärfen. Mit dieser teilen viele junge Marokkaner die Kritik an dem westlichen und israelischen Vorgehen in Gaza und im Libanon. „Selten war das nachbarschaftliche Verhältnis mit Spanien so gut wie in den letzten Jahren“, sagt Mounib. „Der Sturm auf Ceuta wurde von einer rechten Allianz organisiert, um Spanien unter Druck zu setzen. Man hat die Hoffnungen der jungen Marokkaner für eine politische Kampagne instrumentalisiert.“



Proteste am 22. Juli gegen die Festnahme des Rappers Mehdi Black Wind Foto: Abdel Majid Bziouat/afp

auf die immer wiederkehrenden Bürgerbewegungen und Proteste keine rechte Antwort hat.

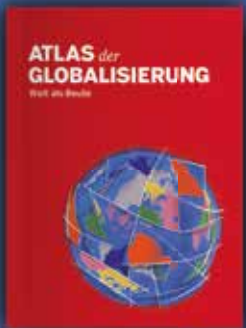
Nabilaa Mounib, ist eine große, selbstbewusste Frau, die mit ihrem eleganten Auftreten auch aus Casablanças High Society stammen könnte. Seit 2021 sitzt sie im marokkanischen Parlament für die Vereinigte Sozialistische Partei (PSU), seit 2012 ist sie deren Vorsitzende und damit die erste Frau im Land, die eine politische Partei anführt.

Ihre berüchtigt kompromisslose Kritik an der sozialen Ungleichheit im Land formuliert sie in ihren Parlamentsreden in ähnlichen Sätzen wie die Anführer der Protestbewegungen seit 2011, von denen immer noch einige im Gefängnis sitzen. Mounib und Abaakil sind störende Sandkörner im Machtbetrieb von Casablanca und der nah gelege-

Für Stadtratsmitglied Abdullah Abaakil widerspricht Marokkos scheinbarer Wirtschaftsboom dem Emigrationswillen der Jugend ganz und gar nicht. Das Paradoxon sieht er eher in Europas Blick auf die Krise. „Dort sieht man Marokko als lukratives Investment, ein Land mit niedrigen Löhnen. Um Demokratie schert man sich nicht.“ Migration sei die Folge davon. Und Ceuta, glaubt Nabila Mounib, womöglich erst der Anfang.



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e. V.
taz.de/auslandsrecherche



Der neue Atlas der Globalisierung mit über 250 Karten und Grafiken

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38



Jetzt bestellen

Werben kurz vor Hass und Hetze

Nach einer Campact-Aktion ist bekannt, welche Firmen häufig bei Videos von rechtsradikalen Youtubern warben. Einige nehmen bereits Abstand

Von Gareth Joswig

Wie auch andere Influencer machen AfD-nahe Youtuber auf der Videoplattform ordentlich Kasse mit Werbeeinnahmen. Hohe Klickzahlen bedeuten ein großes Publikum und mit dieser Reichweite lässt sich viel Geld verdienen. Auch mit Hetze und Falschinformationen. Die Kampagnenplattform Campact wollte genauer wissen, welche Unternehmen eigentlich vor Videos der größten AfD-nahen Youtuber Werbung schalten lassen und damit die Reichweite von rechten Hetzer*innen belohnen. 15.000 Unterstützer*innen haben nach Angaben von Campact an der Aktion mitgewirkt.

Per Newsletteraufruf hatte der Kampagnenverein um Rückmeldung gebeten, welche Werbeclips vor Videos von reichweitenstarken rechtsradikalen Youtube-Kanälen angezeigt wurden. Auf einer eigens aufgesetzten Website mit dem Titel Adwatch konnten Nutzer*innen eine Reihe von Probevideos anklicken und die davor

eingeblandete Werbung melden. Eine Woche lang wurde Rückmeldungen zu einschlägigen Kanälen ausgewertet, insgesamt gab es 30.000 Rückmeldungen.

Das Ergebnis: Mit Abstand am häufigsten schaltete das Portal „Kleinanzeigen“ Werbung, ganze 1.223-mal ploppten deren Clips auf. Dahinter folgte der Bezahlendienst Revolut mit 599 Nennungen, dann Sumup (420), Google Pay (333), BMW (225) und Tui (216). Über 100-mal tauchten noch die Firmen Avast, Toyota, Motorola, Trade Republic, Amazon, Samsung, Indeed und Volkswagen auf. Rund 90 weitere Unternehmen ploppten zwischen 5- und 100-mal auf.

Die Kampagnenplattform schrieb daraufhin die rund 100 häufigst genannten Unternehmen an. Im Anschreiben macht Campact geltend, dass Youtube nicht nur Unterhaltungsplattform sei, sondern auch „zentraler Radikalisierungsort für die extreme Rechte“. Bestimmte Kanäle erreichten Millionenaufrufe und würden durch Werbeanzeigen

aufgewertet und teils sogar mitfinanziert.

Mit der Aktion wollte man vor allem Aufmerksamkeit für das Thema in der Wirtschaft schaffen, viele Unternehmen wüssten nicht, wie und wo überall ihre Werbung ausgespielt wird, wie die Campaignerin Friederike Gravenhorst der taz sagte: „Natürlich tragen auch Unternehmen eine gesellschaftliche Verantwortung. Und Firmen, die viel Arbeit in Imagepflege stecken, würden ihr Logo auch nicht freiwillig neben Hass und Hetze kleben.“

In dem der taz vorliegenden Anschreiben heißt es: „Uns ist bewusst, dass Werbung auf Youtube automatisiert geschaltet wird und Unternehmen sich Platzierungen in der Regel nicht gezielt aussuchen. Dennoch liegt es in Ihrer Verantwortung, Hetzkanäle als Werbepartner auszuschießen.“ Die Unternehmen sollten mit „ihrem guten Ruf“ und dem „Werbebudget“ keine Youtube-Kanäle fördern, „die Desinformationen und Hass gegen Minderheiten verbreiten“.

Campact hat die Unternehmen aufgefordert, AfD-nahe Youtuber mit über 10.000 Abonnent*innen als Werbepartner auszuschließen: „Wenn Sie Ihre Marke künftig nicht mit Hass und Hetze in Verbindung bringen wollen, nutzen Sie gerne die angehängte Liste von Kanälen als Grundlage für eine Sperrliste für Werbeschaltungen auf Youtube.“

Bis zum Freitag sagten laut Campact 18 Unternehmen zu, ihre Sperrlisten zu aktualisieren, darunter auch Kleinanzeigen, Indeed und Aldi Süd. Weitere zehn Unternehmen hätten angekündigt, ihre Sperrlisten zu überprüfen und sich mit dem Thema auseinander zu setzen. Mehrere Firmen hätten signalisiert, dass sie mehr Zeit benötigten, „um den Sachverhalt zu prüfen“. Einige hätten sich bislang noch nicht zurückgemeldet.

Gravenhorst sagte: „Die Reaktionen zeigen: Viele Unternehmen wollen nicht mit Hass und Hetze in Verbindung gebracht werden.“ Das sei ein erster Erfolg

und gebe Rückenwind, weiterzumachen. Bei Unternehmen, die bisher noch nicht geantwortet haben, wolle man nun noch einmal nachhaken.

Die untersuchten Kanäle sind 62 Accounts der rechtsradikalen Youtube-Bubble mit mindestens über 10.000 Abonnent*innen. Darunter rechtslibertäre Anlagepodcasts wie „hkcm“ und „Aktien mit Kopf“, aber auch ein Kanal vom vorbestraften Rocker und Ex-Polizisten Tim Kellner. Dazu der Account der AfD-Fraktion im Bundestag, KetzerDerNeuzeit, Compact TV, Achtung-Reichert, Clownswelt, Nius.de und Vermietertagebuch. Interessant auch: Neben den üblichen rechten Streamern wie „Weichreite“ und „Eingollan“ und rechten Portalen wie Tichys Einblick, Auf1 und Epoch Times finden sich auch viele Accounts von AfD-Abgeordneten.

Die Campact-Campaignerin Friederike Gravenhorst sagte auf Rückfrage, dass man nur explizite Hetzkanäle bei der Auswertung berücksichtigt habe: „Grundsätz-

lich sollen und dürfen aus unserer Sicht natürlich viele Positionen – auch unbequem und zugespitzt – im Diskurs auch auf Youtube stattfinden. Wir haben nur Kanäle ausgewählt, die durchweg gegen Minderheiten hetzen, der rechtsextremen AfD nahe stehen oder/und Verschwörungsideologie verbreiten.“ Dazu habe man „strenge Einzelabwägungen“ vorgenommen, so Gravenhorst.

Nicht auf der Liste finden sich deshalb grauзонige Podcastformate wie „Ben ungeskriptet“, welches zuletzt auch Rechts-extremisten wie Björn Höcke oder dem AfD-Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund ohne kritische oder störende Zwischenfragen ein Millionenpublikum geboten und am vermeintlichen Tabubruch fleißig mitverdient hat. „Wir haben uns auf eindeutige Fälle fokussiert. Darunter fällt zum Beispiel Tim Kellner, der vom Verfassungsschutz als rechtsextrem geführt wird, offen für die AfD wirbt und NS-Parolen verwendet“, so Gravenhorst.

richtig gute Leute

„Wir haben keine Angst. Wir zeigen Gesicht“

So denkt das Bundesland über Demokratie: Die Fotografin Sabina von Kessel organisiert eine Plakataktion über Menschen in Mecklenburg-Vorpommern

Was haben eine Bäuerin, ein Wissenschaftler, ein Imbissbesitzer, eine Reinigungskraft und eine Polizistin gemeinsam? Sie sind Mecklenburger*innen und Pommer*innen. Und sie lassen sich bis zu den Landtagswahlen im Bundesland plakatieren. Unter dem Motto: „Wir zeigen Gesicht. Für ein weltoffenes MV.“

Organisiert hat die Aktion die Fotografin Sabina von Kessel. Und sie läuft gut an. Am Mittwoch wurden in Malchin und Gielow wurden die ersten 100 der insgesamt 3.750 Plakate aufgehängt. An Verteilpunkten in Neustrelitz, Greifswald, Rostock und Schwerin werden die Plakate verteilt, die Freiwillige und verschiedene Initiativen landauf landab anbringen. Weitere Porträts zeigt Sabine von Kessel in einer Ausstellung in dem „Kultur- und Initiativenhaus STRAZE“ in Greifswald.

„Bunt statt braun“, „Können ist international“, „Liebe ist stärker als Hass“: Solche Zitate zielen die Plakate, die sich bewusst an die Ästhetik von Wahlplakaten anlehnten, so von Kessel: „Die Leute werden sich im September fragen, wo ist denn nun diese Partei auf dem Wahlzettel?“, sei die Reaktion einer Freundin gewesen. Aber die Plakate seien viel differenzierter und zeigten Menschen in realen Situationen im Alltag. „Nicht so gestellt“ wie die tatsächlichen Wahlplakate.

Sabine von Kessel kommt gebürtig nicht von hier, „aber meine Vorfahren mütterlicherseits liegen hier auf dem Friedhof“. Viele Jahre arbeitete sie in der Entwicklungszusammenarbeit. 12 Jahre in Indien und zwei Jahre in Südafrika für die Afrikanische Union. Sie sei zurück nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen, denn „Entwicklungsarbeit braucht es überall.“



Sabina von Kessel fotografierte in den letzten Monaten Menschen aus MV für die Plakataktion Foto: privat

An die Fotosessions kann sich von Kessel gut erinnern. „An jede einzelne!“ Zum Beispiel an Kathrin mit der Kuh. Die Landwirtin traf sie an einem Februartag. Es lag Schnee und bitterer Frost. „Wir haben so gefroren. Auch andere Gespräche sind ihr noch lebendig im Kopf: mit Nougat Nougat, einem Lehrer in Sternberg, der gebürtig aus Kamerun kommt, oder mit Stephanie D., einer Reinigungskraft in Schwerin.

In Parchim wurde sie von Mehmet S. an einem anderen sehr kalten Tag auf einen Tee im Hinterzimmer seines Imbisses eingeladen. Eine Stunde redeten sie über seine Arbeit, Parchim und die große kurdische Community dort. Dann fragte von Kessel, ob sie ein Porträt von ihm schießen dürfe. Auch die Omas gegen Rechts aus Greifswald waren ihr sympathisch. Sie fotografierte sie bewusst vor einem gesprayten Hintergrund: „Also sehr modern!“

Was ihr bei den Shootings wichtig ist: Die Modelle sollen mit ruhiger Ausstrahlung und Ernsthaftigkeit zeigen: „Ich habe keine Angst.“ Sie habe die Modelle nicht aufgefordert, eine Position gegen etwas einzunehmen, sondern für etwas. So hält es auch das Bündnis „zu-

sammen bewegen“, für das Sabina von Kessel die Porträtfotos schießt. Der Zusammenschluss tritt für eine offene und lebenswerte Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern ein und macht dies, indem er in den Dialog geht anstatt sich nur gegen die AfD zu positionieren. Unter anderem möchte „zusammen bewegen“ Räume für Begegnung schaffen.

Dass sich die Plakataktion nicht nur an Mecklenburger*innen und Pommer*innen selbst richtet, sondern auch an Menschen von außerhalb, daran habe die Fotografin anfangs gar nicht gedacht. Erst als ein Besuch aus Köln „total erstaunt“ gewesen sei, was für offene Menschen und tolle Angebote es hier gebe, habe sie sich gedacht: „Es gibt hier acht Millionen Tourist*innen“ jedes Jahr. Und viele von denen hätten bei Mecklenburg-Vorpommern ein Bild von Engstirnigkeit. Das störe sie auch an den Medien. Die AfD gebe es ja auch in anderen Teilen Deutschlands.

Ob sie die Landtagswahlen beeinflussen könne? „Na ja. Leute, die sich eine AfD-Fahne in den Garten hängen, erreichen wir eh nicht. Aber es gibt ja etwa 20 Prozent Unentschiedene. An die wenden wir uns.“ Jede und jeder auf den Plakaten sei ein Beispiel dafür, Mut zu zeigen und für Demokratie einzustehen. Adam Schwedhelm

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern könnte erstmals seit 1945 eine rechtsextreme Partei an die Regierung kommen. Es gibt vor Ort aber auch eine lebendige Zivilgesellschaft, die die Wahlen noch nicht verloren gibt. In der Serie „Richtig gute Leute“ stellen wir sie den Sommer über vor.

Linke demonstrieren nach Schuss in den Oberkörper

Wegen einer Softair-Pistole schoss die Polizei in München auf einen 14-Jährigen. Linke sprechen von Rassismus. Grüne und SPD wollen Waffen-Imitate verbieten

Aus München Patrick Guyton

Rund 100 Menschen aus der linken Szene haben am Samstagabend in München gegen Polizeigewalt und ihrer Ansicht nach rassistische Haltungen innerhalb der Polizei demonstriert. Auf der Kundgebung im Stadtteil Schwabing wurden Transparente gezeigt mit Aufschriften wie „Kein Freund, kein Helfer“ und „Dieser Staat tötet“. Die Demonstration verlief friedlich, 50 Polizisten begleiteten das Geschehen.

Auslöser war ein Polizeieinsatz am Dienstagabend in der Belgradstraße, ebenfalls in Schwabing. Dort war ein 14-jähriger Junge durch einen Polizeischuss schwer verletzt worden. Er hatte auf der Straße eine Softair-Pistole getragen, die laut Polizeiangaben wie eine echte Neun-Millimeter-Beretta-92-Pistole aussieht. Ein Passant hatte deswegen den Notruf alarmiert. Eine weitere Frau hatte sich so über die Pistole erschrocken, dass sie zum Schutz in einen Waschlöcher geflohen war. Der getroffene 14-jährige Abdulkadir Ö. ist kurdischer Türke.

Die Aussagen, wie es zu dem Schusseinsatz kam, gehen weit auseinander. Nach Angaben des Polizeisprechers Thomas Schelshorn hat der Junge auf der Straße eine Bewegung gemacht, als würde er die Waffe durchladen. Die Beamten in Zivil hätten ihn daraufhin laut angesprochen, die Pistole fallen zu lassen. K. habe sich aber mit der Waffe zu den Polizisten umgedreht. Daraufhin wurde der Schuss

abgegeben. Er verletzte den Jungen schwer am Oberkörper. Laut Angaben des Bayerischen Rundfunks (BR) gibt es zwei Videos, auf denen aber die entscheidenden Szenen der Schussabgabe und die Sekunden davor nicht zu sehen sind.

Die Mutter des 14-jährigen widerspricht den Polizeiangaben nachdrücklich. Sie hat ihren Sohn mittlerweile im Krankenhaus besucht. Dem BR sagte sie, ihr Sohn

Die Aussagen, wie es zu dem Schusseinsatz kam, gehen weit auseinander

habe laut seinen Angaben die Hände gehoben, als er die Polizei sah, und gerufen: „Bitte nicht schießen, es ist ein Spielzeug.“ Ihr Sohn sei kindlicher, als er aussehe. Er könne gut Deutsch. Die Softair-Waffe habe er von seinem Taschengeld gekauft, bisher habe er viel mit Wasserpistolen gespielt.

Körperlich sei sein Zustand stabil. Er wurde operiert, weitere Eingriffe seien aber nötig. Psychisch sei er stark angeschlagen. Die Familie ist seit 2023 in Deutschland. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt, derzeit läuft eine Klage dagegen. Somit hält sie sich gegenwärtig rechtmäßig in Deutschland auf.

Wie bei jedem Schusswaffeneinsatz durch Polizisten wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dieses wird

nicht von der Münchner Polizei, sondern vom Landeskriminalamt durchgeführt. Ein zweites Ermittlungsverfahren wurde gegen den angeschossenen 14-jährigen eingeleitet – wegen der „vorangegangenen Bedrohung zum Nachteil der einschreitenden Polizeibeamten“.

Software- oder Anscheinswaffen sehen echten Waffen täuschend ähnlich. Das ist auch die Absicht der Hersteller. Sie dürfen ab 14 Jahren gekauft werden. Es ist aber verboten, sie in der Öffentlichkeit zu zeigen oder zu tragen. Im Internet wird ein solches Imitat einer Beretta 92 etwa für 31,70 Euro angeboten. Geworben wird damit, dass die echte Pistole weltweit im Einsatz ist bei Militär, Polizei und Spezialeinheiten. „Ein ‚Must have‘ für jeden Sammler und Waffenliebhaber“, schreibt ein Händler.

Immer wieder wird verlangt, den Zugang zu diesen Anscheinswaffen strenger zu regeln und sie etwa nicht mehr an Minderjährige zu verkaufen oder sie auch ganz zu verbieten. In München verlangen die Stadtratsfraktionen Grüne/Rosa Liste sowie die SPD, dass die Stadt aktiv wird. Sie solle sich bei Bund, Freistaat Bayern und dem Städtetag für eine Verschärfung einsetzen.

In einer Erklärung heißt es: „Spielzeug-, Softair- und vergleichbare Waffen sollen nicht mehr verkauft werden dürfen, wenn sie aufgrund von Größe, Form und Gestaltung nicht unmittelbar von echten Schusswaffen zu unterscheiden sind.“

Alles muss man selber machen

Julian Schmidgall benötigt wegen einer komplexen Behinderung einen Wohnplatz mit durchgehender Betreuung. Trotz Rechtsanspruch ist die Suche nach einer passenden Einrichtung vergeblich

Von **Nicolas Barnett**

Es war ein Sommermorgen 2025, sie stand in der Küche ihres Elternhauses und hatte gerade Kaffee gekocht, da entschied Helen Akin, dass es so nicht weitergehen kann. Wenige Tage vorher war wieder einmal eine Absage in ihrem E-Mail-Postfach gelandet. „Leider können wir Ihnen aktuell keinen Wohnplatz für Julian Schmidgall anbieten“, stand da. In den vergangenen Jahren hatte sie Dutzende solcher Mails bekommen.

Julian Schmidgall ist fast 40 Jahre alt und hat eine komplexe geistige Behinderung. Er kann nicht sprechen und ist im Alltag durchgehend auf eine engmaschige Betreuung angewiesen – vor allem

Doch einen solchen Platz
gibt es für ihn nicht.

Damit ist er kein Einzelfall. Laut einer Umfrage der Bundesvereinigung Lebenshilfe gibt es insbesondere für Menschen mit komplexen Behinderungen im gesamten Bundesgebiet zu wenig Angebote. Knapp drei Viertel aller befragten Angehörigen gaben an, dass es in ihrer Region keine oder wenig Wohnplatzangebote gibt.

„Das sind dramatische Zahlen“, sagt Studienleiter Kai Pakleppa. „Die Menschen leben dann in der Regel auch im Erwachsenenalter noch zu Hause und werden von den Angehörigen versorgt.“ Mit der Folge, dass diese ihr eigenes Leben oft hintenstellen. Zeit für sich oder auch für eine reguläre Lohnarbeit fehlt häufig.

und die Wohnplatzsuche koordinieren.

Auf Nachfrage bekommen sie von der zuständigen Behörde eine Liste mit mehr als 30 möglichen Einrichtungen, einige davon mehrere hundert Kilometer von seiner Familie entfernt. Um konkrete Angebote müssen sie sich selbst bemühen.

Sie fragen alle Einrichtungen im Umkreis von 200 Kilometern an und werden erst einmal auf Wartelisten gesetzt. Sie werden verrostet und ignoriert, bekommen Absage um Absage – obwohl es eigentlich Aufgabe des Staates wäre, Julian Schmidgall einen geeigneten Wohnplatz zur Verfügung zu stellen.

Das persönliche Budget, also das Geld, das ihr Bruder aufgrund seiner Situation vom Staat erhält, wird zu dieser Zeit viel zu niedrig eingeschätzt – wie ein Gericht Jahre später bestätigen wird. Laut der Anwältin, die Familie Schmidgall in diesem Verfahren vertreten hat, ist das keine Ausnahme. In vielen Fällen werde erst dann genug gezahlt, wenn die Betroffenen klagen.

Seit Einführung des Bundes-
teilhabegesetzes (BTHG) muss
sich das Leistungsangebot der
Eingliederungshilfe, der staat-
lichen Sozialleistung für Men-
schen mit Behinderung, eigent-
lich am individuellen Bedarf
der Menschen orientieren. „Was
Menschen wegen ihrer Behin-
derung an Unterstützungsleis-
tungen bekommen, ist dann
nur noch davon abhängig, was
sie brauchen“, schrieb das Sozi-
alministerium 2017 zur Einfö-
hrung des BTHG.

Ein Paradigmenwechsel – denn lange Zeit hatte man sich im Sozialrecht daran orientiert, was die Einrichtungen bieten können. Wohnheimbetreiber hat der Staat pro Bewohner:in eine feste Pauschale gezahlt. „Man hat ein bestimmtes Geld gekriegt und sich dann überlegt, was man dafür so leistet“, sagt Roland Rosenow, Professor für Recht der Sozialen Sicherung an der Katholischen Hochschule Freiburg.

Wie der Alltag der Bewohner:innen aussah, welche Rückzugsmöglichkeiten und Freizeitangebote es für sie gab, das entschieden jahrzehntelang die Einrichtungen. Die Bewohner:innen mussten sich fügen. „Für den Leistungserbringer, also für die zuständige Einrichtung, war das der Himmel auf Erden“, sagt Rosenow. „Die konnten eigentlich machen, was sie wollten. Sie konnten ihren Gewinn stets

optimieren durch die Verkürzung der Leistungen.“

Doch während das BTHG diese Strukturen in der Theorie überwunden hat, orientieren sich viele Einrichtungen in der Praxis offenbar noch immer daran. Vor allem, wenn die persönlichen Budgets zu niedrig angesetzt sind, rentieren sich bestimmte Bewohner:innen für sie nicht.

„Die Belastung für die Angehörigen steigt dadurch immens“

Kai Pakleppa, Bundesvereinigung
Lebenshilfe

Laut Familie Schmidgall hat zum Beispiel eine Einrichtung einen potenziellen Wohnplatz vorab an Bedingungen geknüpft, darunter die Medikamentengabe und ein Zimmerschluss im Ermessen des Personals. Wer sediert oder eingeschlossen ist, muss weniger aufwändig betreut werden. Das wiederum bedeutet weniger Personalaufwand und weniger Kosten. „Das passt nicht zu unserer Vorstellung von einem würdevollen Leben“, sagt Marie Schmidgall.

Und andere Einrichtungen versenden eben direkt Absagen. „Rückblickend haben wir die Erfahrung gemacht, dass es eine Differenzierung gibt zwischen Menschen“, sagt Marie Schmidgall weiter. Menschen mit einem geringeren Betreuungsbedarf verursachen weniger Kosten und werden bevorzugt aufgenommen.

Angesichts des anhaltenden Sparkurses im Sozialbereich dürfte sich die Situation weiter verschärfen. Im April veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband ein internes Papier einer Arbeitsgruppe von Bund, Ländern und Gemeinden, das zahlreiche Kürzungsvorschläge für Menschen mit Behinderungen beinhaltet.

Demnach soll etwa das Wunsch- und Wahlrecht bei der Hilfeauswahl auf „wirtschaftlich angemessene Angebote“ beschränkt werden. Es drohe „ein Kahlschlag bei Alltagshilfen mit einschneidenden Folgen für Betroffene und ihre Familien“, sagte Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen.

Mit den Jahren weiten Helen Akin und Marie Schmidgall

die Suche nach einem Wohnplatz für ihren Bruder aus. Sie lassen nicht locker, haken nach, telefonieren, schreiben Mails und Briefe – ohne Erfolg. Allein zwischen den Jahren 2022 und 2024 bekommen sie fast 40 Absagen von Einrichtungen in mehreren Bundesländern.

Um auf die Lage aufmerksam zu machen, gründen die Schwestern im Sommer 2024 einen Verein. Sie vernetzen sich mit Menschen in der Region – und merken schnell, wie viele Familien es gibt, denen es ähnlich geht. Als sie von einer Frau hören, die selbst eine WG für Menschen mit Demenzerkrankungen ins Leben gerufen hat, wächst eine Idee heran: Eine Wohngemeinschaft zu gründen, die Menschen wie Julian Schmidgall ein Leben mit so viel Selbstbestimmung wie möglich und so viel Betreuung wie nötig bietet.

An dem eingangs erwähnten Sommermorgen im Jahr 2025 kommt Helen Akin in der Küche des Elternhauses schließlich der entscheidende Gedanke. „Ich habe aus dem Fenster geschaut und mir gedacht: Wieso nicht dieses Haus? Es ist so schön ge-

legen und wir haben genug Räume“, berichtet sie.

Sie beginnt, über ihre Idee zu reden. Erst in ihrer Familie, dann mit anderen Familien aus der Region. Immer wieder machen die drei Geschwister Spaziergänge mit anderen Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen, laden zum Kaffee ein. Und es gibt da zwei, mit denen versteht sich Julian Schmidgal besonders gut: Felix Timko und Levin Mezger. Nach vielen Gesprächen treffen die Familien gemeinsam eine Entscheidung.

Die drei Männer werden zusammenziehen, in das Elternhaus von Julian Schmidgall. Die Familien sprechen mit Pflege- und Betreuungskräften, stellen ein Team zusammen, finanziert durch Spenden und den persönlichen Budgets der drei Bewohner. Ziel ist es, dass dann durchgehend mindestens eine Betreuungskraft vor Ort ist.

„Es ist noch ein langer Weg“, sagt Helen Akin, „aber der Plan ist, dass die beiden noch in diesem Jahr einziehen.“ Die Zimmer haben sie sich bereits ausgesucht. An jeder der drei Türen hängt ein Bild des künftigen Bewohners.



auf die seiner Familie. Früher kümmerten sich seine Eltern um ihn, heute vor allem seine Schwestern Helen Akin und Marie Schmidgall. Sie sind da, wenn er aufsteht; helfen ihm beim Anziehen, Waschen und Zähneputzen. Sie gehen mit ihm in die Natur, kochen mit ihm, besuchen mit ihm seine Freund:innen. Abends begleiten sie ihn ins Bett.

Seine Schwestern sind es auch, die seit Jahren für das Recht ihres Bruders kämpfen: Dafür, dass er einen geeigneten Wohnplatz erhält, an dem er gut versorgt ist und bekommt, was er will und braucht. Eine „bedarfsgerechte, personenzentrierte Versorgung“, wie es im Gesetz heißt. Für Julian Schmidgall wäre das eine kleine Wohngruppe nahe seiner Familie, mit maximal fünf Mitbewohner:innen und einer durchgehenden Betreuung.

„Die Belastung für die Angehörigen steigt dadurch immens“, sagt Pakleppa. In vielen Fällen sind die Angehörigen chronisch überbelastet – und mangels Alternativen können sie nichts an der Situation ändern. „Oft ist das Setting so kompliziert, dass man nicht mal eben an jemand anders übergeben kann.“

Im Fall von Julian Schmidgall hat die durchgehende Betreuung seine Mutter, die lange seine Hauptbetreuungsperson war, überlastet. „Für meine Mutter wurde es mit der Zeit schwieriger“, sagt seine Schwester Marie. „Wir haben uns mit dem Gedanken auseinandergesetzt, dass Julian langfristig eine alternative Wohnmöglichkeit findet.“ Ab 2015, er ist damals Ende 20, übernehmen seine Schwestern zunehmend Betreuungsaufgaben – während sie studieren, arbeiten



Das Elternhaus von Julian Schmidgall und seinen Schwestern Foto: Nicolas Barnett

Anzeige



Sachsen-Anhalt
Wetten, dass ...
die Demokratie gewinnt?!

Bei der Wahl am 6. September in Sachsen-Anhalt könnte die rechtsextreme AfD laut Umfragen die absolute Mehrheit erreichen. Es steht also viel auf dem Spiel.

Die taz diskutiert bei einer Veranstaltung in Magdeburg mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und den Spitzenkandidat:innen der demokratischen Parteien.

Infos & Anmeldung unter: taz.de/talk

Live und im Stream

25. August 2026, ab 18:30 Uhr

Moritzhof, Moritzplatz 1, **39124 Magdeburg**
Eintritt frei

Wie teuer wird die Schienen-Maut?

Steigende Trassenpreise erzürnen Eisenbahnunternehmen und auch die Verkehrsminister der Länder. Sie warnen vor einem Ausbremsen der Verkehrswende

Von **Wolfgang Mulke**

Auf der Straße ist die Lage klar. Spediteure bezahlen eine Maut für die Nutzung der Autobahnen und mancher Landstraßen. Die Höhe der Gebühren ist bekannt, das Transportgeschäft damit kalkulierbar. Alle anderen Auto- und Kleintransporterfahrten sind kostenlos. Das Straßennetz finanziert der Bund.

Auf der Schiene läuft es anders. Alljährlich werden die Trassenpreise, also Nutzungsgebühren für das Schienennetz neu berechnet. Für Fahrten wird neben dem Güterverkehr auch der Fern- und Nahverkehr zur Kasse gebeten.

Aktuell entbrennt erneut eine Debatte über die Preise – unter anderem die Fracht-Transporteure sind aufgebracht.

Die Berechnung der Schienenmaut ist kompliziert. Am Ende muss die Bundesnetzagentur die Preise freigeben. Zunächst schätzt die Infrastrukturgesellschaft der Deutschen Bahn, die InfraGO, die durch den Betrieb des Netzes im folgenden Jahr entstehenden Kosten. Dazu wird die Zahl und Länge der Fahrten prognostiziert.

Zu der Summe beider Kosten kommt der voraussichtliche Gewinn von InfraGO, der knapp zwei Prozent des Eigenkapitals beträgt. Das ist vom Bund vorgegeben. Aus all diesen Posten hat die Netzgesellschaft für 2027 zunächst rund acht Milliarden Euro Kosten errechnet und in ihrem ersten Antrag auf die Trassenpreise auf die verschiedenen Verkehrssparten verteilt.

Die Rechnung hätte eine deftige Preiserhöhung zur Folge, insbesondere für den Güter- und den Regionalverkehr. Für jeden gefahrenen Kilometer müssten Betreiber von Güterzügen dann 4,42 Euro statt bisher 3,48 Euro bei einem Standardzug bezahlen.

Dazu wird es zwar sicherlich nicht kommen, weil die Netzagentur eine niedrigere Kostenschätzung ansetzte. Doch der inzwischen schon dritte Antrag der InfraGO sieht immer noch eine Anhebung auf 3,92 Euro pro Kilometer vor. Nach Berechnung des Verbands Die Güterbahnen kämen damit 112 Millionen Euro Mehrbelastung auf die Cargo-Transporteure zu.

Entsprechend sauer sind die Unternehmen, zumal die DB InfraGO gegen die Kostenfestsetzung der Netzagentur klagt und einen höheren Ansatz durchsetzen will. Entschieden wird wohl erst kurz vor dem Jahresende. „Die Eisenbahnverkehrsunternehmen bestellen seit März ihre Trassen für den neuen Fahrplan, ohne zu wissen, was diese am Ende kosten werden“, schimpft Güterbahnenexperte Oliver Smock.

Das Trassenpreissystem steht schon seit Jahren in der Kritik und soll eigentlich reformiert werden. Um wenigstens den Nahverkehr von allzu hohen Preissteigerungen zu bewahren wurde der Anstieg für den Regionalverkehr gedeckelt. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) allerdings in diesem Jahr verworfen. Nun müssen auch die Länder, die den Nahverkehr bezahlen, mit einer satten Anhebung der Trassenpreise schon für 2026 und noch einmal für 2027 klarkommen.

Die Verkehrsministerkonferenz fordert nun vom Bund einen Ausgleich der Mehrkosten. „Ein Nichthandeln der Bundesregierung wird zu einer Verringerung des SPNV-Verkehrsangebots und somit zu einer schlechteren Mobilität für Bürgerinnen und Bürger führen“, erklärten die Minister aller Länder.

Das bisherige System bremst die Verkehrswende aus. Im Nahverkehr werden entweder weniger Züge fahren oder die Preise, auch für das Deutschlandticket, schießen in die Höhe. Der Güterverkehr verliert gegenüber den Straßentransporten an Wettbewerbsfähigkeit. „Die resultierenden Mehrbelastungen der Länder und Aufgabenträger aus der Erhöhung der Trassenpreissysteme für den SPNV stehen in eklatantem Widerspruch zu den angestrebten Verkehrs- und klimapolitischen Zielsetzungen“, kritisieren die Länder.

Reformvorschläge gibt es durchaus. Doch noch hat das Bundesverkehrsministerium keinen Vorschlag vorgelegt. Es könnte sogar noch komplizierter werden, wenn sich die Grünen mit einem Gesetzentwurf durchsetzen. Um im künftigen Wettbewerb im Fernverkehr auch in der Fläche viele Ziele ans Netz anzubinden, sollen die Trassenentgelte bei unrentablen Schienenwegen gesenkt werden, bis es sich für ein Bahnunternehmen lohnt, darauf zu fahren.

Zahl des Tages

4 Tonnen

Polnische Behörden haben in den vergangenen Tagen mehr als **vier Tonnen toter Fische aus einem Nebengewässer der Oder geborgen**. Bislang sei das Fischsterben auf einen Abschnitt des Gleiwitzer Kanals begrenzt, sagte eine Sprecherin der örtlichen Wasserbehörde. Ursache sei die Blüte der Goldalge, so die Behörde. Derzeit würden regelmäßige Einsatzpatrouillen zu Wasser und an Land die Lage überwachen, außerdem würden die verendeten Fische an dem betroffenen Abschnitt des Kanals entnommen. Bis auf Weiteres wurde auch der Betrieb von zwei Schleusen ausgesetzt. Im Sommer 2022 waren in der Oder massenhaft Fische gestorben, Grund war wohl auch damals die Blüte von Prynnesium parvum.

Tausche Stahl, biete Hockey-schläger aka Handelsstreit zwischen Kanada und den USA
Foto: Nick Iwanyshyn/The Canadian Press/AP/dpa



Die USA und Kanada erheben neue Zölle

Beide Länder geben sich gegenseitig die Schuld an den gescheiterten Verhandlungen. Nun erheben sie Zölle auf Agrarprodukte und Eishockeyschläger

Von **Hansjürgen Mai**

Eine Vereinbarung zwischen den USA und Kanada, welche die für beide Länder so wichtige Handelspartnerschaft vorerst gesichert hätte, stand kurz vor dem Abschluss. Doch nur 72 Stunden später verkündeten beide Seiten das Scheitern der Gespräche. Das Resultat sind neue US-Zölle in Höhe von 50 Prozent auf kanadische Güter im Wert von 20 Milliarden Dollar.

Dass die Verhandlungen scheiterten, ist ein weiteres Zeichen dafür, wie sehr sich die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Nachbarländern in Trumps zweiter Amtszeit verschlechtert haben. Neben den Handelsstreitigkeiten hat US-Präsident Donald Trump auch immer wieder darauf angespielt, Kanada zum 51. Bundesstaat der USA machen zu wollen.

Wie ernst er es damit meine, ist unklar, doch für die Beziehungen zwischen Washington und Ottawa war dies Gift. Die

Merz will mehr Klimaschutz

Der Kanzler solle seine Anti-Klima-Pläne stoppen, fordern die Grünen. Merz forderte Klimaleugner auf, sich den verbrannten Wald der Eifel anzuschauen

Nach dem Besuch von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) im Waldbrandgebiet der Eifel fordern ihn die Grünen im Bundestag zu einer Kehrtwende in seiner Klimapolitik auf. „Es braucht jetzt einen Klima-Notfallplan der Bundesregierung“, sagte die Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge in Berlin. „Als allererstes muss Friedrich Merz die Anti-Klima Pläne seiner Koalition stoppen. CDU und SPD handeln bislang als Brandbeschleuniger der Klimakrise. Es braucht sofort einen fundamentalen Kurswechsel der Regierung.“

Die Grünen-Politikerin forderte, das Gebäudemodernisierungsgesetz, das Netzpaket, die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und das Energieeffizienzgesetz zurückzuzie-

hen beziehungsweise grundlegend zu überarbeiten und auf den Klimazielpfad zu bringen. Nötig sei ein schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Abbau umweltschädlicher Subventionen und ein Tempolimit auf Autobahnen. „All dies sind Maßnahmen, die effektiv und kurzfristig mehr Klimaschutz bringen.“

Merz hatte am Vortag die Eifelgemeinde Hürtgenwald besucht, die vor wenigen Tagen durch einen gefährlichen Waldbrand bedroht war. Dieser ist inzwischen gelöscht. „Ich will allen Leugnern des Klimawandels sagen: Schauen Sie sich das genau an, was hier passiert ist“, sagte er und betonte, die Regierung werde alles tun, um den Klimawandel zurückzudrängen. „Aber wir müssen auch

mit dem Klimawandel leben.“ Darauf vorbereitet zu sein, sei eine Aufgabe des Bundes, der Länder und der Gemeinden.

„Der Druck ist zu groß geworden. Auch Friedrich Merz hat offenbar erkannt, dass er die Klimakrise nicht weiter ignorieren kann“, sagte Dröge. Merz müsse seinen Worten in Hürtgenwald nun allerdings auch Taten folgen lassen. Bei der Kabinettsklausur in der kommenden Woche müsse er zeigen, dass der Auftritt in Hürtgenwald mehr gewesen sei als nur leere Worte. „Deutschland wird Friedrich Merz an seinen Worten in Hürtgenwald messen. Ich erwarte vom Kanzler eine echte Kehrtwende in der Klimapolitik“, betonte die Grünen-Fraktionschefin. (dpa)

chefs weltweit, der mit Gegenmaßnahmen auf die US-Zölle reagiert. Unter seiner Führung hat es sich Kanada auch zur Aufgabe gemacht, die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren und neue Handels- und Militärbündnisse zu schmieden.

Trotzdem ist der amerikanische Absatzmarkt weiterhin der mit Abstand wichtigste für die kanadische Wirtschaft. Fast 72 Prozent aller kanadischen Exporte gingen im vergangenen Jahr in die USA.

Carneys Regierung will in den kommenden Tagen genauere Details über die Gegenmaßnahmen bekanntgeben. Außerdem stellte die kanadische Regierung auch neue Hilfsleistungen für kanadische Arbeiter und Unternehmen in Aussicht.

Doch nicht nur auf kanadischer Seite wird der eskalierende Handelsstreit zu spüren sein. Innerhalb der Trump-Regierung gibt es durchaus Bedenken, dass die neuen Zölle zu Preissteigerungen führen werden. Grund dafür ist, dass die US-Importeure für die Zölle aufkommen müssen und diese an Kunden weiterreichen.

Die hohen Lebenshaltungskosten in den USA aufgrund des Iran-Kriegs und der Situation in der Straße von Hormus sowie der anhaltenden Inflation könnten sich auch politisch auswirken. Viele Menschen in den USA sind frustriert und machen die Trump-Regierung und die republikanische Mehrheit im Kongress dafür verantwortlich.

Wenige Monate vor den Kongresswahlen stehen für viele Wähler:innen die Themen Wirtschaft und „Affordability“, also Bezahlbarkeit, ganz oben auf der Liste, wie Umfragen immer wieder zeigen.

Demokraten wie New Yorks Gouverneurin Kathy Hochul bekräftigten dies. „Unnötige Streitigkeiten mit unseren Verbündeten vom Zaun brechen und die Preise hierzulande in die Höhe treiben – das ist Trumps Wirtschaftspolitik auf den Punkt gebracht“, sagte sie in einem Online-Post.

Die Lobbygruppe Business Roundtable, ein Zusammenschluss von 200 Vorstandsvorsitzenden führender US-Unternehmen, warnte zudem in einer Erklärung, dass die neuen Zölle „die Kosten für amerikanische Unternehmen und Familien in die Höhe treiben könnten“, und forderte beide Regierungen auf, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Laut dem US-Handelsbeauftragten Greer gibt es aktuell keine Pläne für weitere Gespräche.

„Resignation ist überhaupt nicht angebracht“

Hitze, Brände, Fluten: Die Welt ächzt unter den Folgen der Klimakrise. Ist noch Wandel möglich? Die Soziologin Anita Engels sagt Ja – und erforscht, wie

Interview **Alexandra Endres**

taz: Frau Engels, wie können Regierungen und Konzernspitzen dazu gebracht werden, den Klimaschutz wieder ernster zu nehmen?

Anita Engels: Die Zivilgesellschaft muss sich strategisch organisieren und den politischen Druck gezielt erhöhen, etwa durch Klimaklagen gegen Regierungen und Unternehmen. Ein anderer Weg ist, über Netzwerke beispielsweise am Arbeitsplatz neue Möglichkeiten für den Klimaschutz zu eröffnen. Das Ziel dabei: Die Rahmenbedingungen für Politik und Wirtschaft langfristig so zu ändern, dass fossile Geschäftsmodelle sich nicht mehr lohnen – damit Kohle, Öl und Gas im Boden bleiben.

taz: Im Moment steht die Zivilgesellschaft selbst unter Druck. Die Arbeit von NGOs wird diskreditiert, die Regierung will das Verbandsklagerecht einschränken und das Informationsfreiheitsgesetz entschärfen.

Engels: Umso wichtiger ist es, sich dagegen zu wehren und bestehende Rechte zu verteidigen. Mir geht es aber nicht nur um politischen Druck.

taz: Sondern?

Engels: Ein Beispiel: Für die Klimawende brauchen wir ganz neue Kenntnisse und Fähigkeiten. Denken Sie an einen Heizungsinstallateur, der seine Leute besser für die klimafreundliche Wärmeversorgung aus- und fortbilden möchte. Er kann in Berufsschulen, Unternehmen, Kammern und Verbänden nach Verbündeten suchen, um die Ausbildungspläne bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Das dauert normalerweise Jahre. Da müssen wir viel schneller werden.

taz: Was kann ich tun, wenn ich nicht im Heizungsbau oder an ähnlicher Stelle arbeite?

Engels: Jede Person kann prüfen, welche Möglichkeiten sie in ihrem Umfeld sieht, wo es Verbündete geben könnte; und vor allem: wofür sich der Einsatz lohnt. Es geht ja um strategisches Engagement. Sobald man in der eigenen Organisation ein Netzwerk etabliert hat, kann man außerhalb nach weiteren Verbündeten suchen. Das können je nach Anliegen Kirchengemeinden sein, Krankenhäuser, Schulen oder politische Akteure. Ausgehend vom Arbeitsplatz funktioniert das besonders gut, denn dort verbringt man ohnehin viel Zeit, und zudem kann man das eigene Fachwissen einbringen.

taz: Was macht Sie zuversichtlich, dass eine grundlegende Klimawende auf die Art zu schaffen ist?

Engels: Die Zukunft ist offen. Niemand weiß, was kommt – also ist Resignation überhaupt nicht angebracht. Gesellschaft ist veränderbar, und manchmal wird man von positiven Veränderungen überrascht. In meiner Forschung stoße ich ständig auf wirksame Initiativen. Zum Beispiel auf Menschen, die in ihrem Stadtteil über viele Jahre hinweg Beziehungen aufgebaut und dann gemeinsam die Verkehrswege klimafreundlich verändert haben; oder die erreicht haben, dass Nahwärmenetze geschaffen und Fassaden flächendeckend begrünt werden.

taz: Das sind Stadtteilinitiativen. Wir brauchen Klimaschutz doch in viel größerem Maßstab.

Engels: Die Klimawende ist eine Riesenaufgabe, das stimmt. Aber überall mobilisieren sich derzeit Leute. Unter Älteren gibt es eine richtige Mobilisierungswelle, und wenn die „Omas gegen Rechts“ sich mit all ihrer Lebenserfahrung, ihrer Zeit und ihren Ressourcen jetzt auch fürs Klima einsetzen, macht mir das schon Hoffnung. Klima-Organisationen suchen ebenfalls gezielt nach neuen Bündnispartnern, zum Beispiel unter den Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden.

taz: Mit wem verbünden Sie sich?

Engels: Ich forsche stärker zu sozialer Gerechtigkeit und

kooperiere dabei mit sozialen Einrichtungen und dem Hamburger Stadtmagazin *Hinz und Kunzt*. Zugleich erforsche ich große Konzerne und rede dort viel mit Nachhaltigkeitsmanagern, die versuchen, ihre Unternehmen von innen klimafreundlicher zu machen. Sie betrachte ich ebenfalls als Verbündete. Außerdem gibt es einen Austausch mit NGOs über die Bedeutung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse für ihre strategische Neuausrichtung. Es gibt so viele Möglichkeiten! Die Schwierigkeit ist eher, gezielt auszuwählen und nicht alles zu machen, um die eigenen Kräfte nicht zu schnell zu erschöpfen.

taz: Sie sagen, es geht darum, fossile Geschäfte unrentabel zu machen. Wie

bricht man die politische und wirtschaftliche Macht der Ölkonzerne?

Engels: Ich würde unter den superreichen Familien nach Verbündeten suchen. Auch unter ihnen muss es Menschen geben, die den Klimawandel als ernstes Problem verstehen. Prominente können helfen, politische Unterstützung zu mobilisieren. Aber kleine Schritte bringen auch etwas: Ich kann in meinem Umfeld für den Umstieg auf klimafreundlichen Strom werben, um die Nachfrage nach fossiler Energie zu begrenzen, so weit es geht. Ich kann meine Bank drängen, nicht mehr in fossile Geschäfte zu investieren.

taz: Das dauert lange. Aber die Zeit drängt.

Engels: Wir haben wenig Zeit – das stimmt, aber das Argument bringt uns überhaupt nicht weiter! Natürlich ist das ein ganz dickes Brett. Aber die Gesellschaft ist einfach noch viel zu abhängig von fossilen Energien. Wir müssen leider die Geduld aufbringen, das Schritt für Schritt zu ändern. Und bisher haben wir damit noch nicht einmal richtig angefangen.



Foto: privat

Anita Engels
geboren 1969 in Leverkusen, ist Klimasoziologin an der Universität Hamburg. Sie forscht zur Frage, welche gesellschaftlichen Kräfte den Klimaschutz vorantreiben – und welche nicht. Im Juli erschien ihr Buch „Die Klimawende JETZT organisieren“.

Bündnisse schmieden hilft im Kampf gegen die Klimakrise
Foto: Uwe Anspach/dpa



Wo Kohle den Boom befeuert

Deutschland steigt wegen der Klimakrise aus der Kohle aus. Die Firma HMS aber verdient mit dem Handel des Rohstoffs zwischen Afrika und Südostasien viel Geld

Aus Berlin **Björn Hartmann**

Ein unscheinbares Bürohaus im Berliner Stadtteil Köpenick, unten ein Italiener, gegenüber Wald. Wenig deutet darauf hin, dass im dritten und vierten Stock der Boom in Indien und Südostasien befeuert wird. Von hier aus handelt HMS mit einem Stoff, von dem sich Deutschland in den nächsten Jahren verabschieden will, ohne den viele aufstrebende Staaten aber nicht auskommen: Kohle.

Dennis Schwindt empfängt im großen Konferenzraum. An der Wand eine alte Karte des Ruhrgebiets. Von Steigerromantik sind der Firmenchef und sein Finanzvorstand Jens Moir jedoch weit entfernt. Ein Kunde benötigt entsprechende Ware, HMS beschafft sie, etwa in Indonesien, und liefert per Frachter – zum Beispiel nach Indien. Mit Deutschland und Europa machen sie praktisch kein Geschäft.

Eigene Schiffe hat das Unternehmen nicht, sie werden gechartert. „In der Regel übernehmen wir die Ware vom Verkäufer, sobald sie auf dem Schiff ist, und übergeben sie, sobald sie im Hafen angekommen ist, an den Käufer“, sagt Schwindt. Keine Logistik, keine Spekulation. Kaufen, verkaufen mit einer kleinen Marge, fertig. Das allerdings in großem Stil.

Wie kommt ein Berliner Unternehmen dazu, fernab Kohle über die Weltmeere schippern zu lassen, dazu Eisenerz, Mangan und auch schon mal Zement? Heinz Schernikau hatte lange im Außenhandel der DDR gearbeitet, unter anderem im Handel mit Gas, Kohle und Strom. 1995 frischte er alte Kontakte auf, gründete HMS gemeinsam mit seiner Frau und begann, Kohle nach Deutschland einzuführen. Das Kürzel steht für Heinz und Michaela Schernikau.

Weil die großen Verbraucher jedoch alle einen eigenen Einkauf hatten, lief es nicht rund. Schernikau setzte deshalb auf internationales Geschäft. Über die Jahre verlagerte sich der Handel immer mehr in die aufstrebenden Wirtschaftsregionen in Südostasien sowie nach Indien. Dorthin, wo der Bedarf hoch ist. Seit 2008 ist HMS an der Börse.

„Inzwischen beliefern wir auch große staatliche Kunden, etwa Stromversorger und das Militär in Vietnam“, erzählt Schwindt. Unterwegs ist die Ware per Frachter. „Ein durchschnittliches Schiff transportiert etwa 50.000 Tonnen Kohle, das entspricht gut 14.000 Elefanten“, sagt Finanzvorstand Moir. „Vor allem Wachstumsländer in Asien benötigen viel Stahl und Zement. Und die Industrie ist auf Kohle angewiesen“, sagt er. Nicht nur als Brennstoff, sondern auch

als wichtiger Bestandteil der Produktion.

Das Geschäft ist in den vergangenen Jahren kräftig gewachsen. Betrug der Umsatz 2019 noch 215 Millionen Euro, waren es 2025 mehr als 1,2 Milliarden Euro. In diesem Jahr peilen sie die Zwei-Milliarden-Euro-Marke an. Und es geht längst nicht mehr nur um den Handel mit Kohle und Erzen. „Seit der zweiten Hälfte 2025 handeln wir in den großen Häfen Shanghai, Singapur und Dubai auch Schiffstreibstoff und Schmiermittel“, sagt Schwindt.

Und dann sind da noch die beiden eigenen Kohleminen, in Botswana und Südafrika. Dort wird seit diesem Jahr Kohle gefördert – für die Industrie, nicht für Stromerzeugung. Und nicht für Deutschland. Die Bundesrepublik will bis 2038 aus der Kohle aussteigen.

Denn mit Kohle Energie zu erzeugen, verursacht große

Mengen Treibhausgas, die den Klimawandel befeuern. Schwindt und Moir ist das bewusst. Doch HMS ist zuallererst Händler und bedient einen Markt. Und der wächst. 2025 wurden nach Zahlen des Vereins der Kohleimporteure weltweit rund 8,5 Milliarden Tonnen Kohle gefördert – ein Höchstwert. Mehr als die Hälfte holt China für den Eigenbedarf aus dem Boden. Mit weitem Abstand folgen dann Indien und Indonesien.

Weltweit gehandelt werden nur gut 1,3 Milliarden Tonnen, in Deutschland landen etwa 27,4 Millionen Tonnen.

Rund 100 Beschäftigte arbeiten weltweit für HMS. „Wir haben in den vergangenen 31 Jahren immer geliefert“, berichtet der Chef. Angesichts der Konkurrenz von Branchenriesen wie Glencore aus der Schweiz oder Trafigura aus Singapur ist das auch nötig, sonst ist HMS schnell aus dem Geschäft.

Anzeige

taz ☘ blogs

Nicht zu fassen ... aber zu lesen.

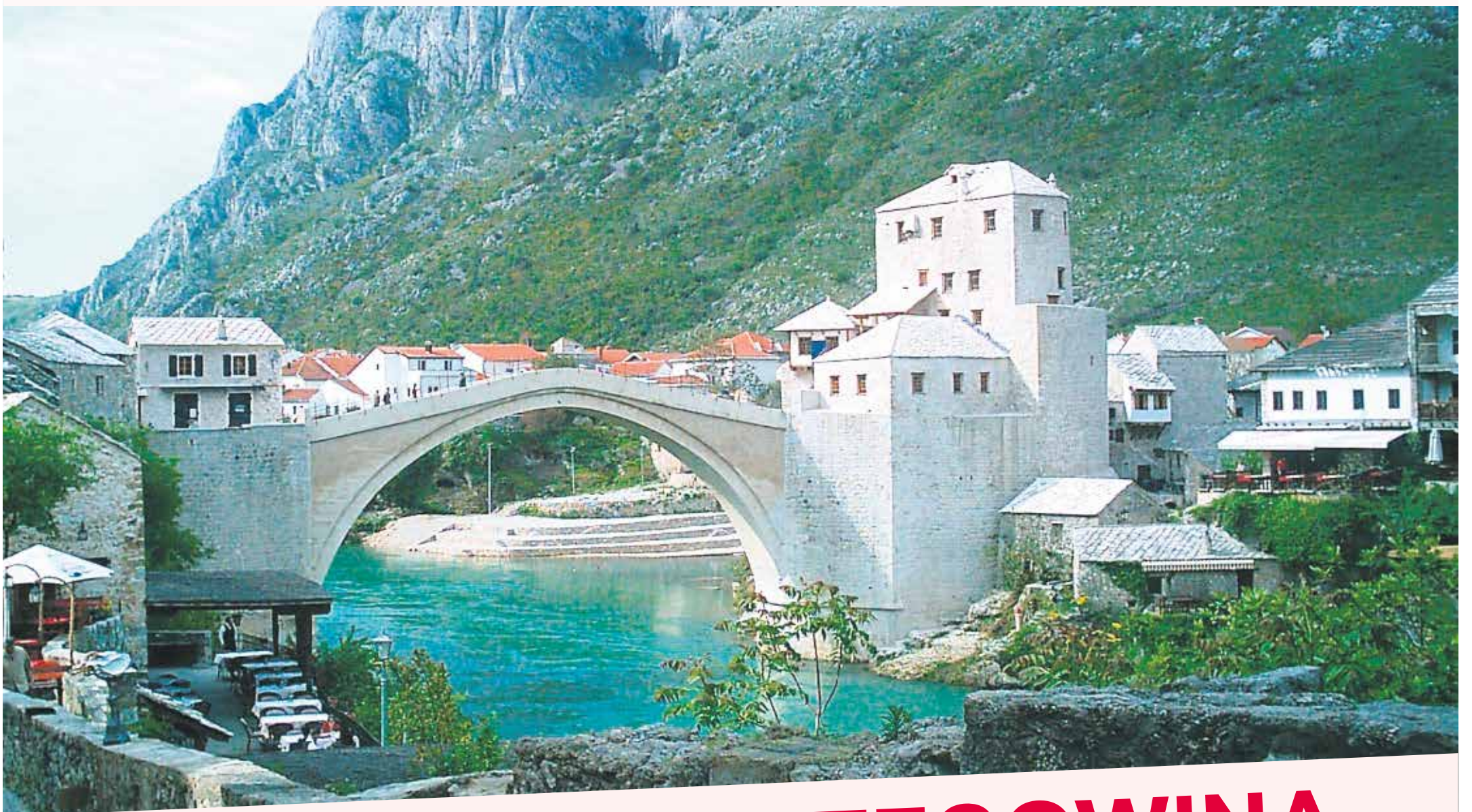
Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen
Sie auf den Blogs der taz: **taz.de/blogs**

taz 

reisen
in die Zivilgesellschaft

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Fremde Kulturen entdecken: taz-Reiseleiter:innen ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.



BOSNIEN & HERZEGOWINA

SARAJEVO – MOSTAR – SREBRENICA

taz-Korrespondent **Erich Rathfelder** und die Historikerin **Amela Maldosevic** führen Sie zu Schauplätzen der jüngsten Geschichte, Menschenrechtler und Akteure der Zivilgesellschaft erläutern aktuelle Entwicklungen.

18. bis 24. Oktober 2026 ab 1.880 €

über leben:
in der Ukraine



Ein ukrainisches Kriegsbegräbnis

Von **Juri Konkewitsch**

Die meisten Toten im Krieg mit Russland bestateten wir in geschlossenen Särgen. Der Krieg mit Drohnen und Raketen zerstört die Körper oft bis zur Unkenntlichkeit. Oft dauert es auch lange, Gefallene von der Front zu bergen. Darum können Angehörigen ihre Toten kein letztes Mal ansehen, ihre kalten und doch so vertrauten Hände noch einmal berühren.

So war es bislang auch in diesem Dorf in der Bukowina, im Südwesten der Ukraine. Doch die Verwandten des 23-jährigen Freiwilligen Iwan hatten Glück: Sein Leichnam konnte bereits drei Tage nach seinem Tod vom Schlachtfeld geborgen werden. Auch ein zusätzlicher DNA-Abgleich war nicht nötig, da Mutter und Ehefrau Iwan anhand seines Tattoos und eines Armbandes identifizieren konnten.

Wir treffen die Mutter des Gefallenen in Tscherniwzi an der Leichenhalle. Es ist ein ruhiger Morgen in der Stadt, die 1.000 Kilometer von der Front entfernt liegt. Vögel zwitschern, Passanten eilen mit Coffee-to-go-Bechern vorbei.

Auf einer Bank im Hof wartet die Mutter auf die Leiche ihres Sohnes. Als alle Papiere unterschrieben sind, tragen die Kämpfer der Nationalgarde den Sarg zum Leichenwagen. Gerade, als der Fahrer die Tür schließen will, beugt sie sich herunter und umarmt den Sarg. Sie möchte in diesem Auto neben der Leiche ihres Sohnes zum Friedhof fahren.

Dann geht es los: Ein Polizeifahrzeug, der Leichenwagen, unser Auto mit den Flaggen der Brigade, in der Iwan gedient hat – und hinter uns ein Bus mit dem Orchester sowie die Autos der Angehörigen.

In der Stadt ist viel los, die Straßen sind voller Autos. Als sie unseren Autokonvoi näherkommen hören, treten die Menschen an die Ränder der Gehwege, Fahrer steigen aus ihren Autos aus. Manche beten oder sinken auf ein Knie, andere legen eine Hand aufs Herz. Ich bemerke, wie eine Frau ihren beiden Söhnen zeigt, wie man einem Soldaten den letzten Gruß erweist: die rechte Hand am Ellbogen angewinkelt und die Faust nahe am Herzen.

Auf den Straßen sehe ich viele Männer. Bei ihrem Anblick denke ich, dass der 23-jährige Iwan sein Leben auch für sie geopfert hat. An einer Kreuzung versucht ein Radfahrer mit Kopfhörern, vor der Fahrzeugkolonne einzuscheren. Passanten packen ihn am T-Shirt und reden lautstark auf ihn ein.

Wir fahren fast 30 Kilometer aus der Stadt Tscherniwzi heraus nach Süden in ein Dorf, das schon fast an der rumänischen Grenze liegt. Unterwegs werfen Menschen Blumen auf die Autos und knien neben brennenden Grabkreuzen nieder.

Im Dorf angekommen wartet schon die Witwe des Verstorbenen am Hoftor. Die junge Frau mit den verweinten Augen hat keine Kraft zum Sprechen. Seit Iwan von der Front zurückgebracht wurde, hat sie schon mehrfach das Bewusstsein verloren, weshalb immer jemand seiner Kameraden aus dem Bataillon bei ihr bleibt. Ihre zweijährige Tochter hat sie für die Zeit der Beerdigung bei ihren Eltern untergebracht.

Auf dem Hof hört man jetzt ein Gebet in rumänischer Sprache. Hunderte Menschen sind zusammengekommen. Vom Elternhaus des Gefallenen bringen wir den Sarg zur einige Kilometer entfernten Kirche. Zu Fuß gehen wir hinter dem Leichenwagen her. Der Weg führt durch ein Tal, von den Bergen hallen die Klänge des Orchesters wider. Nach der Totenmesse in der Kirche zieht die Prozession den Berg hinauf zum Friedhof. Die Sonne steht jetzt im Zenit, wir sind von grünen Hügeln umgeben. In einem der Kränze, den ein Freund Iwans mitgebracht hat, summt eine Biene. Es ist ein strahlender Sommertag.

Dann schallt die ukrainische Nationalhymne über die Berge. Die Ehrenwache salutiert dem Helden und wir sprechen gemeinsam das „Gebet des ukrainischen Kriegers“, der Text, mit dem die Kämpfer in den Dienst treten. Als alles vorbei ist, kommt Iwans jüngerer Bruder auf uns zu. „Würdet ihr mir das Rangabzeichen meines Bruders schenken? Er war so stolz darauf, der Ukraine zu dienen.“

Juri Konkewitsch berichtet als freier Journalist aus der Ukraine. Er lebt im westukrainischen Luzk und war Teilnehmer eines Osteuropa-Workshops der taz Panter Stiftung. Aus dem Ukrainischen Gaby Coldewey

Erhöhte Bedrohungslage: Ein rumänisches F16-Kampflugzeug startet auf dem Luftwaffenstützpunkt Borcea 86 im Südosten Rumäniens
Foto: Vadim Ghirda/ap/dpa



montag, 24. august 2026 **taz**

Neptun ist ein verlockendes Ziel

Rumänien ist es gelungen, eine Marinedrohne nahe einem Offshore-Gasprojekt zu zerstören. Die Vorfälle häufen sich und stellen Bukarest auf die Probe

Aus Bukarest **Marian Chiriac**

In diesem Sommer beschloss Magda Măgureanu, zu Hause in Bukarest zu bleiben, anstatt wie üblich ihren Kurzurlaub an der rumänischen Schwarzmeerküste zu verbringen. Die Entscheidung der 58-Jährigen hat vor allem finanzielle Gründe. Sie war kürzlich in Kurzarbeit geschickt worden, da ihr Arbeitgeber wegen der Wirtschaftskrise in Rumänien – das Land mit dem höchsten Haushaltsdefizit in der EU – Kosten einsparen musste.

Geld war nicht der einzige Grund. Măgureanu sagt, sie sei auch zunehmend besorgt über den Krieg in der benachbarten Ukraine, nachdem sie Berichte in den Medien, vor allem aber in den sozialen Medien gelesen habe. „Ich spüre, dass der Krieg immer näher rückt, und frage mich daher immer wieder, wie sicher wir eigentlich sind“, sagt sie. Ihre Sorge teilen viele Rumänen.

Seit des vollumfänglichen Einmarschs Russlands in die Ukraine im Februar 2022 war Rumänien immer wieder vom Krieg betroffen. Doch die Zahl der Vorfälle hat in den letzten Wochen stark zugenommen.

Rumänien, das eine fast 650 Kilometer lange Grenze zur Ukraine hat, verzeichnete allein in diesem Jahr bislang 27 Drohnenübergriffe. Seit dem Beginn der Invasion Russlands wurden laut Verteidigungsministerium insgesamt rund 60 Drohnen oder Drohnenfragmente auf rumänischem Territorium identifiziert.

Bukarest reagierte zunächst zurückhaltend auf die Übergriffe. Bis Mai 2025 beschränkte sich Rumänien weitgehend darauf, Kampflugzeuge zu entsenden, Drohnenwracks zu bergen, Schutzzräume in Grenznähe zu errichten und Moskau dafür zu verurteilen, dass es zuließ, dass der Krieg auf rumänisches Territorium übergriff.

Das änderte sich im vergangenen Jahr, als im Mai ein Gesetz in Kraft trat, das dem Militär die klare Befugnis erteilt, unbemannte Fluggeräte anzugreifen, die illegal in den rumänischen Luftraum eindringen. Allein im letzten Monat haben Kampfflugzeuge vier Drohnen abgeschossen, daran waren auch in Rumänien stationierte Flugzeuge anderer Nato-Staaten beteiligt.

Der jüngste Vorfall ereignete sich am 20. August. Eine rumänische F-16 zerstörte mit ihrer Bordkanone eine Marinedrohne in der ausschließlichen Wirtschaftszone (EEZ) Rumäniens im Schwarzen Meer, und zwar in der Nähe des Offshore-Gasprojekts „Neptun Deep“, etwa 150 Kilometer östlich der rumänischen Küste. Anlagen in der EEZ werden nicht explizit von Artikel 5 des Nato-Vertrags über die kollektive Verteidigung erfasst, möglicherweise ist „Neptun Deep“ wegen dieser Unsicherheit ein verlockendes Ziel.

Präsident Nicusor Dan beschuldigte Russland und verurteilte Moskau dafür, „kritische Infrastruktur“ und Menschen, die „auf der Plattform arbeiten“, zu gefährden. „Ich verurteile die Zunahme dieser unverantwortlichen Vorfälle seitens der Russischen Föderation aufs Schärfste“, erklärte Dan auf X. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verurteilte den Vorfall: „Eine eskalierende Drohkampagne findet statt, die unsere Bürger verunsichert und darauf abzielt, unsere Union zu spalten. Das ist hybride Kriegsführung.“

Es ist nicht das erste Mal, dass Drohnen in der Nähe von „Neptun Deep“ gesichtet wurden. Bereits am 11. August zerstörten Taucher der rumänischen Armee zwei russische Drohnen vom Typ „Gerbera“ in der Nähe der Projektanlage.

Das Offshore-Gasprojekt unter der Leitung der österreichischen OMV Petrom und des rumänischen staatlichen Gasunternehmens Romgaz soll im nächsten Jahr die Produktion aufnehmen. Es soll jährlich rund 8 Milliarden Kubikmeter Gas fördern und könnte Rumänien zum größten Erdgasproduzenten der EU machen, sobald die volle Förderkapazität erreicht ist.

Experten zufolge hat die Verschärfung der russischen Angriffe in der Region Odessa nahe der rumänischen Grenze in der aktuellen Phase des Krieges zu der steigenden Zahl von Vorfällen mit Drohnen beigetragen. Doch laut dem pensionierten Marineoffizier und Militäranalysten Valentin Mateiu könnte es um mehr gehen als nur um Drohnen, die unbeabsichtigt über die Grenze gelenkt wurden. „Es gab Situationen, die sich nicht als rein zufällige Vorfälle erklären lassen. Wir können daher die Möglichkeit nicht ausschließen, dass Russland einen hybriden Krieg führt, der darauf abzielt, die Reaktionsfähigkeit Rumäniens, eines Nato-Mitgliedstaats, auf die Probe zu stellen“, sagt Mateiu.

Die wiederholten Vorfälle haben den Druck auf die Luft- und Seeverteidigung Rumäniens erhöht und in der Öffentlichkeit Fragen aufgeworfen, wie gut das Land gegen die vielfältigen hybriden Bedrohungen aus Russland geschützt ist.

Mateiu bleibt vorsichtig, ist aber optimistisch. Rumänien habe mit der Unterstützung seiner Nato-Verbündeten bislang unter Beweis gestellt, über ein funktionierendes Verteidigungs- und Schnellreaktionssystem zu verfügen, das in der Lage ist, bedrohliche Drohnen unschädlich zu machen. „Die Fakten sprechen für sich“, sagt er. „Die Tatsache, dass Rumänien den Bedrohungen, denen es ausgesetzt ist, wirksam begegnet, kann nur dazu beitragen, ähnliche Aktionen in Zukunft zu verhindern.“



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e. V. [taz.de/auslands-recherche](#)

Humanitäre Hilfe steht, Abwehr nicht

Bundesaußenminister Wadephul besucht Kyjiw und Charkiw. Derweil greift Russland unvermindert an. Präsident Selenskyj nennt Einzelheiten zum zunehmenden Mangel an Luftabwehr und zur Entwicklung entlang der Kriegsfront

Aus Kyjiw **Bernhard Clasen**

Was am Freitag noch die Glastür eines kleinen Geschäfts war, ist am Samstag nur noch ein verbogener Rahmen. Das Glas liegt in tausend Splittern auf der Straße. Auch die Fenster des angrenzenden Wohnhauses sind teilweise zerborsten. Wieder einmal hat die russische Armee Kyjiw angegriffen.

Nur gut zwei Kilometer entfernt im ukrainischen Außenministerium informieren der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha und sein deutscher Amtskollege Johann Wadephul über die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit. Wadephul kündigte 50 Millionen Euro humanitäre Hilfe an. Das Geld solle internationalen Organisationen und NGOs zugutekommen, etwa um Wohnungen instandzusetzen sowie mobile Sanitäreinrichtungen und Heizgeräte bereitzustellen.

Weitere zehn Millionen Euro zahlt Deutschland in einen Nato-Fonds für Energieversorgung und Anlagen zur Drohnenabwehr ein.

Es sei klar, so Wadephul, dass die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichten. Deutschland werde sich deshalb mit seinen Partnern weiter dafür einsetzen, die Ukraine bei der Luftverteidigung zu unterstützen. Anfang der Woche werde er mit seinem US-Kollegen Marco Rubio darüber sprechen. Auf eine Journalistenfrage zu Verhandlungen mit Russland sagte Wadephul, diese scheiterten aktuell an Moskau.

„Der Juli war der tödlichste Monat für die Ukraine seit Kriegsbeginn“, erklärte Wadephul nach seinem Treffen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj. In am Sonntag veröffentlichten Äußerungen vor Journalisten mahnte Selenskyj, 2023 habe die Ukraine 675 Patriot-Abfangraketen erhalten und 2025

nur noch 364. Für dieses Jahr rechne sie derzeit mit lediglich 264. Laut Selenskyj hat die Ukraine seit Jahresbeginn 820 Quadratkilometer befreit, Russland habe demgegenüber seit Jahresbeginn 990 Quadratkilometer Fläche neu besetzt. Mit Blick auf die jüngsten Forderungen nach Wahlen während des Krieges bekräftigte Selenskyj seine Ablehnung: „Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt wären wie ein Tsunami für den Staat, der die Ukraine spalten würde. Deshalb besteht meine Strategie darin, das Land bis zum Ende des Krieges zu führen und einen unabhängigen und souveränen Staat zu bewahren.“

Am Sonntag besuchte Wadephul die Millionenstadt Charkiw nahe der Front. Dort sprach er an der Universität, sah sich ein sechs Mal attackiertes Kraftwerk an und besichtigte ein zerstörtes U-Bahn-Depot. Am „Tag der Staatsflagge“ nahm er an einer

Zeremonie teil. Wadephul würdigte den „unheimlichen Widerstandswillen“ der Bewohner Charkiws.

Während des Aufenthaltes von Wadephul griff Russland weiter an. In Charkiw wurden Behörden zufolge sieben Menschen verletzt. Beim Einschlag einer russischen Drohne in einen Zug auf dem Weg von Schytomyr nach Odessa kamen 593 Passagiere mit dem Schrecken davon - nur die Lokomotive geriet in Brand. Am Freitag waren mindestens 16 Personen in der Industriestadt Krywyj Rih bei einem russischen Angriff auf ein Einkaufszentrum getötet worden.

Gleichzeitig setzt die Ukraine ihre Angriffe auf wirtschaftlich und militärisch wichtige Ziele in Russland fort. Inzwischen hat die Ukraine laut ihrem Verteidigungsministerium 7 von 10 großen Logistikzentren des russischen Onlinehändlers Wildberries zerstört. (mit Agenturen)

Kongos bittere Schokolade

Die Rohstoffschmuggler im Osten der Demokratischen Republik Kongo haben eine neue lukrative Branche entdeckt: Kakao. Der Kakaoboom bringt einigen Bauern und Händlern schnelles Geld, vernichtet Wälder und verdrängt den Lebensmittelanbau

Aus Beni **Leon Simba**

Kaum verlässt man die ost-kongolesische Stadt Beni auf der Nationalstraße Richtung Norden, sieht man sie: Kakaobäume auf riesigen Plantagen bis zum Horizont. An den Straßenrändern der Stadt, in der die Militärverwaltung des von Kongos Regierung kontrollierten Teils der Provinz Nord-Kivu ihren Sitz hat, liegen Kakaobohnen in der Sonne zum Trocknen auf großen Planen. Kakao ist der neueste Renner in Ostkongos Kriegswirtschaft.

Fünf bis acht US-Dollar pro Kilogramm Kakaobohnen gibt es zu Spitzenzeiten, berichtet ein Bauer in der Kleinstadt Oicha. Kein anderes Agrarprodukt bringt so viel Geld. „Wenn man 100 Quadratmeter bebaut, sind 200 Kilo Ernte normal“, erläutert er. „Aber mit einem Hektar sind es viel mehr! Und je größer der Kakaobaum wird, desto mehr wirft er ab. Mir diesem Geld kann ich alle meine Kinder zur Schule schicken und ich werde für die nächsten drei Jahre investieren.“

Fast überall in den Distrikten Beni von Nord-Kivu sowie Mambasa und Irumu in der Nachbarprovinz Ituri ist Kakao mittlerweile die wichtige Einkommensquelle. Die Plantagen breiten sich kilometerweit aus, die Käufer schlängeln sich auf ihren Motorrädern die Feldwege entlang und sammeln die Säcke voller Bohnen ein. Einmal getrocknet, landen die Bohnen in großen Lastwagen und überqueren am Handelsknotenpunkt Kasindi östlich der größten Marktstadt Butembo die Grenze nach Uganda.

Viele kongolesische Bauern werden durch Kakao reich. Aber wie jeder Wirtschaftszweig in Kongos Kriegsgebieten ist auch die Kakaowirtschaft von Gewalt, Betrug, Spekulation und Konflikten geprägt. Man lebt vom Kakao, aber man stirbt auch daran.

Je mehr Geld mit Kakao zu verdienen ist, desto weniger Arbeit fließt in die tra-

ditionelle Landwirtschaft. Maniok, Bohnen und andere Grundnahrungsmittel verschwinden von den Feldern zugunsten der Kakaoplantagen. „Die Auswirkung des Kakobooms ist schwer einzuschätzen, aber man sieht, dass die Leute immer mehr Importreis kaufen – früher haben sie ihren Reis selbst angebaut“, analysiert der Agronom Vutseme Lusenge. „Der Reisanbau wurde zugunsten des Kakaos eingestellt.“

Aus der dichtbesiedelten Provinz Nord-Kivu wandern viele Bauern in die nördliche Nachbarprovinz Ituri aus, die in weiten Gebieten noch von Wald bedeckt ist. Entlang der Straße von Beni nach Norden sind ganze Wälder für Plantagen abgeholzt worden. „Es ist sehr besorgniserregend“, sagt der Umweltaktivist Mwanalirwa Jean de Dieu. „Die Wälder werden verschwinden. Klar, Kakaobäume sind auch Bäume, aber die anderen Baumarten verschwinden und mit ihnen ein ganzes Ökosystem mit seiner Biodiversität. Man muss sich jetzt darum kümmern.“

Das Thema ist besonders heikel, seit neue EU-Richtlinien gegen die Entwaldung in Kraft getreten sind und europäische Delegationen die Umweltverträglichkeit von Kakaoplantagen untersuchen. Kongos Kakaosexporteur wollen vermeiden, dass ihr Produkt in Zukunft diesen Richtlinien nicht mehr entspricht.

Die Migration von Bauern aus Nord-Kivu nach Ituri und sogar in die benachbarte Regenwaldprovinz Tshopo weiter westlich mit der Hauptstadt Kisangani führt auch zu ethnischen Spannungen. Zuwanderer kaufen riesige Waldflächen, zum Nachteil der dort lebenden Bevölkerungen. Menschenrechtsaktivist Alimasi Lukokoma im Dorf Lukaya sagt: „Es kommt vermehrt zu Landkonflikten. Kongos Verfassung gibt jedem Bürger das Recht, sich überall im Land niederzulassen, aber die Aneignung großer

Landflächen wird die Einheimischen in die Revolte treiben und wir sind nicht in der Lage, mit diesen Landkonflikten umzugehen.“

Landkonflikte zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen liegen an der Wurzel zahlreicher lokaler Konflikte, die den Osten der DR Kongo seit über 30 Jahren zum Kriegsgebiet machen, mit unzähligen bewaffneten Gruppen und einem kaum vorhandenen Staat.

Dabei ist auch die Kakaowirtschaft an sich nicht konfliktfrei. Das in der Landwirtschaft übliche System der Vorfinanzierung sorgt für Dauerspannungen. Händler zahlen Bauern Vorschüsse, um sich die Ernte zu sichern – aber wenn dann zur Erntezeit die Preise steigen, finden die Bauern oft die Vorschüsse zu niedrig und verkaufen ihren Kakao lieber kurzfristig aufgetauchten Käufern, die mehr bieten.

„Dann wird es kompliziert“, berichtet Ngakulirahi Ndekere, ein Kakaokäufer in Mangina. „Du gibst einem Bauern dein Geld, weil er sich als Lieferant angeboten hat. Du hast ihm Vertrauen geschenkt – aber wenn es dann zur Lieferung kommen soll, ist er weg. Dann musst du ihn suchen gehen, aber du hast ja noch andere Kunden, und du willst nicht die Polizei einschalten, weil dir dann niemand mehr traut. Und das Geld, was du dem Bauern vorgeschossen hast, hast du selbst von Großhändlern als Vorschuss erhalten.“

Kongos Kakao wird nicht in der DR Kongo konsumiert. Man findet keine Schokolade auf den Märkten von Beni oder Butembo, es gibt höchstens kleine teure Kakaopulverbeutel im Supermarkt. Die lokal produzierte Schokolade der Firma Virunga ist zu teuer für kongolesische Normalverbraucher. Die gesamte Ernte geht nach Uganda und von dort nach Malaysia, Indien oder europäische Länder.

Kongos deklarierte Kakaosexporte lagen bis 2020 nach internationalen Handelsstatistiken noch bei unter 40 Millionen US-Dollar im Jahr. 2023 waren es schon 120 Millionen und 2024 351 Millionen. Kakao ist heute bei weitem das wichtigste Agrarexportprodukt des Landes und die Regierung setzt darauf: Die Kakaoproduktion soll von 100.000 Tonnen im Jahr 2024 auf drei Millionen bis 2030 steigen, so die Planzahlen des Außenhandelsministeriums – dann wäre die DR Kongo der größte Kakaoproduzent der Welt.

Aber an der Grenze zu Uganda in Kasindi wird ein großer Teil des kongolesischen Kakaos nicht korrekt deklariert, bestätigt das kongolesische Agrarproduktamt ONAPAC (Office National des Produits Agricoles du Congo). Er landet illegal in Uganda und wird als ugandischer Kakao weiterverkauft.

„Wir sind da machtlos“, sagt ein ONAPAC-Kontrolleur, der anonym bleiben will. „Der Mechanismus ist bekannt. Die Händler deklarieren zu wenig und zahlen damit nur auf einen kleinen Teil der Ware Steuern, der Rest passiert die

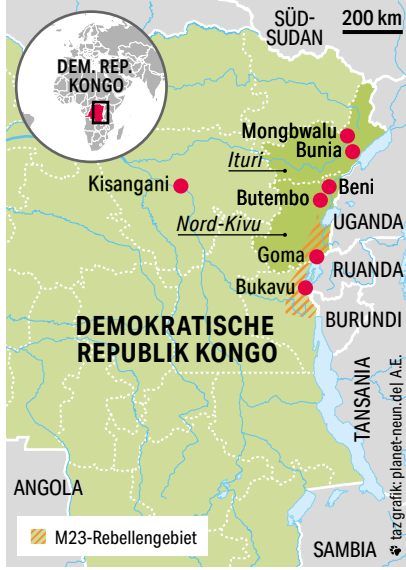
Grenze heimlich. Militäroffiziere sind beteiligt, und wir dürfen uns da nicht einmischen, wir wollen lieber am Leben bleiben. Oder die Händler sagen, es sei Transitware auf dem Weg nach Europa oder Asien, aber sie verkaufen den Kakao in Uganda.“

Es ist dasselbe Muster, das aus Ostkongos Mineralienexporten Richtung Uganda und Ruanda bekannt ist. Das kongolesische Zollsystem sei so kompliziert, dass es Schmuggel begünstige, erläutert ein Zöllner. „Über zehn verschiedene Dienste sind involviert, auch welche, die es nicht sein dürften. Staatsbeamte, Sicherheitsbeamte, Zöllner und manchmal sogar Schmuggelbekämpfer

ren Einflussbereich in den vergangenen Jahren eher ausweiten konnten. In von Gewalt geprägten Gebieten können Bauern nicht auf ihre Felder. Aber anders als Lebensmittel am Boden verfaulen Kakaobohnen an Bäumen nicht. Man kann sie irgendwann ernten – oder sie werden irgendwann gestohlen. Immer wieder stellen Bauern fest, dass jemand nachts ihre Bäume abgeerntet hat.

Die Landbevölkerung beschuldigt oft die Ehefrauen der zum Kampf gegen die ADF stationierten kongolesischen Soldaten, für diese und andere Diebstähle verantwortlich zu sein. „Die Frauen haben keine Felder, aber sie verkaufen Lebensmittel in den Militärlagern. Das ist doch verdächtig, oder?“ sagt ein Bauer in Mavivi. „Wir verstehen sowieso nicht, warum sie ihre Männer sogar an der Front begleiten.“ Ein Dorfchef sagt hingegen, manche Jugendlichen würden sich als ADF ausgeben, um den Bauern Angst zu machen, damit sie nicht auf ihre Felder gehen, und dann den Kakao klauen. „Sie besetzen dein Feld, und wenn man sie mit Macheten sieht, denkt man, das ist die ADF, und läuft weg. Dann ernten sie zwei oder drei Tage alles ab und verkaufen ihren Beute“, erzählt er.

Da der Kakaohandel liberalisiert ist, werden solche Geschäfte erleichtert. Früher durften in Nord-Kivu nur die Staatsbehörde ONAPAC und das Privatunternehmen Esco-Kivu legal Kakao von Bauern ankaufen. Heute darf es jeder, und niemand blickt mehr durch.



nehmen direkt am Schmuggel teil. Manche Schmuggellieferungen sind riesig, mehrere Dutzend Tonnen auf einmal.“

In Uganda bieten Händler mehr Geld für kongolesische Kakaobohnen als in der DR Kongo, denn die ugandischen Steuern und Gebühren sind niedriger als die kongolesischen und die ugandischen Straßen sind besser. Beides verringert die Kosten für die Händler. Ugandische Unternehmer leihen ihren kongolesischen Partnern Geld und warten einfach, bis die Ware bei ihnen ankommt. Ein kongolesischer Kakaokäufer erläutert: „Bei geringen Mengen überqueren wir einfach den Grenzfluss Lubirihya mit der Ware auf dem Kopf, meistens nachts und nicht nur Kakao.“

Die Behörden beider Länder arbeiten zwar gegen Schmuggel an der Grenze zusammen, zuletzt unterzeichneten Ugandas und Kongos Regierungen am 11. Mai in Uganda ein Memorandum zur besseren ökonomischen Zusammenarbeit und zur Förderung des legalen Handels durch Verringerung von Kosten und Verzögerungen. Aber verhindert werden reale Verbesserungen unter anderem durch die Sicherheitslage.

Die Kakaoregionen von Nord-Kivu und Ituri sind zugleich Aktionsgebiet der islamistischen ugandischen Rebellengruppe ADF (Allied Democratic Forces), gegen die Ugandas Armee zwar auf kongolischem Gebiet vorgeht, die aber ih-



In Säcken auf Lastwagen verlassen die Kakaobohnen aus der Region Beni die DR Kongo Richtung Uganda – nicht immer legal
Foto: Leon Simba

„Mit diesem Geld kann ich alle meine Kinder zur Schule schicken“: Kakaobohnen trocknen am Straßenrand in der ostkongolesischen Stadt Beni
Foto: Leon Simba



debatte

Die Europäische Mitschuld

Der Ceuta-Diskurs dreht sich vor allem um Marokkos Instrumentalisierung von Migration. Statt um die EU-Wirtschaftsinteressen, die sie ermöglichten

Ende Juli sollen 60.000 bis 70.000 Menschen versucht haben, von Marokko über die spanische Enklave Ceuta nach Europa zu gelangen – die genaue Zahl kennt niemand. Noch immer wird über die Hintergründe wird noch immer viel und lautstark spekuliert. Zahlreiche Politiker*innen nutzen die Gelegenheit, eine weitere Verschärfung der Grenzbewachung zu fordern – obwohl die Europäische Union seit Jahrzehnten Millionen von Euros jährlich in die spanisch-marokkanische Grenzsicherung um Ceuta steckt und diese kaum stärker bewacht sein könnte.

Einige Expert*innen deuten die Ereignisse als Instrumentalisierung von Migration*innen zur Durchsetzung geopolitischer Interessen insbesondere der internationalen Anerkennung von Marokkos illegalen Souveränitätsansprüchen auf die besetzte Westsahara. Realpolitisch spricht

Das Credo lautet: Zugang zu strategischen Rohstoffen sichern, egal welche Konsequenzen das vor Ort hat

einiges für diese Sichtweise, auch wenn sie ausblendet, was diese „Instrumentalisierung“ überhaupt erst ermöglicht: ein zutiefst rassistisches, tödliches System ungleicher Bewegungsfreiheit. Die Gleichgültigkeit gegenüber den mindestens 150 Toten, die dieses europäische Grenzregime wieder einmal gefordert hat, ist erschreckend offensichtlich.

Als Juristin empört mich vor allem die wenig diskutierte Tatsache, dass die meisten Menschen, die nach Ceuta kamen, mehr oder weniger umgehend und ohne individuelle Prüfung nach Marokko zurückgeschickt wurden. Die spanischen Behörden verstießen klar gegen die aktuelle Rechtslage nach EU- und internationalem Recht.

Viel zu selten wird auch in der angemessenen Tiefe über die sogenannten Fluchtgründe gesprochen. Menschen, die sowohl aus Marokko selbst wie auch aus anderen Regionen Afrikas in die Europäische Union gelangen wollen, tun dies, weil ihnen das Leben in ihren Herkunftsländern unerträglich gemacht wird. Unzwar durch bewaffnete Konflikte, Klimawandel, Umweltzerstörungen und ausbeuterische Arbeitsbedingungen – nicht einfach, weil sie eben Lust hätten, ihr Leben hinter sich zu lassen und nach Europa zu kommen.

In diesem europäischen Hitzesommer bekommen wir zwar praktischen Anschauungsunterricht dafür, was die Auswirkungen des Klimawandels für unser aller Leben bedeuten. Doch die schwersten, aufgrund des Klimawandels bereits eingetretenen Schäden verzeichnet nicht etwa Europa, sondern zahlreiche afrikanische Länder. Abgesehen von den bereits auftretenden verheerenden Überschwemmungen, beispielsweise im Südsudan, prognostizieren die Vereinten Nationen wie auch das Potsdam Institute for

Climate Research allein für Südsudan und Mali eine Zunahme an Ernteausfällen, den vollständigen Verlust von Land und Lebensgrundlagen und die Zerstörung von Infrastruktur durch sich verschärfende extreme Dürre und Überschwemmungen.

Während wir also in Europa die wirtschaftliche Entwicklung und damit unseren Wohlstand auf fossilen Energien und die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen in den damaligen Kolonien Afrikas aufgebaut haben, tragen nun diese Staaten nicht nur die Folgen kolonialer Ausbeutung, sondern auch die Lasten der Klimakrise.

Dabei haben sie zu den weltweiten Treibhausgasemissionen nur minimal beigetragen, während europäische Wirtschaftsinteressen weiterhin ökologische Krisen verschärfen, Ausbeutung ermöglichen und bewaffnete Konflikte anheizen. Nur ein Beispiel: Um Erdgas zu gewinnen, hat sich der französische Konzern Total mutmaßlich an Kriegsverbrechen in Mosambik beteiligt.

Europäische Regierungen verhindern darüber hinaus eine faire Gestaltung der Weltwirtschaft, in der Wohlstand ansatzweise gerecht verteilt sein könnte und afrikanische Regierungen in der Lage wären, mit den Herausforderungen der Klimakrise umzugehen. So setzt sich eine starke Koalition afrikanischer Staaten für ein derzeit bei der UNO verhandeltes, globales Steuerabkommen ein. Es würde ihnen ermöglichen, multinationale Unternehmen, insbesondere für die Gewinnung von Rohstoffen, angemessen zu besteuern. Deutschland und die EU sind dagegen.

Gesetze wie das deutsche Lieferkettengesetz und die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) der EU werden verwässert, währen sogenannte strategische Rohstoffpartnerschaften – allem Anschein nach ungeachtet ihrer Auswirkungen auf Umwelt- und Menschenrechte – gefördert werden. Das Credo konservativer und rechtsradikaler Politiker*innen lautet weiterhin: Zugang zu strategischen Rohstoffen sichern, egal welche ökologischen und menschenrechtlichen Konsequenzen das vor Ort hat.

Anstatt also eine faire und zukunftsgerichtete Weltwirtschaftspolitik zu betreiben und ein progressives globales Steuerregime einzuführen, steckt die EU lieber Millionen in Abkommen mit Regierungen in Marokko, Tunesien, Ägypten und Libyen. Damit diese dann mit Gewalt und Repression Menschen daran hindern, die EU zu erreichen.

Die europäische Grenzsicherung verschiebt sich immer weiter auf den afrikanischen Kontinent und wird mit Milliarden an EU-Geldern subventioniert. Wieder einmal sind es europäische Unternehmen, die mit dieser Aufrüstung und Technisierung der EU-Außengrenzen viel Geld verdienen. Entsprechend interessiert sind sie am Ausbau dieses Geschäftszweiges – während er in Afrika Konflikte und Repression wie die des marokkanischen Staates gegen die unter illegaler Besatzung lebende Bevölkerung der Westsahara befeuert. So werden dann weitere gute Gründe geschaffen, sich auf den Weg nach Europa zu machen.



Miriam Saage-Maaß ist Juristin und Legal Director beim European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), wo sie den Programmbeereich für Wirtschaft und Menschenrechte aufgebaut hat.

Gereon Asmuth zu Merz und Klimawandel

Nein, er ist kein Klimaaktivist

Ups, er hat es wirklich gesagt. Nicht nur erwähnt, als etwas, das ihn nicht interessiert. Sondern als etwas, das wichtig ist. „Das ist der Klimawandel“, sagte Friedrich Merz am Samstag bei seinem Besuch im Hürtgenwald, in dem fast eine Woche lang der bisher größte Waldbrand in Nordrhein-Westfalen gewütet hatte. Der Bundeskanzler legte sogar noch nach und versprach, alles zu tun, um den Klimawandel zurückzudrängen. Ist Merz auf seine alten Tage zum Seniorenbeauftragten der Fridays-for-Future-Bewegung geworden?

Leider nein. Und man muss es so formulieren: natürlich nicht. Denn auch wenn Merz gleich seinen ersten öffentlichen Termin nach dem dreiwöchigen Sommerurlaub den Waldbrandbekämpfer:innen widmete, auch wenn er dort explizit den Klimaleugner:innen widersprach. Ein Klimaaktivist ist der Kanzler noch lange nicht. Nicht nur, dass er vor Ort mit keinem Wort verriet, was genau er denn tun wolle, um die Klimakatastrophe, wenn schon nicht abzuwenden, so doch wenigstens aufzuhalten. Nein, er verkün-

dete auch noch gleich via *Bild*, was bei ihm vor allem anderen steh: Wirtschaftswachstum. Und genau so sieht die Politik der regierenden Union auch aus.

Dabei wäre es nicht nur im Hürtgenwald höchste Zeit, dass die Bundesregierung den Löschzug holt und das Wasser aufdreht. Denn es brennt in diesem Sommer nicht nur tausende Bäume – es starben Menschen. 14.000 Hitzetote gab es laut konservativer Schätzung des Robert-Koch-Instituts. Davon 10.000 allein binnen weniger Tage bei der extremen Hitzewelle Ende Juni. Solch extreme Sterbezahlen gab es nicht mal zu den Hochzeiten der Coronapandemie beim Jahreswechsel 2020/21, als die damalige Bundesregierung das Land mit einem Lockdown zu schützen versuchte.

Dazu ist dem Kanzler bis heute nichts eingefallen. Und deshalb war der lautstarke Protest am Samstag gegen den Merzbesuch im Walde auch mehr als angemessen – auch wenn die Pfiffe den Kanzler sichtbar wütend machten. Doch diese Wut beruht zu Recht auf Gegenseitigkeit.

wirtschaft + umwelt 8

Mathias Brüggmann zum Banken-Run in Russland

Geld lieber im Einmachglas

Es ist ein toxisches Gemisch: Insolvenzwelle von Unternehmen und Selbständigen, immer mehr unbefristete Kredite, aktuell stark rutschender Rubel, Aktienkurse unterm Niveau von vor dem Überfall auf die Ukraine 2022. Und dazu die immer erfolgreicher Drohnen- und Raketenangriffe der Ukraine auf russische Logistikzentren, Raffinerien, Rüstungsfabriken. Kein Wunder, dass Russlands Konteninhaber und Sparer jetzt heftig reagieren.

Wladimir Putins Kriegswirtschaft steht vor dem Scheitern: Die zivilen Branchen stecken bereits in der Rezession. Die Rüstungswirtschaft muss teilweise zu Kosten produzieren, die nicht kostendeckend sind. Doch wegen der schieren Menge der Waffen ist das Haushaltsdefizit schon jetzt fast doppelt so hoch wie für das Gesamtjahr geplant. Die Höhe der Rubelreserven des Finanzministeriums wurde gerade als geheim eingestuft.

Dafür dröhnt eine Sorge viel öffentlicher und lauter: Die Sparkonten der Russinnen und Russen könnten wegen finanzieller Not des Staates zwangsumgewandelt werden in schlecht

verzinsten und nicht frei handelbare Kriegsanleihen. Oder gar verstaatlicht werden. Es ist ein alter russischer Instinkt, spätestens seit den ersten schlechten Erfahrungen in den Umbruchjahren nach dem Zerfall der Sowjetunion: Wenn es nach Krise riecht, das Geld von der Bank abheben und in einer „Banka“ – einem Einmachglas – unter der Matratze verstecken.

Das geschieht gerade massenhaft. Hunderte Milliarden Rubel werden derzeit monatlich abgehoben. „Systemrelevant“ ist dies angesichts von 700 Milliarden Euro Bank- und Spareinlagen russischer Haushalte noch nicht. Wohl aber eine Abstimmung am Bankschalter statt an den Wahlurnen für die Mitte September anstehenden Duma-Wahl. Die ohnehin eine Pseudoabstimmung für das Parlament ist.

„Golosuj serdцем“, stimme mit dem Herzen ab, hatte der erste Nachwende-Präsident Boris Jelzin einst seinen Wahlslogan genannt. Jetzt stimmen die Menschen in Russland mit Rubeln ab. Es ist ein Misstrauensvotum gegen den Autokraten Wladimir Putin.

Alina Schwermer zu Afrika gegen Infantino

Das ist wirklich groß

Es war kein gutes Wochenende für Gianni Infantino. 15 Nationalverbände aus dem sicher geglaubten Rückhalt Afrika haben sich vom Fifa-Präsidenten losgesagt und der Rebellion vieler Verbände Europas, Asiens und Nordamerikas angeschlossen. Es gibt Gespräche mit Fifa-Generalsekretär Mattias Grafström über eine Gegenkandidatur. Fanverbände Europas, Afrikas und Nordamerikas haben ein Bündnis geschlossen, das Infantino stürzen will und Fan-Mitsprache bei der Fifa fordert.

Derweil verkündeten die Uefa und Nordamerikas Concacaf Pläne für eine gemeinsame Nations League ohne die Fifa, ein weiterer Affront. Und Infantino, der bei einem Jugendturnier in der Karibik auf Stimmenfang gehen wollte, wurde dort ausgeladen. Es wird wahrscheinlicher, was lange undenkbar schien: Infantino könnte stürzen. Der Fußball, wo man normalerweise frei nach Lenin für eine Revolution erst ein Ticket kaufen geht, erlebt eine beispiellose globale Protestbewegung.

Das ist wirklich groß. Es geht nicht mehr nur um taktisches Geschacher, es geht vielen Engagierten auch ums

Prinzip: Zu viel Macht hat Infantino angesammelt, zu viele Alleingänge unternommen, zu gern Werkzeuge aus dem Diktaturbaukasten genutzt. Gelingt der Sturz, könnte das die Fifa tatsächlich etwas demokratisieren. Wichtig ist vor allem die Fanbewegung, die echte Chancen für globale Kämpfe eröffnet.

Überhöhte moralische Erwartungen an eine Ära nach Infantino braucht man allerdings nicht zu haben. Afrikanische Verbände haben bereits klar gemacht, dass, wer ihre Stimme haben will, mindestens so viel Kohle bieten muss wie Infantino. Allen Verbänden geht es zuvorderst um mehr Geld. Und mögliche Gegenkandidaten wie Bahrain's Herrscherspross Scheich Salman, gegen den es Folttervorwürfe gibt, sind auch keine besseren Demokraten.

Die Bewegung also hat einen gemeinsamen Feind, aber sehr heterogene Interessen. Die in Einklang zu bringen, wird die größte Schwierigkeit. Gelingt es nicht, kann Infantino womöglich den Kopf aus der Schlinge ziehen – am besten mit mehr Geldversprechen.

leibesübungen 19



„Täuschend echt“:
Softair-Waffe
(links) und
Beretta 92
(rechts)
Foto: Sabine
Dobel/dpa

talkshow

Aussage gegen Aussage

Die Polizei hat in München einen 14-Jährigen angeschossen, der eine Spielzeugwaffe bei sich hatte. Gut, dass Betroffene der Darstellung der Polizei nun leichter in sozialen Medien

Von Mohamed Amjahid

Die alte Form der Polizeikommunikation funktioniert nicht mehr: Ein Fall von Polizeigewalt spielt sich ab, jemand wird von Beamt*innen angeschossen oder misshandelt, die Polizei gibt daraufhin Informationen – manchmal auch bewusst erfundene Details – und Rechtfertigungen heraus, viele Medien übernehmen diese unkritisch und dann fragt niemand mehr nach. Diese Symbiose zwischen Polizeibehörden und zu unkritischen Redaktionen geht im Zeitalter der demokratisierten Kommunikation in den sozialen Medien nicht mehr auf. Das zeigt auch ein aktueller Fall aus München.

Am Dienstagabend wurde ein Jugendlicher im Münchner Stadtteil Schwabing von Polizist*innen angeschossen und schwer verletzt. Was mittlerweile bekannt ist: Der 14-Jährige trug eine Softair-Waffe bei sich, also ein Spielzeug. Das sei laut mehreren Berichten auch in einem Überwachungsvideo deutlich zu sehen. Anwohner*innen alarmierten daraufhin die Polizei. Ab hier gehen die Darstellungen der Behörden und der Familie des Opfers auseinander.

Die Polizei sagt: Der Junge, den sie zunächst viel älter, ja sogar volljährig eingeschätzt hätten, habe eine Handbewegung gemacht, als hätte er durchgeladen und sich daraufhin in Richtung der Beamt*innen mit erhobener Waffe umgedreht. Dann seien die Schüsse von Seiten der Polizei gefallen. Genau diese Darstellung gaben viele lokale und überregionale Medien als Tatsachenbehauptung an ein breites Publikum weiter.

Kurze Zeit später meldete sich allerdings die Familie des Jungen zu Wort: Die Mutter berichtete, dass ihr Sohn seine Arme erhoben hätte, darauf hingewiesen habe, dass es sich um eine Attrappe handle. „Es ist ein Spielzeug“, soll er gesagt und daraufhin „Bitte nicht schießen!“ gerufen haben. Ihr Sohn sei dennoch angeschossen, gefesselt und auf dem Boden fixiert worden. Erst Sanitäter*innen hätten den schwer verletzten und traumatisierten Jungen befreit. Die Familie beklagt auch, dass sie von der Polizei nicht benachrichtigt worden sei.

Die Frage, woher überhaupt das Waffen-Spielzeug kommt, schneidet ein viel größeres Thema

an: Online machen User*innen darauf aufmerksam, wie einfach es ist, im Billigwarenhäus Kik für einen Euro eine Spielzeugwaffe aus einer Grabbelkiste zu fischen und an der Kasse zu kaufen. Die Botschaft: Jedes Kind, das einen Euro zur Verfügung hat, kann so ein Plastikspielzeug erwerben und damit auf die Straße gehen. Dabei bleibt es fraglich, ob Waffenattrappen überhaupt als Spielzeug vertickt werden sollten.

Bei einer Pressekonferenz zum Fall zeigte ein Polizeisprecher Bilder der Softair-Waffe und einer echten Beretta 92. Tatsächlich sind die beiden leicht zu verwechseln. Trotzdem wirkt das Vorgehen der Polizei wie ein verzweifelter Versuch, den Einsatz samt Schüssen zu rechtfertigen. Vielleicht sogar Frust darüber, dass die Deutungshoheit der Polizei längst bröckelt und immer mehr Menschen die Darstellungen der Behörden zumindest anzweifeln und die Betroffenen immer mehr Raum bekommen, ihre Sicht der Dinge mitzuteilen. Denn Fakt ist, dass hier ein Kind angeschossen wurde. Und genau das sollte nicht passieren.

Stand jetzt steht Aussage gegen Aussage. Darüber haben mittlerweile auch große Medien berichtet. Die *Süddeutsche Zeitung* zitiert aus einer Pressemitteilung der Familie, der Bayerische Rundfunk hat die Mutter interviewt. Allein das ist eine erstaunliche Entwicklung. Vor wenigen Jahren wäre die zweite Perspektive, also die des minderjährigen Opfers und seiner Angehörigen, ganz und gar untergegangen.

Es ist vor allem der selbstorganisierte Aktivismus, der sich gegen die Darstellung der Polizei stemmt. In diesem Fall sind es kurdische Aktivist*innen, die politisch organisiert dafür sorgen, dass die Perspektive der Polizei zumindest nicht allein im öffentlichen Raum rezipiert wird.

Was jetzt mehr als nur angebracht wäre, aber weder in Bayern noch irgendwo in Deutschland existiert: eine unabhängige Aufklärung des Falls durch eine unabhängige Behörde, bei der alle Seiten gehört werden. Aber auch in diesem Münchner Fall ermittelt einmal mehr die Polizei gegen sich selbst.



Foto: privat

wie geht es uns, herr küppersbusch?

Dobrindt will Grenzkontrollen verlängern und Ben-Gvir sieht in Palästinensern „nicht einmal Menschen“ – wenigstens war Merz im Urlaub

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

Friedrich Küppersbusch: Merz ist wieder da.

taz: Und was wird besser in dieser?

Küppersbusch: Merz ist wieder da.

taz: Kanzler Merz ist im Urlaub und hat diesen direkt verlängert. Gönnen Sie ihm die Auszeit?

Küppersbusch: Reichskanzler Bismarcks Rekord in missing on the job sind 8 Monate in 1889. Natürlich in, Obacht Fritz, seinem Landsitz „Friedrichsruh“. Merz verdaddelt am Tegernsee auch günstige Meldungen wie die neuen Exportrekorde der deutschen Wirtschaft, lässt drei MinisterInnen ohne Vereidigung vor dem Parlament schon mal losantieren und gefährdet die letzten Jobs in der Comedy-Branche, weil man bei seiner work-life-vier-Tage-Rhetorik einfach direkt lachen kann. Die Geste „hier ist Krise, da muss ich auch Opfer bringen“ hat er verschenkt, für eine andere: „die Krise wird schon merken, wer hier länger kann.“ Der Chuck Norris im Sauerländer ist stark.

taz: In knapp zwei Wochen ist Wahl in Sachsen-Anhalt, die AfD wird sie gewinnen. Hoffen Sie noch auf ein Wunder?

Küppersbusch: Neben der Parteiverbotsdebatte klangen zuletzt auch andere rustikale Mittel auf: Entzug des passiven Wahlrechts bei erklärten Nazis, keine Parteienfinanzierung für erwiesene rechtsextreme Be-

strebungen, weniger Länderfinanzausgleich für verfassungsfeindliche Regierungen. „Kein Urlaub wo der Nazi herrscht“ würde ich auch mitgehen und schlicht alles durchprobieren, wovon wie uns später nicht vorwerfen wollen, es nicht versucht zu haben. Immerhin fordere ich keine Mauer. Vorerst.

taz: Innenminister Dobrindt will die Grenzkontrollen bis 2027 verlängern. Ist die gesellschaftliche Empörung laut genug oder haben wir uns bereits zu sehr daran gewöhnt?

Küppersbusch: Dobrindt fantasiert sich eine „ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit“ zusammen, um Ausnahme an Ausnahme zu fügen. Womit er stracks in der Paranoia-Welt der AfD gelandet ist, die ebenso schlüssig bekannt gibt, Dobrindts Grenzkontrollen – die sie gefordert hatte – seien nur „große Täuscherei“. Dass die AfD das nun neuerdings doof findet, spricht nicht für Dobrindt, sondern fördert die Erkenntnis: Die Ausländerfeinde tun sich nicht mehr viel, außer streiten, wer's tun darf.

taz: Harry und Meghan ziehen zurück nach Großbritannien, berichten zumindest die Tabloids. Ist das der Beginn der großen Familien-Versöhnung?

Küppersbusch: Der Spiegel raunt, Megan habe eine Rolle in einer Netflix-Serie in Aussicht gehabt und komme deshalb zurück. Sie spielt die



Foto: Itamar Ben Gvir via Telegram/Raia

ganze Zeit in einer Serie mit, unter anderem, dass sie in einer Serie mitspielt. Ich bin überfordert.

taz: Israels rechtsradikaler Innenminister Ben-Gvir schockiert mit der Aussage, man solle gezielt 30 bis 40 Palästinenser*innen pro Nacht töten. Ist das überhaupt noch überraschend von dieser Regierung?

Küppersbusch: Gemessen an den umstrittenen Schätzungen der Opferzahlen ist das weniger, als Israel tatsächlich täglich tötet im gesamten Krieg. Noch bestürzender ist Ben-Gvirs Satz von Palästinensern, „die es nicht verdient haben, zu leben, sie sind nicht einmal Menschen.“ Netanjahus Ex-Verteidigungsminister Gallant sprach ähnlich von „menschlichen Tieren“. Finanzminister Smotrich nannte es „moralisch und richtig, sie zu Tode hungern zu lassen.“ Damit verschatten Sie erstens, dass palästinensische Extremisten mindestens so von Israel und Juden sprechen, sind ihre nützlichen Idioten. Zweitens ist es kein Problem Ben-Gvir, sondern der ganzen Regierung. Und drittens, deutsche „Staatsräson“, vulgo: Deutschland kann nicht existieren, wenn Israel nicht existiert. Wer hier Augen und Ohren zudrückt, riskiert, dass Israel moralisch aufhört zu existieren.

taz: Schon 14.000 Hitzetote dieses Jahr und die Waldbrandgefahr wächst enorm. Sind Sie froh, wenn der Sommer vorbei ist?

Küppersbusch: taz! Was machen wir nun? Renommierete Studien wie „Lancet Countdown on Health and Climate Change“ und das „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung“ weisen durch Übersterblichkeitsberechnungen rund ein Drittel der „Hitzetoten“ als „Klimawandelopfer“ aus. Bisschen bizarr, aber der Begriff „Hitzetote“ ist in dem Licht verharmlosend.

taz: Bayern-Fußballstar Jamal Musiala ist gleich zweimal bei Testspielen zusammengebrochen. Laut eigener Aussage gehe es ihm gut und er wolle weiter spielen, doch die Gerüchteküche brodelte. Muss Musiala jetzt seine gesamte Krankheitsgeschichte offen legen?

Küppersbusch: Man kann das jetzt tragisch finden wollen, dass ein Spitzensportler so eine, nun ja, gesundheitliche Besonderheit hat. Es ist klüger, andersherum draufzugucken: Menschen mit gesundheitlichen Besonderheiten können herausragende Kollegen sein. Eines der Erfolgsgeheimnisse des Homo sapiens, alle gelassen zu lassen und dann zu staunen, wofür es gut ist.

taz: Und was macht der RWE?

Küppersbusch: Eine richtig doofe Auswärtsniederlage, ein klarer Heim-sieg, und Sonntagabend ein Fest gegen St. Pauli.

Fragen: Selina Hellfritsch

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und gechilled.

specht der woche

Solidarisch im Kiez

Christian Specht, Jahrgang 1969, ist politisch engagiert und setzt sich für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung in den Medien ein. Seit 2017 ist er der erste Mensch mit Beeinträchtigung im Vorstand der Lebenshilfe. Er hat ein Büro in der taz und zeichnet (un)regelmäßig den „Specht der Woche“.

Diese Woche habe ich die Regenbogenfabrik gemalt. Das ist ein Nachbarschaftszentrum in Kreuzberg, Berlin. Es sind ganz

bunte Häuser und dazwischen ein Turm. Davor sind Treppen und auch ein Spielplatz mit Rutsche, Schaukeln und Sandkasten. Drumherum gibt es Pflanzen.

Ich hab' die Regenbogenfabrik deswegen gemalt, weil sie gerade Schwierigkeiten hat, nämlich Geldprobleme. Die sind politisch unabhängig. Das ist gut, bedeutet aber auch keine Fördergelder. Deswegen braucht die Regenbogenfabrik jetzt Spenden.

In der Regenbogenfabrik haben sie ganz viele Veranstaltungen, zum Beispiel zeigen sie am

Montag immer Kinderfilme. Ich war dort auch schon mal bei einem Chor-Konzert. Oder hab einfach im Soli-Café gesessen. Dort ist es sehr schön. In einem Raum kann man ganz viel mit Holz basteln, und im Winter hatten sie dort auch schon einen Weihnachtsmarkt.

Solche Orte sind wichtig und dürfen auf keinen Fall verschwinden. Sie müssen erhalten bleiben, weil sie im Kiez für Zusammenhalt und auch für Spaß sorgen.

Protokoll: Johannes Drosdoswski



Bunte Häuser, ein Spielplatz und viel Raum für Begegnung und Spaß: Die Regenbogenfabrik darf nicht verschwinden! Foto: Christian Specht



Foto: privat

Sunny Riedel
Dopaminimum

Das Schlimmste an ADHS sind die Gefühlsausbrüche

Seit Teenagerzeiten habe ich einen wiederkehrenden Albtraum: Ich wasche mir die Hände auf der Toilette eines Einkaufszentrums. Als ich rauskomme, steht die Polizei da, um mich wegen dringenden Mordverdachts festzunehmen. Im Hintergrund machen meine Eltern betroffene Gesichter, sie können jetzt auch nichts mehr tun. „Oh

nein“, denke ich voller Reue, „ich muss ins Gefängnis, mein Leben ist ruiniert! Warum nur habe ich jemanden umgebracht?“

Träume sollte man nicht überbewerten, aber das Gefühl, mich selbst nicht zuverlässig steuern zu können, verfolgt mich nicht nur nachts. Als Kind fuhr ich mal in einer offenen Seilbahn rund 70 Meter über einen Wasserstrudel bei den Niagarafällen, und meine größte Angst war, dass ich über die Brüstung springe. Gesagt habe ich das niemandem, es kam mir schon mit fünf Jahren verrückt vor, so zu denken.

Die Angst ist mit der Zeit kleiner geworden – aber nur, weil ich als Erwachsene selbst entscheiden kann, wann und wohin ich gehe. Was aber bleibt, ist das Gefühl, meinen Affekten ausgeliefert zu sein wie ein kleines Treibholz dem Ozean: Mal wird es von einem wilden Tropensturm durch die Luft gepeitscht oder in einen alles ver-

schlingenden Strudel gerissen; dann wieder dümpelt es tagelang in einer Bucht unter der sengenden Sonne vor sich hin. Eine Zeit lang liegt das Hölzchen am Strand herum, doch dann kommt einer und schmeißt es zurück ins Wasser.

Einen Termin vergessen, dreimal durch die Fahrprüfung fallen, nächtliche Anrufe beim Ex-Freund, Oversharing mit Kollegen – all dies sind peinliche Resultate meiner schlechten Impulskontrolle. Aber mit zeitlichem Abstand und den richtigen Leuten lässt sich darüber lachen. Wirklich zerstörerisch sind die Emotionen.

Die urgewaltige Wut, in der ich für den Bruchteil einer Sekunde imstande bin, alles um mich herum niederzubrennen. Und die sich nur zwei Minuten später in helle Begeisterung verwandeln kann, für eine Person, einen Song, einen Thunfisch Nigiri; beglückend, wie die krampfhaften Lach-Flashes, die andere Erwachsene nur

noch unter Zuhilfenahme bestimmter Substanzen bekommen; und dann diese Trostlosigkeit, das einzige Gefühl, das ich schon von Weitem kommen sehe und das in seiner niederdrückenden Langsamkeit besonders schlimm ist.

Die erderschütternde Intensität dieser ständig wechselnden Gefühle, ausgelöst durch ein einzelnes Wort, einen Blick, einen Lufthauch, ohne dass ich das auch nur ansatzweise regulieren könnte – das ist vielleicht die größte Belastung in meinem Leben mit ADHS. Weil es unsagbar anstrengend ist, so fremdgesteuert herumgewirbelt zu werden; weil die Heftigkeit der Zustände mich selbst erschreckt; weil die eigene Unberechenbarkeit das Leben komplett unplanbar macht. Und vor allem, weil es die Beziehungen zu anderen beschädigt.

Und so sehr ich auch denke: „Liebe Gefühle, könntet ihr euch nicht mal etwas mäßigen? Ich dreh durch mit

Euch. Ständig hinterlasst Ihr Scherbenhaufen, die ich wieder zusammenkehren muss!“ – so sehr muss ich auch anerkennen, dass dieses Drama zu mir gehört wie Neurodermitis oder lange Wimpern zu anderen.

Und tatsächlich haben mich meine Gefühle und ihre Ausbrüche auch vor vielem bewahrt. Sie haben allzu fordernde Leute verjagt, genervte Mitmenschen wieder versöhnt, mir bescheuerte Jobs vermässelt, langweilige Partys aufgelöst und andere Katastrophen verhindert.

Sie haben mich im vergangenen Jahr jedes Mal wahnsinnig gemacht, wenn ich in nur wenigen Stunden einen Dopaminimum-Text schreiben sollte – weil ich natürlich nie rechtzeitig angefangen habe –, und mit mir gefeiert, wenn ich ihn am Ende doch abgeliefert habe. Und jetzt, wo diese Kolumne zu Ende geht, lasse ich sie einfach mal sein, wie sie sind: traurig, erleichtert und dankbar.

Die Geschichte schreibt ihre Helden und vergisst sie wieder

Im Berliner Hugenottenmuseum erinnert Paul Rosié's Hinterglasmalerei an die Bartholomäusnacht vom 23. auf den 24. August 1572. Wer war der DDR-Illustrator irgendwo zwischen Hoch- und Subkultur?

Von **Christian Walther**

Es war ein Gemetzel, von dem noch Jahrhunderte später die Rede sein würde: die Bartholomäusnacht, vom 23. zum 24. August 1572. Die Nachricht von der „Pariser Bluthochzeit“ – eigentlich hatten ein Hugenotte, Heinrich von Navarra, und eine Katholik, Margarete von Valois, heiraten und das Land versöhnen sollen – verbreitete sich in ganz Europa. Gaspard II. de Coligny, hochrangiger französischer Adliger und Admiral von Frankreich, war 1559 zum Calvinismus übergetreten. Er hatte sich zu dessen politischem und militärischem Führer entwickelt. Wie viele andere Hugenottenführer hatte er der Hochzeit beiwohnen wollen. Stattdessen wurde er Opfer eines Attentats. Er wurde ermordet, enthauptet und zur Schau gestellt.

Coligny ist das berühmteste Opfer der Bartholomäusnacht. Zuerst in Paris, dann im ganzen Land fallen Tausende, wenn nicht Zehntausende dem Pogrom zum Opfer. Der calvinistische Theologe Théodore de Bèze schreibt in einem Brief am 10. September: „Bete für uns, die wir nun nichts anderes erwarten, als dass auch wir selbst Opfer dieses Holocausts werden ...“ Im Original auf Lateinisch: „Precamini pro nobis, qui aliud nihil nunc expectamus, quam ne et ipsi fiamus istius holocausti...“

Berlin, 400 Jahre später. Die Ost-Berliner Hugenottengemeinde beauftragt Paul Rosié,

ein Glasfenster zu Ehren Colignys zu gestalten. Ihr Museum im Französischen Dom ist gerade wegen Umbaus geschlossen, der Jahrestag der Bartholomäusnacht wird verpasst, aber am 4. August '73 wird es in Anwesenheit des französischen Kulturattachés wieder eröffnet und das Glasfenster, das – wie eine Notiz in der *Neuen Zeit* vom August '73 ver-rät – von Margarete Peschel ausgeführt wurde, dem Publikum vorgestellt.

Weitere 50 Jahre später, bei Neugestaltung der Ausstellung, wird überlegt, das Fenster zu beseitigen. Der damalige Hugenotten-Pastor Jürgen Kaiser, heute Pfarrer in Potsdam, bestätigt, dass man die Arbeit als Ausdruck einer „Heldengeschichtsschreibung“ zur Disposition gestellt habe. Der künstlerische Rang Rosié's war den Beteiligten offenbar nicht bewusst. Es war Pragmatismus, der das Glasfenster rettete: Das Museum sei mit derart augenfälligen Exponaten nicht überreich gesegnet, hieß es im Beirat. Das Fenster blieb.

Potsdam-Babelsberg. Gegenüber vom S-Bahnhof gibt es ein Tattoo-Studio. Betreiber ist Daniel Rosié, ein Enkel. Wenn sich noch jemand um den Nachlass kümmert, dann er. Er verfügt über ein Konvolut von Entwürfen, darunter auch das Coligny-Glasfenster. Da sind Karikaturen, Filmplakate, Buchillustrationen – und mittendrin auch noch ein Druck von Walter Womackas „Mutter mit Kind“, Rosié gewidmet zum 23. Oktober 1970, seinem 60. Geburtstag.

Womacka war lange Leiter der Kunsthochschule Weißensee, an der Rosié erst Lehrbeauftragter, ab 1968 Honorarprofessor für Grafik war, Spezialgebiet Modezeichnung.

Rosié, so sagt sein Enkel, sei eigentlich ein Feigling gewesen, habe sich überall herausgehalten, auch aus der Partei. Mitglied der Hugenotengemeinde war er seines Wissens nicht, obwohl er „alles getan [habe], um als Hugenotte wahrgenommen zu werden“. Dazu hatte er selbst einmal aufgeschrieben: „Meine Muttersprache ist Berlinisch, und ein Franzose bin ich nicht,

Rosié, so sein Enkel, sei eigentlich ein Feigling gewesen, der sich raushält

wohl aber ein Nachkomme der Hugenotten, die bekanntermaßen neben ihrem Gläubenseifer auch noch eine Menge Kultur im Gepäck hatten [...]. Ein Leben lang war ich bemüht, mich ihrer würdig zu erweisen.“ Das ist ihm wohl gelungen. Und den Vaterländischen Verdienstorden der DDR gab's obendrauf.

Rosié entstammte ärmlichen Verhältnissen, lebte – wie in seiner autobiografischen Skizze „Lebenslauf eines Mittelgroßen“ nachzulesen ist – mit der früh verwitweten Mutter in einem Berliner Hinter-

haus und hatte Ende der 20er Jahre bei Tuch & Loewenberg drei Jahre Konfektionskaufmann gelernt. Inmitten der Weltwirtschaftskrise wird er arbeitslos, bezieht 3,90 „Stempelgeld“ die Woche, hat aber bereits einen Job als Statist am Schauspielhaus. Jürgen Fehling, den Regisseur, lernt er da kennen, und auch Lotte Lenya. Doch das bleibt ein Intermezzo. Rosié wird Plattenaufleger in einer Transvestitenbar, und – nach autodidaktischen Grafikstudien – Schnellzeichner in einem Tanzpalast an der Friedrichstraße. Er zeichnet am Abend der Machtergreifung, und am Abend des Reichstagsbrandes zeichnet er auch: die Gäste dieses, wie er es nennt, „Bumslokals“.

1936 – Rosié hat wieder Arbeit in der Konfektion – gelingt der Sprung an die Meisterschule für Graphik und Buchgewerbe. Nach zweieinhalb Jahren wird er Mitglied der Reichskammer der Bildenden Künste, damals Voraussetzung entsprechender Berufstätigkeit. Dann ist Krieg. Er wird Schütze im Infanterieersatzbataillon 338, wo er seine Talente in eine Unteroffiziersbierabendulkezeitung investieren kann, bevor er als Zeichner ans Oberkommando des Heeres abkommandiert wird. In den letzten Kriegswochen an die Front geschickt, gerät er in amerikanische Kriegsgefangenschaft – in ein Lager mit 100.000 Kameraden unter freiem Himmel, mutmaßlich in den Rheinwiesen, wo es mehrere solcher Lager gab.

Zurück zu Hause zeichnet er das Nachkriegs-Berlin in

all seinem Elend. Die Arbeiten werden in Zeitungen nachgedruckt und hoch gelobt: „Rosié erfüllt wie einst George Grosz die in jeder Epoche sich wiederholende Aufgabe, seiner Zeit den Spiegel vorzuhalten“, schrieb 1947 der Kunsthistoriker und *Tagesspiegel*-Herausgeber Edwin Redslob. Die FAZ zitiert diesen Satz, als 1995 in der Galerie Leo Coppi erstmals eine ganze Serie dieser Arbeiten gezeigt wird, die 1949 in den USA ausgestellt war, aber nie zurückgekehrt ist. Erst 1994 wurde der noch aufgefundene Rest vom Des Moines Art Center auf Heimreise geschickt. Das *Neue Deutschland* aber widerspricht Redslob auf lebenswürdige Art: „Rosié fehlten der kalte Haß und der erbarmungslose Strich, um ein Grosz-Erbe zu sein.“

Rosié war bis zum Tod 1984 in vielen Sparten produktiv: Für das Kabarett Die Distel gestaltete er Bühnenbilder, für den DDR-Filmverleih Plakate – vom „Blauen Engel“ bis zu „Bel Ami“. Für *Eulenspiegel*, *Magazin* und vor allem die *Wochenpost* lieferte er Hunderte von Zeichnungen. Zugleich war er erfolgreicher Illustrator von Büchern aller Art – oft für den Kinderbuchverlag der DDR. Vielleicht ist Rosié's künstlerischer Nachlass deshalb in der Kinderbuchabteilung der Staatsbibliothek gelandet.

Herausragend sind die Illustrationen für die DDR-Ausgabe von Thomas Manns *Buddenbrooks* (1974), die durch einen Sonderdruck vom Lübecker Buddenbrookshaus 2002 posthum gewürdigt wurden:

mit feinem Strich ausgeführte Zeichnungen des bürgerlichen und nicht ganz so bürgerlichen Lebens in der Hansestadt.

Oft hat man seine Arbeiten abgeleckt: Die Briefmarke zum 200. Geburtstag von Heinrich von Kleist und jene zu Grimms Märchen „Rumpelstilzchen“ und „Sechse kommen durch die ganze Welt“ wurden in Millionenauflage gedruckt.

Im engeren Sinne politische Arbeiten sind kaum überliefert: Eine Serie von Sportmotiven, undatiert, aber mit Hinweis auf das 1950 eröffnete Walter-Ulbricht-Stadion, passt kaum in eine solche Schub-lade. Infrage kommt das Motiv mit drei Frauen im Büro, zwei im weißen Kittel, eine mit Kopftuch, im Hintergrund eine chemische Großanlage, auf dem Tisch Reagenzgläser und an der Wand ein Spruch von Marx aus dem Jahr 1868: „Der gesellschaftliche Fortschritt lässt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung der Frau.“ Wobei Rosié hier ein bisschen mogelt: Marx hatte nicht „der Frau“ gesagt, sondern „des schönen Geschlechts (die Hässlichen eingeschlossen)“.

Und dann sind da noch die Entwürfe von 1953 für die Sgraffitos am Kinderheim Makarenko in der Berliner König-nigsheide. Sie gehören zu den wenigen Arbeiten, die heute noch – aus dem Heim wurde längst ein Wohnpark – öffentlich zugänglich sind. Oder eben der Coligny: Heroisch, gestieft und gespornt – im Hugenottenmuseum auf dem Gendarmenmarkt.



Das Fenster wurde von Paul Rosié entworfen, von Margarete Peschel ausgeführt und 1973 vom französischen Kulturattaché eingeweiht
Foto: Christian Walther

szene

Neue
Sitzordnung

Verzweifelt zwänge ich meine 1,5-Liter-Flasche in die zehn Zentimeter zwischen Wasserhahn und Becken. Das warme Rinnsal bricht alle 3,5 Sekunden ab. Hygiene, Wassersparnis und Komfort erklärt mir Chat-GPT, auf die Frage, wieso alle Flughäfen diese Bewegungsmelder haben. Dass es fast unmöglich ist, eine Flasche aufzufüllen, ist also nur ein ungünstiger Nebeneffekt. Kollateralschaden des Komforts.

Meine halbvollgepumpte Pulle baumelt lässig in meiner Linken, als ich beim Boarding entdeckt werde. Eine Ryanair-Mitarbeiterin zeigt auf das Eisengestell: „Passt Ihr Rucksack da rein?“ Ich versuchs. „Längs, nicht quer.“ Ich zerre meinen Pulli heraus. „Er muss richtig drin sein.“ Gewalttätig drücke ich ihn noch drei Zentimeter tiefer. Nicken. Chatty erklärt: „Gepäck kostet – nur so bleiben die Tickets für die anderen Passagiere besonders billig.“

Im Flugzeug quetsche ich mich auf den Mittelsitz, weil ich nicht draufgezahlt habe. Ich weiß längst: alles zu meinem Besten. Einem Paar mit Säugling geht es ähnlich. Sie wollen sich gerade trennen als eine junge Frau aufsteht: „Wenn Sie nebeneinander sitzen wollen, können wir gerne tauschen.“ Der Mann nickt glücklich. Dann fragt er den Fensterplatz: „Wir reisen noch mit einer Freundin ... meinen Sie ...?“ „Klar! Wo soll ich hin?“

Jetzt gibt es kein Halten mehr. „Ist es für Sie nicht angenehmer am Gang zu sitzen?“, fragt auch mein Sitznachbar. „Angenehmer schon“, gebe ich zu. „Na dann tauschen wir natürlich“, sagt er und steht auf. „Ich bin ja 40 Zentimeter kürzer als Sie.“ Unter dem strengen Blick der Stewardess bringen wir etwas schuldbewusst die ganze spontane Ordnung durcheinander, die der freie Markt für uns geschaffen hatte. Den Flug verbringe ich damit, Chatty zu erklären, was spontane Selbstorganisation ist. Aber das versteht er noch nicht.

Hanno Rehlinger

Subtil und schwer einzuhegen

Eine Ausstellung in den Nordischen Botschaften in Berlin untersucht, wie es um Gleichberechtigung in der skandinavischen Musikwelt steht. Gar nicht mal so gut

Von **Stephanie Grimm**

Skandinavien, du hast es besser – denkt man hierzulande gerne, wenn es um Gleichberechtigung geht. Eine Gelegenheit, diese Einschätzung zu überprüfen, bieten aktuell die Nordischen Botschaften in Berlin: mit einer kurzweiligen Ausstellung, die den etwas pathosträchtigen Titel „The Sound of Courage – Music and Equality in the Nordic Countries“ trägt und Geschlechtergerechtigkeit in der Musikwelt beleuchtet.

Ganz so rosarot sind die skandinavischen Realitäten dann nämlich doch nicht. Vor dem Hintergrund, dass Diskriminierung im Kulturbetrieb struktureller und subtiler ist als in anderen Bereichen der Arbeitswelt und damit auch schwerer einzuhegen, erstaunt das zwar nicht wirklich. In Anbetracht dessen, dass sich gerade diese Branche gern für progressiv hält, scheint das aber doch bemerkenswert.

In Dänemark zum Beispiel sorgte eine Studie, von mehreren Musikorganisationen in Auftrag gegeben, erst 2011 dafür, dass Bewegung in die Debatte kam. Bei der Erhebung kam nämlich heraus, dass in weiten Teilen der Musikindustrie 80 Prozent Männern gerade mal 20 Prozent Frauen gegenüberstehen, quer durch alle Bereiche: ob nun auf Festival-Lineups, bei der Ausschüttung von Tantiemen oder mit Blick auf die medialen Gatekeeper:innen. Immerhin sah man diese Schieflage in einem Land, das sich in Sachen Gleichberechtigung als Vorreiter begreift, als Problem an.

Im Mittelpunkt der gemütlich gestalteten Ausstellung stehen jedoch nicht trockene Statistiken, sondern Lebensgeschichten. Auf Sitzsäcken lümmelnd lassen sich Videoclips gucken, unter Kopfhörern eröffnen sich Klangwelten. Dazu gibt es eine Limo von der Bar nebenan. Ein Rundgang liefert Hintergründe zu den 23 sehr unterschiedlichen Musikerinnen, die über die Bildschirme flimmern. Vor allem verbindet sie, dass sie sich mit den strukturellen Schiefen ihrer Branche nicht arrangieren wollen.

Verfasst wurden die auf Leinwänden präsentierten Porträts von der Musikjournalistin Sonja Eismann. Sie hatte sich schon mit ihrem Buch mit „Candy Girls. Sexismus in der Musikindustrie“ (2025) ausführlich mit Strukturen beschäftigt, die weibliches Musikschaffen ausbremsen.

Erfreulich, dass die Kurator:innen nicht nur auf bekannte Namen wie Björk oder Karin Dreijer alias Fever Ray setzen. Zustande kam der musikalisch und ästhetisch bunte Mix durch die Referent:innen in den fünf Botschaften, die sich das Felleshus („Gemeinschaftshaus“) teilen. Sie fragten einfach ihre Kontakte in den Heimatländern, wen die für relevant hielten. So bekommt etwa die hierzulande unbekannte 24-jährige Rapperin Parnaq aus Grönland ebenso viel Raum wie die

Stars. Bei ihrem ersten Auftritt vor gerade mal zwei Jahren erhielt sie als erste Rapperin des Landes zwar reichlich Zuspruch, wurde aber auch angefeindet.

Das musikalische Spektrum der Ausstellung ist breit: Faszinierend klingen etwa die modernisierten Joik-Gesänge der samischen Musikerin Mari Boine. Die 69-Jährige hatte ihren Durchbruch bereits vor knapp 40 Jahren und engagiert sich seither nicht nur für Gleichberechtigung, sondern zudem gegen die kulturelle Assimilation ihrer Ethnie.

Der schwedische Dancepop-Star Zara Larsson hingegen hatte schon in Jugendjahren reichlich internationalen Fame gesammelt, doch offenbar auch genug negative Erfahrungen, um bereits als 17-Jährige eine Debatte zur Geschlechtergerechtigkeit anzustoßen – kommerziellen Ri-

siken zum Trotz. Interessant auch die Geschichte von Marie Ulven: Die norwegische Indiepop-Musikerin machte ihr Alias Girl in Red zu einem weltweit popkulturellen Code für die queere Community – und beförderte damit gerade in repressiven Regimen einen Austausch in den sozialen Medien.

Dieser Facettenreichtum bildet sich auch bei einem Minifestival im Rahmen der Ausstellung ab: Am 27. September bringen Lindy-Fay Hella und Sondre Veland aus Norwegen ihren perkussiven Dark-Pop zwischen Prog und Folk in die Berliner Kulturbrauerei und treffen auf vier weitere Künstlerinnen und ihre eigenwilligen Soundamalgame – etwa die Dänin Ydegirl, die poppigen R&B mit barocken Elementen gründiert.

Was sich von den skandinavischen Ländern lernen

lässt? Darauf hält die Ausstellung auch ein paar erhellende Antworten bereit. Ein Nebenraum stellt Projekte vor, die dem sich nur langsam verändernden Status quo durch Vernetzung und Eigeninitiative entgegenwirken. Zumindest in diesem Punkt sind die Musikszenen skandinavischer Länder offenbar wirklich weiter als andere Teile Europas. Ein derartiger Pragmatismus wäre vielleicht auch in den hiesigen Debatten ein Gewinn. Schließlich schaffen die es allzu oft gar nicht aus ihren Nischen heraus.

„The Sound of Courage“. Nordische Botschaften, Berlin, bis 4. Oktober. „The Sound of Courage: Das Festival“, mit Lindy Fay & Veland, Vilma Jää, Sara Parkman, Ydegirl und Lúpina im Kesselhaus in der Kulturbrauerei, 27. September



Zuspruch und Anfeindung: die grönländische Rapperin Parnaq Foto: privat

Anzeige

KLASSEN

KULTUR

KAMPF!!!

In Zeiten von Rechtsruck und Kulturkampf braucht es aktive und laute Gegenöffentlichkeit. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

10x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt

taz.de/abo

Abgründiges Gesellschaftsportrait

Der Autor Jean-Luc Fromental und der Zeichner Yslaïre adaptieren mit dem Comic „Der Schnee war schmutzig“ einen Roman von Georges Simenon. Die Bilder sind in fast giftigem Stil gehalten

Von **Ralph Trommer**

Eine triste Szenerie. In der Kaskasche „Timos Bar“ trifft sich allabendlich eine Reihe zwielichtiger Männer, die untereinander mit ihren Schandtaten prahlen. Darunter der Zuhälter Kromer und der 18-jährige Frank Friedmaier, ein Dandy, dessen Mutter ein Bordell betreibt. Frank leiht sich von Kromer ein Messer, um in derselben Nacht einen Mord an einem anderen Gast der Bar zu begehen, einem Angehörigen der Besatzungsmacht.

Der belgische Zeichner Yslaïre (bürgerlich Bernard Hilaire) wurde 1957 geboren und veröffentlichte ab 1975 Comics im Magazin *Spirou*. Mit der poetischen Serie um „Bidouille et Violette“ schuf er eine humoristische Lovestory-Serie. Sein größter Erfolg gelang ihm in den 1980er Jahren mit der Histori-

seine (häufig verfilmten) Geschichten um den charismatischen „Kommissar Maigret“ auch heute noch sehr populär ist. Als „romans durs“ bezeichnete Simenon seine „richtigen“ Romane, literarisch anspruchsvollere Prosawerke, die ebenfalls meist von mörderischen Geschehnissen handeln, aber die jeweilige Hauptfigur psychologisch tief ausloten und ein komplexes Gesellschaftsbild zeichnen.

Den 1948 erstmals publizierten Roman „Der Schnee war schmutzig“ bezeichnete Simenon selbst als einen seiner besten. Er entstand zur Zeit des Existenzialismus und ist vermutlich von Albert Camus’ wenige Jahre zuvor erschienenem Meisterwerk „Der Fremde“ (1942) beeinflusst. Wie der Franzose erzählt auch der Belgier Simenon eine existenzielle Geschichte um einen gefühllosen Menschen, der jede Moral vermissen lässt. Der halbstarke Held ist von beispielloser Kälte, mordet mehrfach grundlos und verrät selbst die ihm nahestehende, sexuell unerfahrene Sissy an seinen Zuhälterkumpen.

Schauplatz ist ein namenloses Städtchen in einem kleineren europäischen Land, das von einer fremden Macht besetzt wird – die deutschen Expansionsbestrebungen während des Zweiten Weltkriegs werden nur vage angedeutet, Belgien könnte gemeint sein. Manche Kunstgriffe der Verfremdung der politischen Umstände und der Kriegsgegenwart weisen Verwandtschaften zu George Orwells Dystopie „1984“ auf, die erst ein Jahr nach Simenons Roman erschien. Die Täterperspektive wiederum ähnelt jener von Fjodor Dostojewskis mörderischem Protagonisten Raskolnikow im Roman „Schuld und Sühne“ (1866).

Simenon gelang damit ein eindrucksvoller Spiegel der Nazi-Besatzungszeit, in der Menschen Gelegenheit zu vielfältigen Verbrechen und Kollaborationen bekamen. Der Szenarist Jean-Luc Fromental hat den Roman sorgfältig in eine dichte Comic-erzählung übertragen (und erläutert im Nachwort einige Hin-

tergründe zur Romanvorlage). Zeichner Yslaïre überzeugt mit seinen stimmungsvollen Zeichnungen: In Grautönen und ausgesucht fahlen, oft giftig anmutenden Zusatzfarben kreiert er eine düstere, wahrhaft winterliche Atmosphäre.

Seinen ausdrucksstarken, plastischen Figuren haftet etwas Puppenhaftes an, sie wirken lieblich und abstoßend zugleich. Geschickt flicht Yslaïre Anspielungen auf die Entstehungszeit

ein: So läuft in einem Kino, das Frank und Sissy besuchen, die Simenon-Verfilmung „Panique“ (1946, nach dem Roman „Die Verlobung des Monsieur Hire“), und der Schriftsteller selbst bekommt einen markanten Auftritt: In für ihn typischem Outfit (Hornbrille, Fliege und Pfeife, Hut und Anzug) mischt er sich unter die halbseidenen Besucher von „Timos Bar“.

Die eindringliche Erzählung ist der erste Höhepunkt der

ambitionierten Reihe von Comicadaptionen des belgischen Klassikers. Sie zieht ihre Leserinnen und Leser dank Yslaïres feiner Zeichnungen hinab in einen dunklen Strudel menschlicher Abgründe.

Georges Simenon, Jean-Luc Fromental, Yslaïre: „Der Schnee war schmutzig“. Aus dem Französischen von Christoph Haas. Carlsen Verlag, Hamburg 2026, 104 Seiten, 24 Euro



DENNOCHE WAR DAS DER ERSTE VERGLEICH, DER DIR EINFIEL. ER BELUSTIGTE UND ÄRGERTE DICH ZUGLEICH.



Im Comic „Der Schnee war schmutzig“ von Jean-Luc Fromental und Yslaïre sind die Farben bewusst fahl gehalten Foto: Comic: Carlsen



Uli Hannemann
Liebling der Massen

Mediterrane Küche

Mit der Hausärztin beratschlage ich die Untersuchungsergebnisse: Blutdruck, Blutwerte, Atherosklerose. Was kann man tun, was muss man tun; soll man überhaupt noch irgendetwas tun?

Schließlich sind wir alle dazu angehalten, die Krankenkassen zu entlasten. Und dazu gehört nun mal, sich bei jedem morgendlichen Blick in den Spiegel gewissenhaft zu hinterfragen, ob sich das eigene Weiterleben wirtschaftlich noch lohnt? Und zwar mit all seinen Folgekosten wie den teuren Vorsorgeuntersuchungen, Operationen, Medikamenten, Rehas. Immer-

hin bin ich bald Rentner. Da amortisiert sich das kaum noch.

Sorgen macht uns vor allem das böse Cholesterin. In uralten Zeiten war das ja noch gut. Also gab es praktisch zwei liebe Cholesterine. Sie waren wie Geschwister, quasi unzertrennlich, und optimierten in trauter Harmonie das Blut früherer Menschen. Die starben zwar alle mit neunzehn Jahren an Karies, Bindehautentzündung, oder Skorbut, aber die Cholesterinwerte waren top. Darauf konnte man immerhin aufbauen.

Doch eines schlimmen Tages verhexte ein fieser Möpp das eine Cholesterin. Von einem Tag auf den anderen wurde es böse und wandert seither als gefallener Engel ruhelos durch die Blutbahnen, die es verheert und verkalkt, ein Gegenspieler und Saboteur des lieben Cholesterins. So ist es bis heute geblieben.

Das EKG ist aber ganz okay, und so kommen wir überein, meinem Erhalt zumindest einen allerletzten Versuch zu gönnen – allzu unverzichtbar bin ich für unsere Gesellschaft bislang noch, als leuchtende Fackel im finsternen Sturm der Dummheit.

Also gucken wir mal, was sich da eventuell noch machen lässt. Denn wenn man einen al-

ten Körper aufwandsarm instand setzen kann, ist das viel nachhaltiger als einen ganz neuen Menschen in die Welt zu setzen, was immer extrem teuer ist: Geburt, Elternzeit, Kindergarten, Schule, Ausbildung, Buntstifte, Spielzeug, Anziehsachen, Zoobesuche, Entziehungskuren – was das alles kostet.

Und bei mir wurde das ja schon bezahlt. Da kann man mit den bereits vorhandenen Basics arbeiten. Also überlegen wir: Sport? Medikamente? Lebensstil? Ernährung?

Die Gesundheit ist eine Decke, die immer zu kurz ist, egal wo man zieht

Sport ist nicht gut. Da bin ich voriges Mal hingefallen. Zum Glück sind wir uns in diesem Punkt einig, jedenfalls widerspricht sie mir nicht, als ich ihr auch noch die weiteren Kontraindikationen aufzähle: Beim vorletzten Mal hab ich brutal geschwitzt. Dazu schlägt das Herz wie verrückt, und überhaupt ist es jedes Mal su-

per anstrengend. Da kann mir keiner erzählen, dass das gesund sein soll.

Pillen sind zu teuer. Bringt ja auch alles nichts. Wegen der Nebenwirkungen. Gehen die einen Werte runter, gehen die anderen hoch. Schießt sich hier der Kopf, platzt einem da der Arsch. Die Gesundheit ist eine Decke, die immer zu kurz ist, egal wo man zieht. Und soll bitte niemand behaupten, dass das von denen da oben nicht geplant ist. Die wollen ja gerade, dass wir sterben. Medikamente sind folglich keine Lösung.

Aber mediterrane Küche sei perfekt, sagt sie. Da würde mein liebes Cholesterin lachen, und mein böses Cholesterin weinen. Mediterrane Küche ist gut, die mag ich. Darauf einigen wir uns.

Seitdem sitze ich jeden Tag beim Griechen. Grillplatte „Dimokritos“ für zwei Personen. Zwei Lammkoteletts, zwei Riesen-Souvlákis und einen fetten Berg Gyros. Dazu rohe Zwiebeln, Tsatsiki und Pommes satt.

Die Zwiebeln lege ich immer beiseite, das wird mir sonst zu viel. Vorher einen Ouzo aufs Haus, und, wenn ich brav aufgegessen habe, hinterher noch einen. Es geht mit sehr gut, jedenfalls nehme ich das an, denn zum Arzt gehe ich gar nicht mehr; ich habe ja die mediterrane Küche.



10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen
Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel
sowie bereits reduzierte Waren.

taz  **shop**

Handtuch Klimawandel. Angesichts der immer weiter voranschreitenden Erderwärmung würden Sie vor Frust am liebsten das Handtuch werfen? Tun Sie's, aber nehmen Sie dieses! Als visuelle Erinnerung an die Fakten der Klimakrise zeigt das Handtuch die Jahresdurchschnittstemperaturen von 1850 bis heute. Mit Stickerei am Saum und Schlaufe zum Aufhängen. Aus Biobaumwolle (GOTS-zertifiziert), hergestellt in Portugal. Von Langbrett. Maße: L 180 × B 100 cm. **55 €**

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin
Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

ausgewählt · nachhaltig · solidarisch

Frostige Stimmung

Bei der Turn-EM standen im Reckfinale zwei ukrainischstämmige Athleten und ein Russe. Deren neue Zulassung ohne Neutralitätsprüfung bringt Spannungen



Balanceakt in allerlei Hinsicht: Ilia Kovtun beim Reckfinale
Foto: imago

Aus Zagreb **Sandra Schmidt**

Radomyr Stelmakh eröffnete das Finale der besten europäischen Reckturner für Deutschland und stürzte. Es folgte Ilia Kovtun für Kroatien, der zuvor die Entscheidung am Barren gewonnen hatte und in Zagreb mit Standing Ovations bedacht wurde. Er lag auch am Reck auf Medaillenkurs, bis ihn schließlich der Russe Savelii Sieedin auf den vierten Rang schob.

Die Konstellation hört sich nicht aufregend an und war doch höchst brisant, traten hier doch zwei ehemalige ukrainische Teamkollegen gegeneinander und beide gegen einen Russen an. Ja, es ging um mehr oder weniger gelungene Flugelemente, Adlerschwünge oder Dreifachsalti zum Abgang. Aber auch um Flucht und Migration seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022.

Damals war Ilia Kovtun 18 Jahre alt und beim Weltcup in Cottbus. In der Folge erfuhren er und Trainerin Irina Gorbacheva viel Solidarität europäischer Turner: Im Frühjahr fanden sie einige Wochen Unterschlupf – und Trainingsmöglichkeiten – im italienischen Ferrara, im Sommer startete Kovtun in der französischen Liga, danach ging es nach Osijek in Kroatien. Kovtun ließ in den folgenden Jahren kaum ein internationales Turnier aus, trainierte an ungezählten Orten und vergaß nie, dem gastgebenden Verein oder Turnzentrum via Social Media Dank auszusprechen – vor einer ukrainischen Flagge.

In seine Heimatstadt Tscherkassy kehrte er nicht zurück. Bei der EM in

Rimini vor zwei Jahren erklärte das Gespann, man werde sich in Osijek auf die Olympischen Spiele vorbereiten. In Paris gewann Ilia Kovtun Silber am Barren für die Ukraine. Dann vollzog er den Bruch, beantragte den kroatischen Pass und den Wechsel des Startrechts. Doch der ukrainische Turnverband gab ihn nicht frei.

In Zagreb ging Kovtun nach zwei Jahren erstmals wieder an die Geräte. Der Zwangspause kann er durchaus Positives abgewinnen: „Nach zehn Jahren harter Arbeit war das gut. Mein Körper konnte ganz gesund werden und jetzt bin ich besser als vorher“, so Kovtun. Letzteres stellte er im Mehrkampf unter Beweis, den er vor den Russen Arsenii Dukhno und Daniel Marinov für sich entschied.

„Das erste Gold für Kroatien, der erste Mehrkampftitel für mich, das ist der größte Erfolg“, sagte Kovtun über die EM in seiner neuen Heimat. Die Stimmung bei der Siegerehrung war eher unterkühlt. Die übliche Pose, bei der alle Medaillengewinner gemeinsam auf dem Goldpodest stehen, blieb aus.

Die russischen Turner gingen in Zagreb unter der Abkürzung WG2 an den Start. „World Gymnastics“, so nennt sich mittlerweile der Internationale Turnerbund, die Ziffer 1 hat man den Belarussen verpasst, den Russen die 2. Ein Umstand, der letztlich auf eine Initiative des Deutschen Turner-Bundes (DTB) zurückgeht. Nachdem der Weltverband im Mai alle Beschränkungen mitsamt der Prüfungen der vermeintlichen Neutralität der Athleten aufgehoben

hatte, erwirkte der DTB eine außerordentliche Generalversammlung auf europäischer Ebene, um zumindest Flaggen, Symbole und die russische Hymne weiterhin zu verbannen.

Die kroatische Regierung drohte damit, keine Visa zu erteilen. Da die EM als Qualifikation für die anstehende WM gilt und dort die ersten Tickets für die Spiele 2028 vergeben werden, lenkte der Weltverband in Teilen ein, der europäische Verband schloss sich an, das zuständige kroatische Ministerium erteilte nach einigem Ringen fast alle Visa.

Auf dem Siegereckchen im Mehrkampf hätte auch Radomyr Stelmakh stehen wollen und das Ansinen war nicht vermessen. Gut ein Punkt fehlte dem letztlich Achtplatzierten nach einem großen Fehler am Pauschenpferd auf den Bronzerang. Stelmakh war im März 2022, damals noch minderjährig, nach Cottbus geflohen. Den dortigen Trainer Oleksandr Suprun kannte er da bereits seit Jahren. Auch Stelmakh stand im ukrainischen Angebot für die Olympischen Spiele in Paris. Auch für ihn war der Auftritt in Zagreb der erste große internationale Wettkampf nach rund zwei Jahren Pause, was er als „megageil“ bezeichnete.

Mit seinen ehemaligen Teamkollegen habe er gesprochen, sagte Radomyr auch: „Alles gut, wir haben uns gesehen und alle sind freundlich.“ Mit seinem ersten Auftritt im deutschen Trikot allerdings war der 21-Jährige alles andere als zufrieden. Im Reckfinale wurde er Letzter.

Courage und Ambitionen

Union verliert zwar deutlich mit 1:4 gegen Bayern. Doch der spielstarke Auftritt zeigt, dass es um die internationalen Plätze spannend werden könnte

Aus Berlin **Fridolin Haagen**

Union Berlin hat gegen Bayern München für einen würdigen Ayuftakt der Fußball-Bundesliga gesorgt. Die Eisernen Ladys absolvierten vor über 17.000 Fans gegen die amtierenden Meisterinnen ein gutes Spiel, auch das Publikum war erneut erstklassig mit einer beeindruckenden Choreografie zu Spielbeginn.

Doch gerade die Tatsache, dass die Münchnerinnen am Ende deutlich mit 4:1 gewannen, dürfte nun wirklich allen den Glauben an einen halbwegs interessanten Titelkampf geraubt haben. Eine Woche zuvor mussten sich auch die Wolfsburger Vizemeisterinnen mit 3:0 im Supercup geschlagen geben.

Die Spannung wird im ersten Bundesligajahr ohne einen einzigen reinen Frauenverein voraussichtlich woanders liegen: neben dem Abstiegskampf auch im Kampf um die internationalen Plätze. Dort fanden sich in den letzten vier Jahren hinter den Bayern immer Wolfsburg auf Platz 2 und Eintracht Frankfurt auf Platz 3 ein, mit einigem Abstand zum vierten Platz, der nicht zur Teilnahme an einem europäischen Wettbewerb berechtigt.

Nun hegt auch Union das Ziel, eher früher als später in diese Phalanx einzubrechen, zumindest ist nun nach Platz 9 in der Premiersaison eine Top-5-Platzierung das ausgerufen Ziel. Dafür setzt Trainerin Marie-Louise Eta auf ein flaches Aufbauspiel mitsamt der Torhüterin von hinten raus.

Sobald sich der Ball in der gegnerischen Hälfte befand, rückten selbst gegen Bayern teilweise alle Feldspielerinnen dorthin, was für den ballbesitzorientierten Ansatz spricht. Eta hatte das Männer-Team von Union an den letzten fünf Spieltagen der vergangenen Bundesliga-Saison übernommen und in der kurzen Zeit direkt den Offensivansatz auf Kombinationsspiel statt vieler Flanken ausgerichtet.

Gegen die normalerweise hochstehenden Bayern kamen dann mitunter auch Umschalt Situationen hinzu,

wie nach sieben Minuten, als Eileen Campbell auf ihrer rechten Seite durchbrach, das Tor aber letztendlich knapp verfehlte. Zuvor hatte Campbell mit einem Fehlpass die erste Münchner Chance ermöglicht. Da sich sonst zunächst fast keine Fehler in das Unioner Spiel einreichten und Bayern gegen den kompakten Block wenige Lösungen fand, musste eine Standardsituation für die Führung der Favoritinnen herhalten. Ein umstrittener Freistoßpfiff ermöglichte es Klara Bühl, den Ball von der Strafraumkante ins lange Eck zu zirkeln.

Ein Torschussverhältnis von 5:6 und ein Eckenverhältnis von 4:3 zur Pause zeigte, dass Union keineswegs unterlegen war, was sich allerdings mit Beginn der zweiten Halbzeit änderte. Die bayerische Druckphase wurde belohnt durch Pernille Harder, die einen Fehlpass ausnutzte (47.), und Glodis Viggosdottir, die nach einem Freistoß den Ball mit ihrem Bauch über die Linie beförderte (60.).

Die Eisernen Ladies wollen in die Top-5-Phalanx rein

Unions Naika Reissner war immer wieder in gefährliche Szenen involviert und daher auch entscheidend beim Anschlusstreffer in der 79. Minute beteiligt, nach einer schönen Kombination köpfte schlussendlich Nele Bauereisen den Ball ins Netz. Die Gastgeberinnen bäumten sich noch einmal auf, mussten in der letzten regulären Minute jedoch noch das 1:4 durch Sophie Proost hinnehmen.

Der couragierte Auftritt, der Lust auf mehr machte und die Ambitionen des Vereins unterstrich, wurde von den Fans nach Schlusspfiff mit reichlich Applaus honoriert. Für Bayern wird das Hauptaugenmerk in dieser Saison wohl auf der Champions League liegen – ein Wettbewerb, für den sich Union perspektivisch auch qualifizieren möchte.

Der Druck auf Infantino steigt

15 afrikanische Verbände wenden sich von Infantino ab. Die Uefa und die nordamerikanische Concacaf wollen eine gemeinsame Nations League ohne Fifa

Von **Alina Schwermer**

Der angeschlagene Fifa-Präsident Gianni Infantino gerät stärker unter Druck. Laut dem britischen *Guardian* sind 15 afrikanische Verbände aus dem Infantino-Lager ausgebrochen. Bisher hatte Infantino in Afrika uneingeschränkten Rückhalt und eine starke Machtbasis. Nun haben die oppositionellen Verbände offenbar Gespräche mit Fifa-Generalsekretär Mattias Grafström geführt, ob dieser sich eine Gegenkandidatur vorstellen könne. Grafström hat sich dazu bisher nicht geäußert.

Mattias Grafström hatte sich initial gegen Infantinos Privatisierungspläne bei der Fifa gestellt und war dann eingeknickt. Doch offenbar, so der *Guardian*, habe seine erste Reaktion bei mehreren afrikanischen Verbandspräsidenten Hoffnung geweckt für die Wahl zum Fifa-Präsidenten im März

2027. Die anonymen Quellen brachten auch Scheich Salman, den Präsidenten des asiatischen Verbands AFC, als Infantinos Gegenkandidaten ins Spiel, der „mit Sicherheit gewählt“ werden würde.

Damit wird die Unterstützung für Gianni Infantino immer dünner. Der umstrittene Fifa-Chef hatte einen milliardenschweren Verkauf von Anteilen an den Fußball-Weltmeisterschaften an Investoren angestrebt. Mit dem Verkauf von rund 20 Prozent der Anteile sollten bis zu 4,2 Milliarden US-Dollar eingenommen werden. Für die Umsetzung wollte die Fifa das Tochterunternehmen Fifa Forward Enterprise (FFE) gründen. Auch der Trump-Clan sollte beteiligt sein.

Infantinos Alleingang löste Proteste und Boykottandrohungen vonseiten der Uefa, der nordamerikanischen Concacaf und der asiatischen AFC aus. Mittlerweile musste der Fifa-Boss einkni-

cken. Längst geht es den Gegnern ganz grundsätzlich um seinen Sturz. Die Kontinentalverbände sind dabei allerdings keine geschlossenen Lager, weil vor allem kleine Verbände auf Fifa-Gelder angewiesen sind. So werden bei der Wahl im März insbesondere aus Asien und der Karibik Abweichler erwartet.

Die Uefa und die nordamerikanische Concacaf, die im Zuge der Proteste näher zusammengedrückt sind, haben nun Pläne für eine gemeinsame Nations League verkündet. Alle 96 Nationen sollen dabei sein. Das Turnier könnte erstmals 2028 stattfinden. Nach einer Ligaphase soll es ein Final-Four-Turnier geben. Nach jetzigem Stand wäre es ein Wettbewerb ohne die Fifa und damit ein weiterer Affront gegen Infantino. Auch Asien ist mittelfristig an einer Teilnahme interessiert. Allerdings könnten die weiten Flugreisen und hohen Emissionen auf gesellschaftlichen Widerstand stoßen.

Anzeige



fernverbindung

Wiederaufbau, Kritik am Staat und mittendrin Shakira

Nach dem Erdbeben in Kolumbien geht es an den Wiederaufbau und die Regierung steht unter Druck. Wie reagiert die Bevölkerung und warum helfen Promis? Ein Gespräch mit taz-Kolumbien-Korrespondentin Katharina Wojczenko

Hier hören: taz.de/fernverbindung

gurke des tages

16.330 Kilometer Luftlinie liegen zwischen München und Sidney. Zwischen der Allianz-Arena und dem Allianz-Stadium. Da kann es schon mal zu naheliegenden Verwechslungen kommen. Wie bei den Medaillen des Sydney Marathon am nächsten Sonntag. Auf der Rückseite wollte man berühmte Wegmarken für den Lauf zeigen: Brücke, Oper, Stadion. Leider wurde die Allianz-Arena des FC Bayern ausgewählt. Peinlich, peinlich. Aber wie heißt es so schön? Hauptsache, Arroganz versichert.



das wetter

Die Lösung

„Jawohl, die Klimakatastrophe ist menschengemacht!“, nickte Hydrologe Armin Waßmuth. „Deshalb können auch nur wir Menschen sie lösen!“ Seit Jahren regnete es viel zu selten, die Böden trockneten aus wie die Flüsse, und Trinkwasser war knapp geworden: „Aber kein Problem!“ Als Wissenschaftler wusste er, dass es für alles eine Lösung gibt. „Und diese Lösung liegt vor unser aller Augen, aber niemand sieht sie – die Luft!“

rief er und setzte hinzu: „Sie ist das Vorbild, denn die Luft ist in großer Höhe dünn und am Boden dick. Genau so geht das mit dem Wasser! Wir müssen es einfach schon am Boden verdünnen, dann ist genug für alle da!“ Gesagt, getan! Dass Mensch und Natur vom dünnen Wasser aber entsprechend sehr viel mehr brauchten – dieses Problem wird die Wissenschaft dann einfach als Nächstes lösen. So macht man das!



Feucht-fröhliche Nachtratten

Die lustige Tierwelt und ihre ernste Erforschung (249): Opossums sind eher harmlos, selbst wenn sie Heidi heißen

Von Helmut Höge

Der Name Opossum stammt aus der Algonkin-Sprache. Diese Tiere werden oft mit Possums (ein englisches Wort) verwechselt. Zwar sind beides Beuteltiere, aber erstere sind in den beiden Amerikas lebende Beuteltiaten und letztere in Australien beheimatete Beutelsäuger, zu denen unter anderem Gleithörnchenbeutel und Streifenbeutel zählen.

In ihrem Buch „Wie Tiere den Tod verstehen – Das Schweigen der Schimpansen“ (2025) schreibt die Philosophin Susana Monsó, dass das Opossum an „eine Art zerzauste Waschbäratte“ erinnert, „die den Eindruck erweckt, als hätte sie die Nacht feuchtfröhlich durchgezecht“. Die Madrider Thanatologin thematisiert die Opossums nicht, weil sie möglicherweise – wie etwa Elefanten, Schimpansen und Delphine – über den Tod ihres Kindes oder den von Artgenossen trauern, sondern weil eine Beuteltieratte ihren eigenen Tod so perfekt wie kaum ein anderes Tier simulieren kann.

Wenn sie sich bedroht fühlt und nicht mehr entkommen kann, „ist es auf einen Schlag wie gelähmt, kippt auf die Seite und liegt da in einer Art Fötusstellung, den Schwanz eingerollt, Augen und Mund weit offen, die Zunge heraushängend. In dieser Haltung reagiert es nicht mehr auf äußere Reize und fängt an zu speicheln, es uriniert, defäkiert und sondert eine übelriechende grüne Flüssigkeit aus den Analdrüsen ab.“

Seine Körpertemperatur sinkt und der Herzschlag verlangsamt



Die berühmte schielende Heidi aus Leipzig Foto: dpa

sich um fast die Hälfte, zudem wird ihre rosa Zunge blau. „In diesem Zustand eines verwesenden Kadavers bleibt das Opossum, solange die Gefahr nicht vorüber ist, reglos liegen.“ Wie bei Schrödingers Katze „könnten wir sagen, dass das Opossum lebendig und tot zugleich ist“, meint Susana Monsó.

Es ist damit das Tier „mit der ausgeklügeltesten und markantesten Thanatose“. Und weil diese ihr hilft, von ihren Fressfeinden verschont zu werden, heißt das gleichzeitig auch, dass „zumindest einige ihrer Feinde ein Konzept vom Tod haben“ müssen.

Daran denken wir aber meist nicht bei diesem Tier, sondern eher an die lustige „Heidi“ – das schielende Opossum, das in der Tropenhalle des Leipziger

Zoos lebte und wegen seiner „Glupschaugen“ (Wikipedia) zu einem internationalen Medienstar wurde. So trat es mehrmals in einer amerikanischen Late-Night-Show auf und sagte die Ergebnisse der Oscarverleihung 2011 zum Teil richtig voraus. Eine sächsische Spielzeugfirma brachte Heidi als Plüschtier heraus, und das Duo Stephan Katz und Max Goldt veröffentlichte einen Comic „Tiervergleiche“, in dem ein politischer Karikaturist die Fraktionsvorsitzende der Linken Heidi Reichinnek mit dem Opossum Heidi vergleicht und dafür gerichtlich belangt wird.

Die beiden Heidis haben jedoch außer dem Namen kaum etwas gemeinsam. Die Politikerin wurde 1988 in Merseburg geboren, das Opossumweib-

chen 2011 in North-Carolina. Dort wurde sie mutterlos von Wildhütern gefunden und auf einer Tierstation großgezogen. Danach verkaufte man sie an einen dänischen Zoo, und von dort gelangte sie in den Leipziger Zoo, wo sie als schielende Heidi eine Besucherattraktion war. Während Heidi Reichinnek ihr Politikstudium 2011 abschloss, wurde das Opossum Heidi im selben Jahr eingeschläfert – und dadurch ein echter Kadaver. Der Zootierarzt hatte ihre Altersleiden nicht mehr mit Medikamenten lindern können. Opossums werden in Freiheit nur zwei bis drei Jahre alt, Heidi lebte immerhin dreieinhalb Jahre.

Auf facts.net heißt es, dass die hauskatzengroßen Opossums „faszinierende Tiere“ sind, „die

oft missverstanden werden“ – im Internet zum Beispiel, weil man sie immer wieder mit Possums verwechselt und in den USA, weil Jäger sie als invasive Schädlinge töten, denen sie unterstellen, Hühner zu reißen.

Außerdem gilt ihr Fleisch als schmackhaft und ihr Fell als so brauchbar, dass sie im 19. Jahrhundert von Farmern gezüchtet wurden. Dabei sind diese nachtaktiven Einzelgänger als Zecken- und Insektenfresser durchaus nützlich. Sie verschmähen aber auch pflanzliche Kost nicht. Da sie Nektar und Pollen fressen, tragen sie zur Bestäubung der Pflanzen bei. Als gute Schwimmer ernähren sie sich auch von kleinen Wassertieren. Auf „futura-sciences.com“ heißt es, dass sie „bei der Nahrungssuche eher unorganisiert“ sind.

Opossums sind harmlos, sie bekommen wegen ihrer niedrigen Körpertemperatur selten Tollwut und sind gegen Schlangenbisse immun, weswegen sie auch Schlangen fressen können, ohne Schaden zu nehmen. Sie werden deswegen als Labortiere gehalten, unter anderem um Antivenin herzustellen: ein Immunserum speziell für die Behandlung von Bissverletzungen durch giftige Tiere.

Opossums leben als Kulturfolger gern in städtischen und ländlichen Gebieten, was zur Folge hat, dass sie beim Überqueren von Straßen oft überfahren werden. Sie werden schnell zahm. Im Handel kosten diese „Kuscheltiere“ zwischen 100 und 200 Euro. Die Beziehung zwischen Opossums und Menschen wird jedoch vom „facts.net“ als „komplex und oft missverstanden“ bezeichnet.

Abseits der von Menschen geprägten Gebiete gelten sie dagegen als „Indikatoren für ein gesundes Ökosystem“. Sie können mit ihrem nackten Greifschwanz gut auf Bäume klettern, damit aber auch Dinge greifen und wegtragen. Dass ihre Füße alle Zehen mit Krallen haben, außer der ersten Zehe an den Hinterfüßen, die einen Daumen hat und gegenübergestellt werden kann, erleichtert ihnen ebenfalls das Klettern.

Zum Gebären errichten die Weibchen Blätternester in Bäumen oder Erdhöhlen. Wikipedia erwähnt ein Weibchen, dass in Kolumbien gefilmt wurde, wie es sich Blätter in den Beutel stopfte, bevor es mit dem Blättersammeln fortfuhr. Die Schwangerschaft der Weibchen beträgt nur knapp zwei Wochen – eine der kürzesten aller Säugetiere –, dann gebären sie mitunter mehrmals im Jahr und bis zu 20 Jungtiere. Diese bleiben zwei bis drei Monate im Beutel, in dem sich 13 Zitzen befinden, dann sind sie zu groß und müssen auf dem Rücken der Mutter reiten.

In einigen indigenen Kulturen gelten Opossums als Glücksbringer, sie werden laut facts.net oft „als schlaue und trickreiche Charaktere dargestellt“. In Kinderbüchern sind sie beliebte Figuren: „Niedlich und liebenswert“. Auf YouTube findet man viele Opossum-Clips, einer hat den Titel „Die stillen Helden unseres Gartens“. Keine der sechs Opossum-Arten ist vom Aussterben bedroht, auf den französischen Antillen sind sie dessen ungeachtet seit 1989 gesetzlich geschützt.

Ralf Sotscheck

Verhinderte Schlapphüte

Die Iren können heutzutage weder singen noch spionieren. Die jüngsten Auftritte beim europäischen Kampfsingen, dem European Song Contest (ESC), waren entmutigend, und nun gab es für Irland auch in Sachen Spionage null Punkte.

Das geht aus einer Umfrage des französischen Nachrichtenmagazins L'Express hervor. Die Zeitschrift hat einen „vom Ballon d'Or im Fußball oder vom Eurovision Song Contest inspirierten“ Wettbewerb veranstaltet, bei dem die Geheimdienste der europäischen Länder gegeneinander antraten. Die Jury bestand aus 60 „Geheimdienstexperten“, darunter 17 amtierende oder ehemalige Geheimdienstchefs sowie Vertreter der CIA und des Mossad. Sie sollten die Top-Fünf-Geheimdienste wäh-

len, die Punkte wurden entsprechend verteilt.

Gewonnen hat Großbritannien. „Der MI6 ist außergewöhnlich“, sagte Robert Gorelick, ein ehemaliger CIA-Mitarbeiter. Der Dienst sei gut darin, Maulwürfe zu rekrutieren, und er habe „eine Vorliebe für hinterhältige Taktiken“.

Der irische Militärgheimdienst (IMIS) hingegen residiert im hinteren Teil einer Kaserne, der von einem vier Meter hohen Zaun umgeben und mit einer Antennenanlage gekrönt ist. Geheim ist der Standort nicht, auf dem Klingelschild am Eingang steht „Seirbhís Faisnéise Míleata na hÉireann“ über einem Bild von zwei Fischen, die den Lachs des Wissens symbolisieren. Da der Dienst aber keine Agenten im Ausland einsetzt, kann er sich für das Wissen

nicht auf Fische verlassen, sondern ist auf befreundete Nachrichtendienste angewiesen.

Früher war alles anders, da räumten die Iren beim European Song Contest siebenmal die Goldmedaille ab. Und noch früher war Dublin die Hauptstadt der Spione. Irland war im Zweiten Weltkrieg neutral, viele reiche Engländer kamen deshalb nach Dublin. Darüber hinaus wimmelte es in der Stadt, ähnlich wie in Casablanca, nur so von Agenten aus der ganzen Welt.

„Geheimnisvolle Männer mit versiegelten Lippen und verschlossenen Aktentaschen rannten durchs Foyer und fuhren mit dem Fahrstuhl hinauf und hinunter“, schrieb die Autorin Elizabeth Bowen in ihrem Buch über das berühmte Hotel „The Shelbourne“.

Henry Obed war ein eher ungewöhnlicher Rekrut des deutschen Geheimdienstes: ein in Indien geborener Muslim, der 1940 mit zwei anderen Spionen an der Küste im Süden Irlands landete, um eine Sabotageaktion durchzuführen.

Die drei Männer nahmen einen Bus nach Cork, wo die Polizei bereits auf sie wartete. Die Festnahme war unvermeidlich. Mehrere Anwohner hatten die Männer am Strand herumirren sehen. Obed fiel besonders auf, da es außer ihm keinen Inder auf der Insel gab. Die verhinderten Spione wurden dem irischen Militärgheimdienst übergeben, sie verbrachten den Rest des Krieges im Gefängnis.

Punkte gab es dafür beim Wettbewerb des Express aber nicht. Der Geheimdienst-Erfolg lag zu lange zurück.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk, Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge
Anzeigen: Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlicke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg | Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital 22,40 €





FUTURZWEI

Magazin für **Zukunft und Politik**

NACHSPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Mit: Daniel Cohn-Bendit, Karoline Eichhorn, Alina Frieske, Ruth Fuentes, Dana Giesecke, Maja Göpel, Diana Kinnert, Reinhard Loske, Wolf Lotter, Anna-Verena Nosthoff, Lukas Rietzschel, Hartmut Rosa, Uwe Schneidewind und Harald Welzer



**JETZT
ABONNIEREN!**



mit Abo-Prämie

taz FUTURZWEI-Abo-Prämie
Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch von Luisa Neubauer

Von Hanno Fleckenstein

Am offenen Fenster von Simon Weckerts Atelier surrt ein Ventilator. Er kühlt mehrere Computerlaufwerke, die auf Hochtouren laufen. Die rauschenden und blinkenden Rechner ermitteln gerade Farbmuster, mit denen sich ein Algorithmus zur Objekterkennung austricksen lässt: Wer ein solches Muster auf der Kleidung trägt, wird von dem Programm nicht als Mensch erkannt.

Das T-Shirt „Digital Camouflage“ des Berliner Künstlers funktioniert nach genau diesem Prinzip. Es ist mit grellbunten, zapfenähnlichen Formen bedruckt. Und es wirkt, wie Weckert demonstriert. Wenn er in Alltagskleidung vor eine Kamera tritt, an die eine weit verbreitete Software zur Objekterkennung angeschlossen ist,

„Das ist teuer, aber gefährlicher Mumpitz“

Chaos Computer Club

setzt diese einen grünen Rahmen um ihn und deklariert ihn als „Person“. Aber sobald er das knallige T-Shirt vor seinen Oberkörper hält, verschwindet der Rahmen. Weckert ist für den Algorithmus unsichtbar.

„Es ist paradox: Für das menschliche Auge ist das Muster extrem auffällig. Aber eine Maschine sieht da nur Kauderwelsch“, sagt Weckert. Der 37-Jährige will mit seiner Arbeit auf die Schwächen moderner Technologien aufmerksam machen. „Ein Überwachungssystem kann durch ein Stück Stoff außer Kraft gesetzt werden. Wie viel Vertrauen sollten wir dann dareinsetzen, bevor wir es auf den öffentlichen Raum loslassen?“

Eine Frage, die Berlins schwarzrote Koalition klar beantwortet: In diesen Tagen startet am Kottbusser Tor ein Pilotprojekt zur automatisierten Videoüberwachung mithilfe von künstlicher Intelligenz (KI). Die Technologie analysiert live das Verhalten von Menschen und soll bei bestimmten Bewegungen – etwa Schlagen, Treten, Messer zücken – Alarm schlagen.

Wie eilig es CDU und SPD mit der Umsetzung dieses Herzenprojekts vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus haben, zeigte sich am Wochenende. Am Sonntagmorgen fuhr eine Hebebühne in der Reichenberger Straße vor und Arbeiter in Warnwesten begannen, die Kameras an den Gebäuden rund um den Kotti zu montieren.

Wenn die Arbeiten abgeschlossen sind, ist Berlin nach Mannheim und Hamburg die dritte Stadt bundesweit, die anlasslos den öffentlichen Raum mit einer Verhaltensscanner-Software überwacht. Die Maßnahme ist Teil der umfassenden Verschärfung des Berliner Polizeigesetzes, die die Koalition im im vergangenen Winter beschlossen hat. „Ziel ist es, die Sicherheit im öffentlichen Raum mit innovativer Technologie zu stärken und polizeiliches Handeln gezielt zu unterstützen“, heißt es dazu aus der Innenverwaltung.

Die Technologie soll nun an vier sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten getestet werden. Dazu wird sie noch in diesem Jahr zusätzlich zum Kotti an der Warschauer Brücke installiert. Komendes Jahr sollen Alexanderplatz und Görlitzer Park folgen. Zusätzlich ist der Einsatz im Objektschutz geplant. Der Testbetrieb soll im Dezember am Roten Rathaus, der Innenverwaltung sowie dem Jüdischen Museum starten.

Für die Ausstattung der „kriminalitätsbelasteten Orte“ hat die



Wie die KI Simon Weckert (nicht) sieht: T-Shirt-Test am Kottbusser Tor Foto: Simon Weckert

Unsichtbar am Kotti

Das Kottbusser Tor wird bald von KI-Kameras überwacht, die ein privates Unternehmen herstellt. Ein Künstler zeigt, wie sich die Technik überlisten lässt

Dortmunder Firma Adesso den Zuschlag bekommen. Anders als in Mannheim und in Hamburg, wo das Fraunhofer-Institut für Optonik, Systemtechnik und Bildauswertung die Technologie entwickelt hat, ist in Berlin also ein privatwirtschaftliches Unternehmen zuständig. Die Innenverwaltung rechnet mit rund 2,5 Millionen Euro Investitionskosten sowie 2,1 Millionen Euro Betriebskosten bis 2030.

Während am Kottbusser Tor noch die Bauarbeiten laufen, fordert CDU-Spitzenkandidat Stefan Evers bereits eine Ausweitung der KI-Überwachung. „Dieser Weg ist genau der richtige, und davon brauchen wir noch viel mehr, weil das Berlin deutlich sicherer machen kann“, sagte Evers am Sonntag der dpa. „Die moderne Technik erlaubt der Polizei, Gefährdungssituationen frühzeitig zu erkennen und Polizisten darauf aufmerksam zu machen – bevor Straftaten überhaupt passieren.“

Doch an der Effizienz der Technologie gibt es Zweifel. In Hamburg etwa geht aus dem Testbericht der Polizei hervor, dass das System in zwei Monaten rund 1.400 Hinweise generierte, aber nur elf davon polizeilich relevant waren. Mehr als 99 Prozent der Hinweise waren also nutzlos. Zudem übersah die Software eine Schlägerei.

Angesichts dieser Bilanz kritisiert der Chaos Computer Club (CCC) die Technologie als „teuren, aber gefährlichen Mumpitz“. Auch Linke und Grüne in Berlin sind ge-

gen den Einsatz der Verhaltensscanner im öffentlichen Raum. „Die Technik ist fehleranfällig und birgt die Gefahr, Personen zu kriminalisieren, die von der Software erfasst werden“, sagt der Linken-Innenexperte Niklas Schrader. Schon das Liegen auf dem Boden könne zu Polizeieinsätzen führen. „Die Folge ist Verdrängung und Repression gegen marginalisierte Personen“, so Schrader.

Grünen-Innenpolitiker Vasili Franco warnt ebenfalls vor möglicher Diskriminierung: Ganze Bevölkerungsgruppen könnten unschuldig in den Fokus der Polizei geraten. „Gerade am Kottbusser Tor gibt es viele Suchtkranke. Die verhalten sich mitunter auch atypisch, ohne dass eine Gefahr von ihnen ausgeht“, sagt Franco und

„Mit jedem neuen KI-Modell kann ich eine neue Kollektion herausgeben. Das ist dann wie die neue Herbstmode“

Simon Weckert, Künstler

attestiert dem Senat „innenpolitisches Versagen“. Die Sicherheitsbehörden würden immer mehr Überwachungswerkzeuge bekommen, ohne deren Wirkung zu überprüfen.

Tatsächlich wird der Videoüberwachung mit KI derzeit in ganz

Deutschland der rote Teppich ausgerollt. So plant die Bundesregierung, die Bundespolizei mit der Technologie auszustatten. In Baden-Württemberg soll der Einsatz von Verhaltensscannern ausgeweitet und mit Gesichtserkennung kombiniert werden. Sachsen, Hessen und Saarland haben bereits ihre Gesetze entsprechend geändert, in Thüringen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird daran gearbeitet. Und in Bremen läuft der Testbetrieb in der Straßenbahn.

Eine unabhängige Evaluation ist nirgends vorgesehen – auch nicht in Berlin, wie die Polizei bestätigt. Deshalb kann auch der Künstler Simon Weckert letztlich nicht prüfen, ob sein Camouflage-T-Shirt die KI am Kottbusser Tor wirklich überlistet. Aber genau diese Unsicherheit wolle er damit kritisieren, sagt er: „Niemand weiß, ob und wie Technologie funktioniert, die nicht unabhängig getestet wurde.“ Es sei unklar, wie das System trainiert worden sei und welche Verzerrungen da womöglich drinsteckten.

Für die Ausweitung der automatisierten Überwachung sieht sich Weckert jedenfalls gewappnet. „Mit jedem neuen KI-Modell kann ich eine neue Kollektion herausgeben. Das ist dann wie die neue Herbstmode“, scherzt er. Ein Muster, das sein Computer kürzlich ausgespuckt hat, sieht aus wie ein Berg voller Äpfel. „Wenn ich das auf ein T-Shirt drucke, erkennt die Software tatsächlich Äpfel – aber keinen Menschen.“

Anna Simbürger war zu Besuch auf einem Flohmarkt für dicke, fette Menschen

Aktion gegen Fettfeindlichkeit

Als die ersten Nieseltropfen fallen, tragen zwei Personen ihren Stand schnell in den überdachten Bereich. Die letzten Spiegel werden aufgestellt, Blusen auf Kleiderbügel gehängt, dann kann es losgehen. F.A.T. Flea ist der erste und einzige Plus-Size-Flohmarkt in Berlin, hier gibt es nur Kleidung ab Größe 44. Seine dritte Ausgabe an diesem Sonntag findet im Yaam am Ostbahnhof statt. F.A.T. steht dabei für Finders and Traders.

Große Größen seien auf anderen Flohmärkten eine Rarität, sagt Organisatorin Victoria Grace Omoregie, die den Flohmarkt Ende letzten Jahres gegründet hat: „Wenn ich mit meinen dünnen Freundinnen auf Flohmärkte gegangen bin, gab es für mich immer nur Ohrringe oder Handtaschen zu kaufen.“ Dabei gehe es ihr um mehr als nur das Shopping-Erlebnis. „Wir bieten einen Raum für Menschen abseits der gängigen Größen, um zu shoppen, sich auszutauschen, sich zu vernetzen“, betont Omoregie.

Eine Frau probiert eine Anzughose an, blau mit weißen Streifen. „Die passt!“, ruft sie verwundert aus. „Hammer“, sagt ihre Freundin.

Luise Gonca Demirden sieht sich an einem Stand mit bedruckten Blusen um. Demirden ist Bildungsreferentin für Antidiskriminierung. Bis Ende Juli war sie bei der Gesellschaft gegen Gewichtsdiskriminierung angestellt. Die Förderung für das Projekt wurde jedoch von der Bundesregierung nicht verlängert. Leider nicht ungewöhnlich: „Zum Thema Gewichtsdiskriminierung und Fettfeindlichkeit gibt es keine öffentlichen oder privaten Gelder“, sagt Demirden.

Deswegen berät sie jetzt freiberuflich Vereine oder Antidiskriminierungsstellen, die sich zum Thema Gewichtsdiskriminierung weiterbilden wollen. Denn die Unwissenheit bei dem Thema sei groß, auch in linken Kreisen. „Viele Leute stellen sich unter Fettfeindlichkeit Body Shaming vor, aber das ist nur ein Symptom. Die Diskriminierung ist systematisch. Man ist auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, im Gesundheitswesen, in zwischenmenschlichen Beziehungen“, sagt Demirden. Eine Besonderheit von Gewichtsdiskriminierung sei der Mythos der Eigenverschuldung – also die Idee, dass alle dünn sein könnten, wenn sie nur wollten.

Auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist Gewichtsdiskriminierung nicht genannt. Man könne deswegen auch einfach aufgrund von hohem Gewicht entlassen werden und sich rechtlich kaum dagegen wehren, sagt Demirden. „Man kann zum Beispiel auch ab einem bestimmten Body-Mass-Index (BMI) von der Verbeamtung ausgeschlossen werden.“

Solange vom Staat keine Unterstützung kommt, sind dicke, fette Menschen auf das Engagement von Menschen wie Omoregie angewiesen. Inzwischen arbeiten sie zu viert, alle ehrenamtlich. Die Arbeit mache sie aus „Liebe, Lust und Leidenschaft“, sagt sie. Denn auch in den Läden finde man selten, was man sucht: „Es gab mal vereinzelte Große-Größen-Abteilungen in verschiedenen Modehäusern, die sind aber abgebaut worden.“ Auch modisch seien die meisten Stücke nicht, oft sackhaft geschnitten oder in dunklen Farben gehalten.

Der eigene Selbstausdruck sei dadurch limitiert und könne sich nicht richtig entwickeln: „In der Pubertät lernt man nicht, seinen eigenen Stil und Geschmack zu finden, wenn man die Auswahl nicht hat“, findet Omoregie.

Mit ihrem Flohmarkt trägt Omoregie auch dazu bei, Vorurteile gegen dicke, fette Menschen abzubauen. Häufig wird ihnen unterstellt, sie seien faul, ungesund, unsportlich oder würden stinken. „Vieles kommt noch vom BMI, der ist aber Quatsch und sollte nicht länger unsere Maßeinheit sein“, sagt sie.

Auch eine Tattoo-Station ist auf dem Flohmarkt eingerichtet. Tattoo-Künstlerin Johanna Henn würde sich mehr dicke, fette Menschen als Kund*innen wünschen. „Tattoos können total viel zum Körpergefühl beitragen und empowernd sein“, sagt sie. In vielen Studios mangle es aber an der Barrierearmut. Das fange schon mit den Liegen an, die meistens nur bis 120 kg tragen können. Die Liege von Henn kann bis zu 200 kg tragen. „Ich lege Wert darauf, dass Menschen sich wohlfühlen und wissen, dass sie mit ihrem Körper da sein dürfen und sollen.“

Als gegen Nachmittag der Himmel aufbricht, steigen schnell die Besucherzahlen beim F.A.T. flea: Fast 300 Menschen sind gekommen, um große Größen zu shoppen.

Schwammstadt selber machen

Grüne Gullys oder Friedhofparks: In den sechs grün regierten Bezirken werden Klimaanpassung und Hitzeschutz groß geschrieben. Oft aber blockiert der Senat



Von Uwe Rada

Auf die Idee muss man erst mal kommen: Damit bei Starkregen nicht das ganze Wasser in die Kanalisation abfließt, wurden die Gullys am Weddinger Nordufer einfach um eine 20 bis 25 Quadratmeter große Grünfläche erweitert. „Damit halten wir 80 Prozent des Regenwassers zurück“, erklärt Mittes Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (Grüne) stolz. „Grüner Gully“ nennt Remlinger das Projekt. „Das ist nicht nur eine erweiterte Baumscheibe, sondern ein zentrales Element der Schwammstadt“, betont sie. 50 solcher Grünflächen Gullys wird der Bezirk in diesem Jahr fertigstellen. Im nächsten Jahr sollen es 100 sein. Und die Kosten betragen lediglich 7.000 Euro – „ein Schnäppchen“, findet die Bürgermeisterin.

Remlingers Kolleginnen und Kollegen aus den sechs grün regierten Bezirken schauen interessiert und auch etwas neidisch auf das, was da am Nordufer an grünem Stadtbau geschafft wurde. Auf die Idee mit den grünen Gullys sind sie bislang nicht gekommen. Noch nicht. Denn das Modell, das laut Remlinger Serienreife erreicht hat, soll nun auch in anderen Bezirken Schule machen. Klimaanpassung und Hitzeschutz in den Bezirken: Das ist das Thema, zu dem der grüne Spitzenkandidat Werner Graf und die grüne Bezirksprominenz am Freitag zum Ortstermin eingeladen haben. „Wir bauen die grüne Stadt von unten auf“, sagt Graf und beklagt sogleich die mangelnde Unterstützung durch den Senat. „Die schwarz-rote Landesregierung hat die Bezirke im Stich gelassen“, kritisiert er.

Mindestens 14.000 Hitzetote hat der Sommer in Deutschland bislang laut dem Robert Koch-Institut gefordert. Betroffen seien vor allem die großen Städte und da vor allem diejenigen, die in unsanierten Wohnungen leben, sagt Graf. Eine grün geführte Landesregierung, kündigt der grüne Spitzenkandidat an, werde mit den Bezirken als Team agieren. Wie sehr der Senat beim Klimaschutz auf die Bremse tritt, zeigt ein Vorhaben aus Charlottenburg-Wilmersdorf. Bislang wird der Preußenpark mit seinen 55.000 Quadratmetern Grünfläche klassisch bewässert. „Im Grunde gießen wir den Park bislang mit Trinkwasser“, sagt die grüne Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch. Damit sich das ändert, hat der Bezirk mit der landeseigenen Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) ein „Schwammstadt-Pilotprojekt“ entwickelt.

Bessere Erfahrungen als mit dem Senat hat der Bezirk Steglitz-Zehlendorf mit der Deutschen Bahn gemacht, berichtet der grüne Umwstadtrat Urban Aykal. Es geht um den Platz des 4. Juli, eine Hinterlassenschaft der Planungen für die Welthauptstadt Germania, die vor der

Werner Graf und grüne Bezirksprominenz am Weddinger Nordufer
Foto: Uwe Rada



Urban Aykal und Werner Graf zeigen den entsiegelten Platz des 4. Juli
Foto: Uwe Rada

Wende auch von den Amerikanern als Paradeplatz genutzt wurde. „Eine riesige versiegelte Fläche in der Größe von vier Fußballfeldern war das“, sagt Stadtrat Aykal und hält zusammen mit Werner Graf ein großformatiges Foto hoch. Inzwischen ist der Platz des 4. Juli entsiegelt, freut er sich und zeigt das „Danach“-Foto. Die Kosten dafür hat die Bahn übernommen – als Ausgleich für den Bau der Dresdner Bahn. Für den grünen Spitzenkandidaten Werner Graf zeigen Projekte wie die aus Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf, dass die Bezirke das Thema Klimaschutz und Hitzeschutz ernst nehmen. „Es ist faszinierend, wie die Bezirke das alles trotz der Blockaden des Senats schaffen.“ Seine Forderung ist zugleich ein Wahlversprechen: „Wir müssen als Land den Bezirken mehr Freiräume geben, um beim Klimaschutz voranzugehen.“

Die Schulbank ruft

Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) hat die Entwicklungen im kommenden Schuljahr vorgestellt. Sie betreffen mehr als 400.000 Schüler*innen

Von Anna Simbürger

Fast 36.000 Kinder werden am kommenden Samstag in Berlin eingeschult. Kurz vor Beginn des neuen Schuljahres an diesem Montag hat Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) die aktuellen Zahlen vorgestellt. Die Gesamtzahl der Schüler*innen bleibt weiterhin auf einem Höchststand: Über 400.000 werden im kommenden Schuljahr an öffentlichen und privaten Schulen in Berlin unterrichtet. Für rund 24.000 von ihnen fehlen dabei eigentlich weiterhin die Plätze, auch wenn im vergangenen Jahr erstmals ein Rückgang des Defizits verzeichnet werden konnte. Die Berliner Schulbauoffensive arbeitet seit 2016 daran, neue Schulen zu schaffen. Im letzten Schuljahr wurden vier integrierte Sekundarschulen, drei Grundschulen, eine Gemeinschaftsschule und ein Gymnasium gebaut. Auch im kommenden Schuljahr sind Bauten geplant: Fünf Grundschulen und ein Gymnasium sollen entstehen, 2,8 Milliarden Euro stehen dafür bereit.

Den Schulbau hält Günther-Wünsch trotz des aktuellen Geburtenrückgangs für notwendig. „Es ist der vollkommen falsche Zeitpunkt, darüber zu reden, ob man weniger Schulen baut“, sagte die Senatorin am Freitag. Bis 2030 erwartet sie einen weiteren Anstieg der Zahlen. „Dann sollten wir ein Plateau erreicht haben und kommen hoffentlich in die Situation, die übervollen Klassenzimmer zu entzerren“, sagte sie. Angestrebt werde eine Klassenstärke von 20 Schüler*innen. In den Kitas ist der Geburtenrückgang dagegen bereits spürbar. Mit dem Willkommensgutschein, der ab September ausgestellt wird, will die Senatorin einen Anreiz für Eltern schaffen, ihre Kinder in die Kita zu geben. Alle Kinder sollten bestenfalls vor der Schuleinführung eine Kita besucht haben, so Günther-Wünsch. Das fördere auch die Sozialkompetenzen und die Kommunikation. „Die Kita bietet neben Unterstützung und Förderung eine Vorbereitung auf die Schule“, sagte die Senatorin. Der Gutschein gilt für alle Kinder, die in diesem Jahr drei Jahre alt werden. 590 neue Lehrkräfte werden zum Schuljahresbeginn eingestellt. Trotzdem fehlen momentan noch 500 Vollzeitstellen. Günther-Wünsch ist aber zuversichtlich, dass auch dieses Ziel bald erreicht werden kann: „Wir können momentan jeder Kollegin und jedem Kollegen eine Verbeamtung in Aussicht stellen. Das sorgt dafür, dass wir kontinuierlich in diesem Bereich anwachsen.“ Die Verbeamtung war 2022 nach 20 Jahren Pause in Berlin als letztem Bundesland wieder eingeführt worden. 63 Prozent aller Lehrkräfte sind aktuell verbeamtet, 37 Prozent nach Tarif angestellt.

Die Strategie zur Steigerung der Bildungsqualität im Land Berlin, die Ende letzten Jahres vorgestellt wurde, soll im kommenden Schuljahr erstmals vollumfänglich umgesetzt werden. Der Fokus liegt dabei auf der datengestützten Schulentwicklung. Die Qualität von Unterricht und Bildung soll so auf Basis von erhobenen Daten verbessert werden. Als Instrumente zur Erhebung der Kompetenzen von Schüler*innen sind die Verfahren VERA 3 und VERA 8 etabliert. Die beiden Vergleichsarbeiten werden standardmäßig an allen Berliner Schulen in der dritten und achten Klasse durchgeführt, um den Wissensstand der Schüler*innen abzufragen. Neu hinzugekommen sind nun Wiederholungstests, die ein Jahr später in der vierten und neunten Klasse durchgeführt werden sollen. Im kommenden Schuljahr werden sie erstmals durchgeführt, um den Fortschrittsverlauf festzustellen.

Neuerungen soll es auch beim Thema Digitalisierung geben: Die digitale Plattform „Berliner Schulportal“ wird ausgebaut. Eingeführt werden soll außerdem das digitale Klassenbuch, in dem Anwesenheit, besondere Vorkommnisse und Leistungen der Schüler*innen festgehalten werden können. Die Einführung eines digitalen Schülerscheins wird aktuell an zehn Pilotschulen erprobt. „Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern macht dort den Unterschied, wo sie Qualität stärkt und Bildungskräfte entlastet“, erklärt die Senatorin die Pilotierung vor einer Einführung an allen Schulen. Auch das Thema Künstliche Intelligenz erhält Einzug an den Schulen: „KI birgt nicht nur Risiken, sondern auch Chancen“, so Günther-Wünsch. Um eine sichere Nutzung zu gewährleisten, steht den Lehrkräften seit Mai 2026 ein eigens entwickelter Chatbot zur Verfügung. AIS.chat ist über das Berliner Schulportal zu erreichen und kann so rechtssicher genutzt werden.

Keine Profite mit Wohnraum: bezahlbare Mieten per Gesetz, Genossenschaften und die Landeseigenen stärken

Klima und Zukunft schützen: mehr Bäume, weniger versiegelte Flächen und klimagerechtes Bauen

Sichere Mobilität schaffen: sichere Schulwege, durchgängige Radwege und zuverlässige Öffis für alle

Demokratie und Freiheit sichern: für ein AfD-Verbotsverfahren und ein buntes Marzahn-Hellersdorf

AM 20.09.: GRÜN WÄHLEN!

Politische Werbung zu den Berliner Wahlen am 20.09.2026 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Marzahn-Hellersdorf. Transparenz: download.taz.de/B90G240826TTPA.pdf

Björn Tielebein, Direktkandidat für das Abgeordnetenhaus in Marzahn-Nord
Foto: Tina Eichner



taz-Serie: Berliner Bezirke vor der Wahl

Wenn am 22. September das Berliner Abgeordnetenhaus neu gewählt wird, können die Wähler:innen auch gleich ihr Kreuzchen für das Bezirksparlament machen, offiziell Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Die Bezirke sind zwar keine eigenständigen Kommunen, nehmen aber wichtige Aufgaben der Verwaltung wahr, etwa bei Schulen und in Grünflächen, in den Bürgerämtern und bei der Jugendarbeit. Und obwohl sie immer zu wenig Geld haben, treffen die Bezirksämter bisweilen wichtige politische Entscheidungen – zum Beispiel über Milieuschutzgebiete, Bebauungspläne oder Radwege.

Ortstermin: Was ist los in den 12 Großstädten, aus denen Berlin besteht? Was bewegt die Bürger:innen, wo drückt der Schuh, was steht auf dem Spiel? Bis zur Wahl unternimmt die taz jede Woche Montag einen Ortstermin. Alle Teile der Serie finden sie hier auf taz.de versammelt.

Viel Frust im Nordosten

Die CDU hat sich in Marzahn-Hellersdorf als „Kümmerer-Partei“ inszeniert, doch ihre Investoren-Politik macht sie in der Platte zunehmend unbeliebt. Kann die Linke davon profitieren und ihre frühere Hochburg zurückerobern?

Von Marina Mai

Das Talcenter im Norden Marzahns hat schon bessere Zeiten gesehen. In dem neben zwei Supermärkten gelegenen maroden Zweigeschossler gibt es außer einem Bürgerbüro der CDU vor allem eins: Leerstand. Das kleine Einkaufszentrum in einem der sozial schwierigsten Kieze Berlins soll abgerissen werden. So will es das Bezirksamt und so will es ein Investor, der hier neu plant, und zwar vor allem Wohnungen. Viele Wohnungen. Berlin braucht Wohnungen, keine Frage. Es soll hoch hinausgehen, höher als die elf Stockwerke der umliegenden Häuser. Und das ruft eine Bürgerinitiative auf den Plan.

Der „Bürgerbeirat Zukunft Talcenter“ hat mehr als 1.000 Unterschriften gegen den Bebauungsplan gesammelt und war auf der Bezirksverordnetenversammlung. Die Bürger sind nicht grundsätzlich gegen Neubau, aber sie wollen ein Wort mitreden. Sie wollen, dass hier am äußersten Stadtrand mehr Infrastruktur für die Bewohner entsteht: Eine Schule, Einkaufsmöglichkeiten, auch Ärzte sollen angesiedelt werden.

Marzahn-Hellersdorf ist der mit Ärzten am schlechtesten versorgte Bezirk Berlins. Und einer, in dem mit am meisten neuer Wohnraum für neue Bewohner um Termine in den wenigen Arztpraxen betteln. Dabei nehmen schon jetzt viele Ärzte keine neuen Patienten mehr an.

Eine Frau Anfang 60 schleppt eine schwere Einkaufstasche aus

einem Supermarkt neben dem Talcenter. „Warum werden die Hochhäuser nicht einfach am Grunewald gebaut, sondern immer bei uns?“, macht sie ihrem Ärger Luft. Die Antwort ist einfach: Das Baurecht sieht vor, dass in einem Wohngebiet nur das gebaut werden darf, das sich baulich in die vorhandene Struktur einfügt: also Einfamilienhäuser mit viel Grün drumherum zu Einfamilienhäusern mit viel Grün drum herum – und Hochhäuser zu Hochhäusern.

Die Frau mit der Einkaufstasche übersetzt das so: Marzahn habe eben wieder „die Arschkarte“ gezogen. Die taz kennt sie nicht, aber dass eine Zeitung aus dem Westteil der Stadt hierher in die Oberweisbacher Straße kommt, um mit Bürgern zu sprechen, findet sie dann doch bemerkenswert. „Politiker lassen sich hier ja nicht blicken, nicht mal im Wahlkampf“, schimpft sie. Ihre Stimme wird sie, „wahrscheinlich wieder“ Gunnar Lindemann von der AfD geben, der hier schon bei den letzten Wahlen das Direktmandat gewonnen hat. „Damit kann man denen da oben ja am besten eins auswaschen“, sagt sie.

Dass die AfD gewählt wird, obwohl sich ihre Kandidaten kaum mal persönlich sehen lassen, ärgert die anderen Parteien im Bezirk. „Es gibt viel Frust im Norden Marzahns“, sagt Björn Tielebein, der für die Linke gegen Lindemann antritt. „Das betrifft vor allem bundespolitische Themen wie Renten, Pflege, Kinderarmut, aber auch steigende Mieten.“ Der 42-Jährige, der auch Landesgeschäftsführer seiner Partei ist, will im problembehafteten Marzahner Norden enttäuschte Menschen zurückge-

winnen. „Wir als Linke setzen uns für Mitbestimmung der Anwohnerinnen und Anwohner ein.“

Nicht nur am Talcenter macht eine Bürgerinitiative gegen Bebauungspläne mit vielen neuen Wohnungen mobil. Auch an der Allee der Kosmonauten und der Hohensaatenstraße wehren sich Bürger gegen Bauvorhaben von Investoren – vergeblich. „Das Bezirksamt unter CDU-Mehrheit setzt die Wünsche von Investoren um, statt mit Anwohnern zu sprechen, die nicht zubezogen werden wollen“, kritisiert Tielebein. Planungen, die ganze

„Warum werden die Hochhäuser nicht am Grunewald gebaut, sondern immer bei uns?“

Frau, Anfang 60, vor Supermarkt

Kieze in den Blick nehmen, fänden nicht statt, so Tielebein.

Der Ostbezirk ist nicht nur der Bezirk mit den wenigsten Ärzten pro Einwohner. Hier arbeiten auch die wenigsten Lehrer in den Schulen. Sieht man von den Gymnasien ab, haben fast alle Schulen eine unzureichende Lehrerausstattung, zwischen 70 und 95 Prozent, konstatiert die bezirkliche SPD. Zudem ist in dem Bezirk die Zahl der Quereinsteiger und auch die der langzeiterkrankten Lehrer am höchsten.

Zusammen mit Linken und Grünen fordern die Sozialdemokraten eine gesamtstädtische Steuerung der Lehrkräfte. Aber ausgerechnet die aus dem

Bezirk stammende Bildungs-senatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) hat jedwede Steuerung bei der Besetzung freier Lehrerstellen abgeschafft. Günther-Wünsch wohnt in einem der von Eigenheimen geprägten Ortsteilen im Bezirk.

Die CDU, die stärkste Partei im Bezirk, ist in einem Dilemma. Einerseits profiliert sie sich als Kümmerer für die kleinen Leute. „Kiezmacher“ nennen sich CDU-Politiker, die sich um Ämter und Mandate bewerben. „Die Kiezmacher“ steht auf den Wahlplakaten der Christdemokraten, und das oft größer als der Parteiname. Die CDU hat damit schon vor Jahren eine Marke installiert und will den Leuten damit sagen: Wir sind anders. wir kümmern uns. In den Bürgerbüros der „Kiezmacherpartei“ finden Bürger konkrete Hilfe bei den kleinen Dingen des Lebens.

Dass ihr Kreisvorsitzender Mario Czaja öfter mal mit CDUlern der Landes- und Bundesebene quer liegt, ist Teil dieser Marke. Mit Ausnahme der letzten Bundestagswahl im Februar 2025, wo ein im Bezirk kaum präsenter AfD-Mann Czaja das Direktmandat wegschnappte, hat die Marke funktioniert.

Die andere Seite des Dilemmas: Viele Investoren im Bezirk sind Christdemokraten oder sie stehen dieser Partei zumindest nahe. Sie spenden für CDU-Events im Bezirk. Will man die nun verprellen, indem man ihre Bauanträge nicht mehr durchwinkt, weil Bürgerinitiativen dagegen mobil machen? Im Falle des Talcenters hat Mario Czaja noch vor der letzten Berlin-Wahl 2023 die Betonpläne den Linken zugeschrieben und für den Fall eines CDU-Wahlsieges Ände-

rungen versprochen: ein gutes Ärztehaus, Erhalt von Nahversorgung, Kita und Grün – nachzulesen noch heute auf seiner Website.

Inzwischen hat die CDU das Bezirksamt fest in der Hand und will davon nichts mehr wissen. Das könnte ihr bei den Wahlen auf die Füße fallen – ebenso wie der Gegenwind aus dem Kanzleramt. Heißt das freie Bahn für die AfD?

Fest steht: Der Bezirk ist schon lange bunt geworden. Viele Flüchtlinge haben in Marzahn-Hellersdorf eine Wohnung finden können, es gibt auch recht viele Flüchtlingsunterkünfte – und immer wieder Proteste von rechts dagegen, kürzlich sogar einen Anschlag.

In der Politik spiegelt sich die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung nicht wider. Zwar haben CDU und AfD einige Russlanddeutsche in ihren Reihen, die mit 25.000 die größte Zuwandergruppe im Bezirk sind. Dennoch fühlt sich die Gruppe schlecht vertreten, auch von der bezirklichen CDU. Das mag auch daran liegen, dass die Partei deren prominentesten Vertreter, Walter Gauks, im vorigen Jahr wegen mutmaßlicher Mausechelen um den Spätaussiedler-Verein Lyra Marzahn weitgehend fallen ließ. Auch dessen Ex-Frau Olga Gauks, die derzeit via Direktmandat in Marzahn-Mitte im Abgeordnetenhaus sitzt, kandidiert nicht wieder.

Bei den Linken hat der Mitgliederzuwachs, anders als in anderen Bezirken, nicht zu Kandidaturen von Migranten geführt. Pascal Grothe, Spitzenkandidat der Grünen im Bezirk, berichtet hingegen von vielen neuen ukrainischen und exilrussischen

Mitgliedern in seiner Partei. „Da freuen wir uns auf viele neue inhaltliche Impulse.“

Im Migrationsbeirat des Bezirks fühlen sich die Vertreter reihenweise von der CDU instrumentalisiert. Die taz hat mit zwei gegenwärtigen und einem vor Monaten zurückgetretenen Mitglied gesprochen. Niemand will namentlich in der Presse genannt werden. Aber alle sagen: „Der Bezirk will nur, dass wir den CDU-Vorschlägen zustimmen, wir fühlen uns als Feigenblätter.“ So sollte der Migrationsbeirat 2024 die Fördergelder für den umstrittenen Verein Lyra Marzahn abknicken. Er weigerte sich.

Seitdem sei die Stimmung mies, so die Mitglieder. „Wir erhalten vom Bezirksamt kaum noch Informationen. Es werden nicht einmal Informationen vom Landesbeirat für Migration weitergeleitet.“ Mehrere Mitglieder hätten auf eigenen Wunsch den Rat verlassen.

Daraufhin berief das Bezirksamt 2025 drei Mitglieder nach, eine CDU-Mandatsträgerin ohne Migrationshintergrund und zwei Personen aus dem Umfeld von Lyra Marzahn. Laut Bezirks-sprecherin wurden diese neuen „auf Vorschlag des Bezirksamts sowie der Bezirksverordnetenversammlung ausgewählt.“ Das weist die grüne Bezirksverordnete Chantal Münster scharf zurück. „Die BVV wurde nur informiert, sie hat nicht mitentschieden.“

Die Mitglieder des Migrationsbeirates, mit denen die taz gesprochen hat, sagen: „Wir treten nicht erneut an, weil die Arbeit dort keinen Sinn macht. Nach unserer Kenntnis wird von den aktiven Mitgliedern wohl niemand neu kandidieren.“

Teil 9: Marzahn-Hellersdorf

Marzahn-Hellersdorf gehört mit 285.000 Einwohnern zu den mittelgroßen Bezirken Berlins. Historisch ist er der jüngste, weil die charakteristischen weiträumigen Plattenbaugebiete erst in den 1970er und 1980er Jahren entstanden. Darüber hinaus gehören die drei nebeneinander gelegenen ehemaligen Dörfer Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf, die zusammen das größte Wohngebiet Deutschlands mit Ein- und Zweifamilienhäusern sind, zum Bezirk.

Nach Neukölln ist Marzahn-Hellersdorf der Bezirk mit den meisten armutsgefährdeten Menschen, die fast nur in den Großsiedlungen wohnen. 30 Prozent der Einwohner des Bezirkes haben einen Migrationshintergrund. Unter ihnen dominieren russlanddeutsche Spätaussiedler, aber auch andere russischsprachige Migranten. Lange war die Linke die mit Abstand stärkste Partei im Bezirk. aber bei den letzten

BVV-Wahlen 2023 kam die CDU als stärkste Partei auf 31,4 Prozent, gefolgt von der AfD mit 19,6 Prozent. Es folgten SPD (17,1 Prozent), Linke (15,8 Prozent) und Grüne (5,5). Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (CDU) strebt eine weitere Amtszeit an. Sie muss sich gegen Ole Kreins (SPD) und Michael Adam (AfD) durchsetzen. Linke und Grüne verzichten auf eigene Bürgermeisterkandidaten. Aus der Linken ist allerdings zu hören, dass der

Verkehrspolitiker Christian Ronneburg aus dem Abgeordnetenhaus ins Bezirksamt strebt und innerparteilich auch akzeptiert wäre. Derzeit hat die CDU mit der Bezirksbürgermeisterin zwei Stadtratsposten die Mehrheit im Bezirksamt. SPD und Linke haben je eine Stadtratsposten bzw. Stadträtin. Der für die AfD bestimmte Stadtratsposten blieb frei, weil die BVV den Kandidaten nicht wählte. Marina Mai



Typisch Marzahn: viele Hochhäuser, viel Grün Foto: Tina Eichner

gekürzt

Etwas viel Verantwortung für eine Senatorin

Hamburgs Schulsenatorin agiert ausweichend im Streit um Schulbegleitung und verteidigt Kürzungen mit Größe ihres Ressorts. Vielleicht ist es zu groß

Es handle sich um „Panikmache“ – die Schulbegleitung werde nicht „pauschal gekürzt“ hat Hamburgs Schulsenatorin Ksenija Bekeris (SPD) vor den Ferien behauptet. Da waren Eltern aus Sorge vor Kürzungen auf die Barrikaden gegangen. Doch inzwischen zeigt sich, dass es durchaus einen starken Effekt hatte, dass Bekeris die Genehmigungen an sich zog. Seitdem entscheidet ihre Behörde und nicht mehr regionale Stellen, ob einem Schüler ein Betreuer zur Seite gestellt wird.

Von 5.200 Anfragen der Schulen nach Schulbegleitung wurden zu Schulbeginn 3.518 bewilligt und 161 wurden noch überprüft. Sprich: Knapp ein Drittel wurde abgelehnt, wenn es so bleibt.

Nun, zu Beginn neuen Schuljahrs, muss sich die Senatorin den Fragen der Presse und der Bürgerschaft stellen. Ihre Antworten sind jedoch unzureichend: Wie viele der Schulbegleitungsstellen besetzt sind, kann sie nicht sagen. Und zur Frage, was denn Kinder am ersten Schultag tun, deren Bewilligung noch aussteht, sagt sie: „Es gibt kein Kind, das deswegen jetzt nicht zur Schule gehen kann.“

In Eltern-Chats kursieren indes andere Erfahrungen. Teils stehen die Schulbegleitungen noch nicht wieder zur Verfügung, nachdem ihnen vor den Ferien gekündigt wurde. Ein Klassenteam stellte den Eltern gar frei, Kinder mit Pflegebedarf in der ersten Schulwoche zu Hause zu behalten. Die Schulbehörde schreibt danach gefragt, die Schulen hätten genug Personal, um den Schulbesuch jedes Kindes zu sichern.

Auf so eine Schulbegleitung haben Schüler mit Behinderung einen Rechtsanspruch. Übersteigt der Bedarf das Budget, muss Geld nach bewilligt werden. Doch der Hamburg Senat steht unter Spardruck. Da wirkt die bisher stets freundliche Schulsenatorin, die neuerdings mit Kita, Familie und Jugend eine größere Behörde verantwortet, als durchlief sie eine Bewährungsprobe und müsse Härte beweisen.

Das erklärt auch ihren Auftritt am Donnerstag im Schulausschuss. So gab Bekeris auf die Frage der CDU-Abgeordneten Birgit Stöver, wie viele Anfragen für Schulbegleitung die Schulen gestellt hätten, keine Antwort.

Doch die Frage ist wichtig in diesem politischen Streit. Immerhin hatte Bekeris ihren Kritikern ja Panikmache vorgeworfen. Und die eingangs genannte Zahl von 5.200 stand bisher nur im *Hamburger Abendblatt*. Auf schriftliche Fragen der Opposition dazu wich der Senat immer aus.

Die CDU-Politikerin Stöver wollte daraufhin im Ausschuss wissen, wie viele Stunden Schulbegleitung pro Kind denn im Durchschnitt bewilligt wurden? Wieder wich Bekeris aus, denn aus so einer Zahl könne man „falsche Rückschlüsse ziehen“. Das macht natürlich neugierig.

„Frau Bekeris macht Kommunikation durch Nicht-Kommunikation. Sie spricht von Transparenz, aber praktiziert sie nicht“, sagte die Linken-Abgeordnete Sabine Ritter nach der Sitzung, in der es auch um Kürzungen für den Doppelhaushalt 2027/28 ging. Zum Beispiel sollen die Grundschulen für ihr Ganztagsangebot an Lehrern nur noch Erzieher bekommen. Ritter fragte, was das an Lehrerstunden spart und bekam keine Antwort.

Dabei stellt diese Maßnahme über Jahre entwickelte Schulkonzepte infrage. Elternräte von 17 Schulen hatten Bekeris vor der Sitzung die Forderung überreicht, den Schulen die Lehrer zu lassen. Es gibt noch einen ganzen Katalog von Maßnahmen, der die Lehrerversorgung an Berufsschulen, Gymnasien und Stadtteilschul-Oberstufen ausdünn. Ritter nennt es „unverantwortlich“, bei den Schulen derart die Axt anzulegen.

Die Schulsenatorin argumentiert, dass ihr Ressort 40 Prozent des Hamburger Haushalts umfasse, da müsse sie zur Konsolidierung beitragen. Nur ist die Größe kein Argument. Hier entstand eine Riesenbehörde mit einer Senatorin, die viel Verantwortung trägt. Bis vor Kurzem gehörten Kita und Schule zu getrennten Behörden, um deren Etats separat gerungen wurde. Vielleicht war das besser.

Kaija Kutter



Abriss in der Holstenstraße: Ein Teil des Hauses ist schon weg. Unklar ist, ob der andere Teil stehen bleiben kann Foto: Christian Charisius/dpa

Bezirksamt vermittelt nach Abriss Ersatzwohnungen

Die Bewohner:innen eines vom Einsturz bedrohten Hauses in Hamburg-Altona bekommen erst mal eine neue Unterkunft gestellt. Ob sie jemals in ihr altes Zuhause zurückkehren können, ist unklar

Von Rida Agha

Gute Nachrichten für die Bewohner:innen des wegen Einsturzgefahr abgerissenen Wohngebäudes in Hamburg-Altona: Für sie steht nach Angaben des Altonaer Bezirksamts eine neue Unterkunft bereit. Das Mehrfamilienhaus liegt weniger als einen Kilometer entfernt in der benachbarten Chemnitzstraße und wird von der Wohnungsgenossenschaft Altona zur Verfügung gestellt.

Das Gebäude stehe derzeit leer, weil es ursprünglich im Zuge einer Neubauplanung abgerissen werden sollte, so Altonas Bezirksamtsleiter Sebastian Kloth. Auf Bitte des Bezirksamts seien die geplanten Arbeiten verschoben worden. Dadurch könne den betroffenen Bewohner:innen für bis zu zwei Jahre eine Unterkunft angeboten werden.

Die Bewohner:innen hätten sich das Haus schon anschauen können, so Kloth. Bewohnerin Milena Thompson sagt: „Das Angebot hat uns total berührt. Wir sind total dankbar, dass das Bezirksamt von alleine auf uns zugekommen ist.“ Laut Bezirksamt können die ersten Bewohner:innen bereits im Lauf des Septembers die neuen Wohnungen beziehen. Für die Ersatzwohnungen werde die Wohnungsgenossenschaft jedoch Miete verlangen,

erklärt Rechtsanwalt Marc Meyer vom Hamburger Verein Mieter helfen Mietern. Er vertritt die Bewohner:innen der Holstenstraße.

Allerdings ist noch offen, ob die Bewohner:innen das Angebot annehmen werden: „Uns wäre eine langfristige Lösung lieber. Wir warten aktuell auf ein Urteil vom Prüfstatiker, bevor wir eine Entscheidung treffen“, erklärt Milena Thompson. Langfristig sei es das Ziel, wieder in das Haus in der Holstenstraße zurückkehren zu können.

Im Juli war das fünfstöckige Mehrfamilienhaus wegen akuter Einsturzgefahr geräumt worden. Die Bewohner:innen mussten ihr Zuhause innerhalb kürzester Zeit verlassen. Einige berichteten, dass ihnen nur etwa zehn Minuten geblieben seien, um ihre Sachen zu packen. Zwei Nachbarhäuser wurden ebenfalls evakuiert. Die Räumung hatte so schnell gehen müssen, dass Möbel und viele persönliche Gegenstände zurückgelassen werden mussten.

Bereits Ende Juni hatte ein Anwohner dem zuständigen Bezirksamt Altona „Probleme am Gebäude“ gemeldet, so das Amt. Das Bezirksamt erhalte „täglich unterschiedlichste Anliegen und Beschwerden über Zustände im Zusammenhang mit Gebäuden“, weshalb nicht unmittelbar auf

jede Nachricht reagiert werden könne.

Im Juli hatten Bewohner:innen des Hauses an den Wänden in der Wohnung Risse bemerkt und die Feuerwehr gerufen. Die Prüfung durch einen Statiker ergab, dass das Gebäude nicht mehr sicher nutzbar ist. Daraufhin ordnete das Bezirksamt die Evakuierung an. Bei einer erneuten Prüfung

„Das Angebot hat uns total berührt. Wir sind total dankbar, dass das Bezirksamt von alleine auf uns zugekommen ist“

Milena Thompson, ehemalige Bewohnerin des Hauses in der Hamburger Holstenstraße

fung Anfang August zeigte sich, dass die Risse sich verändert hatten und das Haus, ein Altbau aus dem Jahr 1894, abgerissen werden muss. Die Abrissarbeiten erfolgten in der vergangenen Woche.

In dieser Woche hatten die Bewohner:innen erstmals die Möglichkeit, nach persönlichen Gegenständen zu suchen. Der Schutt wurde dafür auf dem ehemaligen Gelände der Holsten-Brauerei ausgebreitet. „Ich habe noch eine

Postkarte von meinem Großvater gefunden, die er mir ein Jahr vor seinem Tod geschickt hat. Damit hätte ich gar nicht mehr gerechnet“, erzählt Milena Thompson.

Wer für die entstandenen Schäden und Verluste aufkommen muss, ist noch ungeklärt. Mark Meyer sieht den Eigentümer des Gebäudes, den Immobilienunternehmer Wolf-Peter Schneider, in der Verantwortung. Sollten sich die Bewohner:innen für einen Umzug in die Chemnitzstraße entscheiden, müsse der Eigentümer aus Meyers Sicht auch mögliche Mehrkosten bei der Miete übernehmen.

Was den Schadensersatz für den verlorenen Besitz angeht, erklärt Meyer: „Natürlich ist das Ziel, möglichst außergerichtliche Lösungen für die entstandenen Schäden zu finden.“ Eine zivilrechtliche Auseinandersetzung könne sich über mehrere Jahre ziehen.

Das Ausmaß der Schäden werde sich erst endgültig zeigen, wenn die Ergebnisse des Prüfstatikers vorliegen, so Meyer: „Jeweils zwei Drittel von jeder Wohnung stehen noch. Ob die zwei Drittel gerettet werden können, hängt am Statikerergebnis. Ohne Statikerergebnis wissen wir nicht, ob der stehende Teil des Hauses und das Eigentum darin gerettet werden können.“



Bald Zeit für die Ernte: Doris Schuster (l.) und Swantje Kleinfeld prüfen die Äpfel
Foto: Esther Geißlinger

Schmerzhafter Abschied vom Traumarbeitsplatz

Swantje Kleinfeld wäre gerne Obstbäuerin geworden, aber der Weg zur Berufsschule ist ihr zu weit. Dabei suchen die Höfe nach Fachkräften. Ob Online- oder Blockunterricht angeboten wird, entscheiden laut dem niedersächsischen Kultusministerium die Schulen

Aus Schwentinental-Raisdorf
Esther Geißlinger

Über der Wiese tanzen Schmetterlinge, Bienen krabbeln geschäftig in die blauen und weißen Blüten, bevor sie in Zickzack-Kursen zurück in ihren Stock fliegen. Neben den Bienenkästen eines regionalen Imkers steht Swantje Kleinfeld und blinzelt in die Sonne. Wärme liegt in der Luft, außer dem Summen der Insekten und Vogelrufen ist kaum ein Geräusch zu hören.

Hier hat die Kielerin ihren Traumarbeitsplatz gefunden. Sie wird ihn demnächst aufgeben. Der Grund klingt banal: Der Weg zur Berufsschule ist zu weit. Für ihre Lehrherrin Doris Schuster ist das mehr als nur ein bedauerlicher Einzelfall.

Mit prüfendem Blick schreitet Doris Schuster die Reihen ihrer Apfelbäume ab. Auf den Feldern der „Obstquelle“ wachsen Bäume mit Holsteiner Cox und Wellant neben regionalen Sorten wie Herbstprinz oder Seestermüher Zitronenapfel. Fast 100 Apfelsorten baut Schuster, Chefin des Hofes im Örtchen Schwentinental bei Kiel, an.

Bereits der Vater und Großvater der heute 44-Jährigen betrieben Obstbau. Ihre Eltern hätten sie nie gedrängt, den Hof zu übernehmen, erzählt Schuster. Sie lernte Kostümbildnerin, arbeitete bei Filmproduktionen mit. Doch dann wurde ihr Vater krank, sie kam den Eltern zur Hilfe und blieb.

Sie durchlief die Ausbildung zur Gärtnerin, Fachrichtung Obstbau, und absolvierte die Meisterschule. Damit darf Schuster auch selbst ausbilden. Das sei dringend nötig, sagt sie: „Wenn es weiter Obst aus Deutschland

geben soll, brauchen wir Fachkräfte auf den Höfen.“

Doris Schuster setzt sich, unter anderem mit dem Verein Nordbauern, besonders für kleine Betriebe ein, ihr eigener gehört dazu. In den Hauptanbaugebieten für Obst, etwa im Alten Land in Niedersachsen, gelten Höfe ab 100 Hektar als normal. Doris Schuster hat sieben Hektar.

2015 übernahm sie den Betrieb. Wie ihr Vater setzt sie auf seltene Sorten statt Massenware und hat den Betrieb auf mehrere Beine gestellt. Neben dem Verkauf der Äpfel betreibt sie einen Hofladen mit Café, hat eine Mosterei und lädt Kita-Gruppen und Schulklassen auf den Bauernhof ein.

Viele Kinder wüssten kaum mehr, woher Lebensmittel kämen und wie die Arbeit auf einem Hof aussehe: „Wenn wir erzählen, dass wir hier von Hand ernten, kriegen die große Augen. Die glauben, das würden irgendwelche Roboter erledigen.“

Solche Angebote aufzubauen, sei aber mühsam. Zwar fördert die EU ein Programm für gesunde Ernährung an Schulen. „Eigentlich eine tolle Idee“, sagt Doris Schuster. Ihr habe eine Kooperation mit einer oder mehreren Schulen vorgeschwebt: „Wir liefern Obst und die Kinder besuchen den Hof, um zu sehen, wo ihr Essen wächst.“

Doch bei einem Vorgespräch im Kieler Landwirtschaftsministerium hätten neben den Direkterzeugern auch Vertreter:innen von Supermärkten gesessen. Und es habe sich herausgestellt, dass Schulen oft lieber beim Handel bestellen würden: „Da gibt es rund ums Jahr alles, von Ananas bis Zitrone. Das schaffen wir natürlich nicht.“

Die Konkurrenz mit den großen Betrieben, der Preisdruck durch den Handel: Nicht nur Doris Schuster leidet darunter. Insgesamt sei die Lage des Obstbaus in Deutschland „dramatisch“, schreibt der Berufsverband Obstbau, der aus einem Zusammenschluss der jeweiligen Fachgruppen im Zentralverband Gartenbau und des Deutschen Bauernverbandes entstanden ist, in einem offenen Brief.

Tausende Tonnen deutscher Äpfel würden der Saftverarbeitung zugeführt, während Äpfel von der Südhälfte für den Verkauf abgepackt würden. Auf deutschen Obsthöfen blieben hochwertige Süßkirschen

Immer mehr Betriebe fragen sich, ob sich die Ernte überhaupt noch lohnt

Brandbrief des Berufsverbandes Obstbau

hängen, weil Billigimporte den Markt überschwemmten. Zwetschen und Heidelbeeren würden unter den Produktionskosten gehandelt. „Immer mehr Betriebe fragen sich, ob sich die Ernte überhaupt noch lohnt“, heißt es in dem Branchen-Brandbrief.

Ein wichtiges Teil des Puzzles sind die Menschen, die im Obstbau arbeiten – oder eben nicht mehr arbeiten. Als Betriebsleiterin ist Doris Schuster rund ums Jahr gefordert: von der Pflege der Bäume über die Ernte bis zum Papierkram. Die Mutter von vier Kindern braucht wäh-

rend der Ernte Saisonkräfte, die immer schwerer zu bekommen sind.

„Wir haben da zum Glück eine gute Truppe“, sagt Schuster. Aber ein langjähriger fester Mitarbeiter sei vor Kurzem gegangen. Um so froher war sie daher, dass sie Swantje Kleinfeld als Auszubildende gewinnen konnte.

Die heute 27-Jährige stammt aus Kiel. Nach dem Abitur habe sie erst nicht gewusst, wohin ihre berufliche Reise gehen solle, erzählt sie. „Aber mir war klar, dass ich draußen arbeiten und ein Produkt erzeugen wollte, dass wirklich gebraucht wird.“ An den Bäumen entlanggehen, an denen die Äpfel hängen, „das lässt mein Herz höherschlagen“, sagt Kleinfeld.

Vor einem Jahr hat sie in der Obstquelle angefangen. Jetzt hat sie den Jahreszyklus einmal durchschritten, vom Beschneiden über das Pflanzen neuer Bäumchen, über die Betreuung der Bienenvölker bis zur Ernte. Spaß macht ihr alles: „Das hier ist mein Traumjob“, sagt sie.

Trotzdem bricht sie die Ausbildung ab. Denn im zweiten und dritten Lehrjahr müsste sie nach Stade in Niedersachsen zur Berufsschule fahren. Dort, im Alten Land, befindet sich die zentrale Ausbildungsstätte für Garten- und Obstbau im Norden. Kleinfeld, die kein Auto besitzt, müsste morgens um 5 Uhr oder früher in Kiel in die Bahn steigen. Einmal pro Woche sei das machbar, habe sie anfangs gedacht, sagt Kleinfeld. Vor allem, weil sie davon ausging, dass sie als Abiturientin die Ausbildung verkürzen könnte.

Doch als es soweit war, gab es auf einmal Hürden: „Ich hätte mich entweder sehr schnell zur Prüfung melden müssen oder



Hier gibt es Raum für Schmetterlinge: blühende Wiese auf dem Obsthof
Foto: Esther Geißlinger

eben doch die vollen drei Jahre machen.“ Eine Lösung aus Schusters und Kleinfelds Sicht könnte sein, dass der Unterricht in Blöcken oder noch besser online stattfinden könnte. Doch mit diesen Vorschlägen bissen beide auf Granit.

„Uns ist das Thema bekannt. Wir haben leider keine Lösung“, teilte die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein auf taz-Anfrage mit. Der Grund: Es gebe zurzeit nur drei Auszubildende für Obstbau in Schleswig-Holstein – viel zu wenige, um für sie eine eigene Klasse einzurichten.

Ähnlich äußert sich das Niedersächsische Kultusministerium, das für die Berufsschulen zuständig ist. Das Problem der weiten Wege sei bekannt und treffe mehrere Ausbildungsberufe, sagt Ministeriums-Sprecherin Britta Lüers. Das stelle Azubis und Betriebe vor „Herausforderungen“, sei aber gleichzeitig die Voraussetzung für einen fachlich hochwertigen Unterricht. Grundsätz-

lich sei es aber aus Sicht des Ministeriums möglich, Unterricht im Blockverfahren oder online zu gestalten – die Entscheidung liege bei den Schulen selbst, sagt Lüers.

Doris Schuster sieht eine Negativ-Spirale: „Wir bekommen durchaus Anfragen von möglichen Azubis“, sagt sie. „Aber wenn die hören, wie schwierig es ihnen gemacht wird, kommen sie gar nicht erst.“ Kleine Betriebe wie ihrer bildeten daher immer weniger und seltener aus. Dabei leisteten die kleinen Höfe etwas, was die großen nicht könnten, nämlich regionale Sorten pflegen und Wissen darüber weitergeben.

Swantje Kleinfeld wird nun ein Pädagogik-Studium beginnen. Sie will in die Umweltbildung gehen. Die Arbeit mit Kindern mache ihr Spaß. Parallel wird sie als Werkstudentin weiter bei der „Obstquelle“ bleiben. Aber ob sie später als Obstbäuerin arbeiten wird? Auf diese Frage hebt sie nur die Schultern.

das wird

„Diese Grenzregion gehört als Kulturlandschaft zusammen“

Die „Norddeutsche Orgelschule“ wirkt seit der Hansezeit bis Polen und ins Baltikum, sagt Orgelprofessor Krzysztof Urbaniak. Das müsse ins Bewusstsein

Interview **Petra Schellen**

taz: Herr Urbaniak, was macht die „Norddeutsche Orgelschule“ einzigartig?

Krzysztof Urbaniak: Die Orgellandschaft um Bremen herum ist eine der reichsten weltweit. In fast jedem kleinen Ort, etwa in der ostfriesischen Gemeinde Krummhörn, steht eine Orgel mit besonderer Geschichte. Dieses einzigartige Instrumentarium ist eng verbunden mit der norddeutschen Musik vor allem des 17. und 18. Jahrhunderts. Zu nennen wären namhafte Komponisten wie Dietrich Buxtehude in Lübeck, Georg Böhm in Lüneburg und Mathias Weckmann in Hamburg.

taz: Strahlten sie über Norddeutschland hinaus?

Urbaniak: Allerdings. Selbst Johann Sebastian Bach ist 1705, da war er gerade 20, zu Fuß die 400 Kilometer aus dem thüringischen Arnstadt zu Buxtehudes „Abendmusiken“ nach Lübeck gewandert. Später, mit 35, hat er sich – leider erfolglos – als Organist an der Arp-Schnitger-Orgel der Hamburger St.-Jacobi-Kirche beworben. Bach hat zeitlebens davon geträumt, an einer großen norddeutschen Orgel zu wirken.

taz: Bei Ihrem Konzert in Molbergen spielen Sie auch Werke des Buxtehude-Schülers Nicolaus Bruhns. Hat er wirklich Bach geprägt?

Urbaniak: Ja. Man weiß, dass Bach, vielleicht vermittelt durch seinen zeitweiligen Lehrer Dietrich Buxtehude, auch Orgelwerke von Bruhns kannte. Vor allem in Bachs frühen Orgelwerken spürt man die Verwandtschaft mit der norddeutschen Komponistenschule mit ihrem „Stylus phantasticus“, einer sehr freien Art zu komponieren. Bei diesem Stil kann man wirklich frei gestalten und das Zusammenspiel von Orgel und Raum ganz erstaunlich zur Geltung bringen. Diese Symbiose mit der Orgel – die Musik wächst quasi organisch aus der Orgel – und dieses Überraschende, Verspielte: Das macht die norddeutsche Orgelschule wesentlich aus.

taz: Gibt es Parallelen zur Orgellandschaft des Ostseeraums, den Sie erforschen?

Urbaniak: Ja. Man kann sagen, die Orgellandschaften im Ostseeraum sind eine natürliche Fortsetzung der norddeutschen Orgelbaukunst. Das belegen die Biografien etlicher Orgelbauer. Durch den Bund der Hansestädte gab es vor allem im 16. und 17. Jahrhundert große Wanderungen der Orgelbauer längs der Ostsee. Mit ihnen wanderten die technischen und klanglichen Konzepte der Orgeln über Danzig, Königsberg und Riga bis nach Tallinn.

taz: Welche Rolle spielt die Orgel der nach 1945 neu aufgebauten Danziger Marienkirche?

Urbaniak: St. Marien war eine der größten backsteingotischen Kirchen mit einer bedeutenden Orgel, die in Teilen bis auf das Jahr 1583 zurückging. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs brannte die Kirche nach schweren Kämpfen in der Altstadt fast ganz nieder. Den heutigen Nachbau der Orgel ermöglichten Spenden eines deutschen Fördervereins. Für mich hat diese Kirche etwas Emblematisches.

taz: Inwiefern?

Urbaniak: Sie ist Sinnbild der Verbindung zwischen Ost und West. Sie verkörpert eine Brücke zwischen zwei einst verfeindeten Nationen. Und sie eint eine Region, die seit 1945 eine sprachliche und eine politische Grenze trennt. Dabei gehört diese deutsch-polnische Grenzregion als Kulturlandschaft zusammen. Und es gehört zu meinen Aufgaben als Hochschullehrer, diese Brücken wieder aufzubauen. Ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Orgellandschaften im Nordwesten ihr Pendant im Osten haben – und umgekehrt.

taz: Sie zielen auf polnisch-deutsche Verständigung?

Urbaniak: Ja. Aber nicht im politischen Sinne, sondern im Sinne eines gemeinsamen Kulturerbes. Es geht darum, das sich Menschen mit ihrem Wohnort identifizieren, ihn aber auch im breiteren historschen Kontext sehen.

Massiv mit Phosphat überlastet: Der Dümmer See ist in keinem guten ökologischen Zustand
Foto: Friso Gentsch/dpa



Getrübte Hoffnung

Der Dümmer, Niedersachsens zweitgrößter See, ist durch Dünger belastet. Eine Umweltmaßnahme soll helfen, doch Naturschützer und Landwirte sind dagegen

Von **Harff-Peter Schönherr**

Röhrichte, Graugänse, Silberweiden: Auf den ersten Blick ist der Dümmer, mit 16 Quadratkilometern Niedersachsens zweitgrößter Binnensee, eine Idylle. Doch der extrem flache See im Landkreis Diepholz ist durch Nährstoffeinträge belastet: Phosphatdünger aus der Landwirtschaft gelangt durch Abschwemmung in den See. Und da der Dümmer auch noch eingedeicht ist, fällt die Filterwirkung der umliegenden Moore und Auen weg – Algen und Sauerstoffmangel sind die Folge, Verschlammung, sterbende Unterwasserpflanzen und Fische.

Seit Jahrzehnten ist der Dümmer deshalb schon ein ungelöster Sanierungsfall. Jetzt plant die Landesregierung den Bau eines vorgelagerten Schilfpolders, rund 220 Hektar groß, als Überflutungsfläche zur biologischen Vorreinigung. Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) lobt das Projekt als „großen Schritt“, mit dem der Phosphateintrag in den Dümmer auf durchschnittlich nur noch vier Tonnen pro Jahr begrenzt werden kann. Endlich würde man damit der EU-Wasserrahmenrichtlinie entsprechen, die einen guten ökologischen Zustand aller Gewässer vorschreibt. Rund 65 Millionen Euro stehen für den Polder zur Verfügung.

Das Problem: Der Polder hätte negative Auswirkungen auf die Natur. „Die Polderlösung sehen wir äußerst kritisch“, sagt Matthias Schreiber vom Umweltforum Osnabrücker Land. „Diese Kombination aus Kläranlage und Hochwasserrückhaltebecken soll teilweise im EU-Vogelschutzgebiet Dümmer errichtet werden.“

Tatsächlich sollen rund 35 Hektar des Vogelschutzgebietes dem Polder zum Opfer fallen. Zudem ein nach Bundesnaturschutzgesetz geschütztes Biotop. „Es werden hierdurch auch Lebensräume geschützter Arten wie Fledermäuse und Vögel betroffen sein“, hat Meyers Ministerium

im Herbst 2024 auf eine Landtagsanfrage der CDU-Fraktion eingeräumt. Es werde Ausgleichsflächen geben.

Die Landesregierung habe hier womöglich „am geltenden Recht vorbei“ eine „Abkürzung“ im Sinn, kritisiert das Umweltforum. Es verfare nach dem Motto: „Wir beeinträchtigen ein europäisches Schutzgebiet zwar erheblich, aber wir werden ja kompensieren und alles ist gut!“ Seit Mitte Juni liegen die Planungen des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) beim Landkreis Osnabrück, der Genehmigungsbehörde.

„Im anstehenden Genehmigungsverfahren werden wir jedenfalls als Alternative dezentrale Lösungen einfor-

Die Landesregierung plant am Dümmer See den Bau eines vorgelagerten Schilfpolders, rund 220 Hektar groß, als Überflutungsfläche zur biologischen Vorreinigung

dern“, sagt Schreiber. Der Vorschlag des Forums: „Mit der Fläche für den Polder könnte man beispielsweise 110 Kilometer Fließgewässer beidseits mit zehn Meter breiten Randstreifen ausstatten. Die würden nicht nur Nährstoffe puffern und reinigen, sondern wären gleichzeitig auch ein wertvoller Biotopverbund. Und die bisher eingepflanzten 65 Millionen sollten dafür ebenfalls ausreichen.“

Die Ablehnung des Projekts kommt auch von anderer Seite: „Wir würden uns für eine Alternativlösung aussprechen“, sagt Friedrich Brinkmann, Geschäftsführer des Landvolks Osnabrück. „Vor allem wünschen wir uns, dass wir Landwirte proaktiv in die Planungen eingebunden und nicht nur mit ihren Beschlüs-

sen konfrontiert werden.“ Minister Meyer behaupte, alle Flächen für den Polder stünden bereits zur Verfügung. „Aber das stimmt nur für rund 50 Hektar, der Rest ist weiterhin in Privateigentum“, sagt Brinkmann. „Da stellt man die Interessen der Betroffenen zurück, und das stört uns.“

Dem Landvolk gehe es „nicht um Verhinderung, sondern um Interessensausgleich“. Und es gebe andere Wege, zum Ziel zu kommen. „Die Landwirtschaft hat bereits freiwillig viel dafür getan, den Phosphoreintrag zu reduzieren. Und im Dümmer-einzugsgebiet haben wir mit dem Ausbau von Gewässerandstreifen schon viel Erfahrung.“ Ein Polder diene vor allem dem Tourismus am See: „Je weniger Phosphor, desto

weniger Algen. Je weniger Algen, desto weniger Badeverbote.“

Die Landwirte sieht Brinkmann dabei planerisch marginalisiert: „Dabei würden bei manchen Betrieben bis zu 30 Prozent der bisherigen Betriebsfläche wegfallen.“ Brinkmann prognostiziert zudem, dass der 65-Millionen-Euro-Etat nicht reicht: „Angesichts der hohen Baupreise wird das vermutlich dreistellig.“

Fast 300 Vogelarten sind für den Dümmer nachgewiesen, vom Austernfischer bis zum Silberreiher, vom Kiebitz bis zur Lachmöwe. Er ist ein „international herausragendes“ Rastgebiet für zahlreiche Wat- und Wasservögel, so der NLWKN. Hier den Vogelschutz zu beeinträchtigen, kann schwere Folgen haben.

Anzeige

Unterstützen Sie ...

Nachwuchs – lokal, konstruktiv, kritisch

Seit 2008 organisiert die taz panterstiftung jährlich Workshops für angehende Journalist:innen in Deutschland. In diesem Jahr liegt der Fokus auf der Förderung des Lokaljournalismus bundesweit.

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz panterstiftung

Foto: Luan A. Evans